Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Nr. 29. Breslau, Freitag, den 3. Februar 1911 22. Jahrgang.

Zu Singers Tod.

An die Arbeiter Berlins und die Freunde der Partei ergeht im „Vorwärts" der Ruf zur Teilnahme an einem gewaltigen Leichenbegängnis, mit welchem dem Toten der Dank für seine selbstlose Arbeit im Dienste des Proletariats abgestattet werden soll. Der Aufruf lautet:

Parteigenossen! Arbeiter!

Unser treuer Genosse, der bewährte Führer der Sozialdemokratie, unser unvergeßlicher Freund **Paul Singer** wurde uns durch den Tod entrissen.

Dankbar erinnert sich das deutsche Proletariat der unabsehbaren und segensreichen Tätigkeit, welche unser Genosse Singer im Dienste des Volkes geleistet hat. Treu und unentwegt hielt er zur Fahne der Partei und widmete seine besondere Sorge der Berliner Arbeiterschaft, welcher er, als ihr Vertreter im Reichstage und Stadtparlament, besonders nahe stand.

Wie er der Sozialdemokratie Treue gehalten, Aechtung und Ausweisung nicht gescheut hat, so werden auch wir dem Dahingeschiedenen ein dauerndes Gedenken bewahren, in seinem Sinne und Geiste wirken, treu und beharrlich für das Wohl der Partei tätig sein.

Am nächsten Sonntagmittag gilt es, unseren dahingegangenen Vorkämpfer zur Gruft zu geleiten.

Wir fordern die Genossen, die Gewerkschaften, die Anhänger und Freunde der Partei auf, sich an der Beerdigung zu beteiligen.

In der ruhigen und schlichten Art, die wir gewohnt sind an den Tag zu legen, bitten wir die Genossen und Gewerkschaften Groß-Berlins, sich allesamt an den noch zu bezeichnenden Stellen einzufinden, unserem Paul Singer die letzte Ehre zu erweisen.

Nähere Angaben über die Aufstellung des Zuges erfolgen in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts".

Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Wie das Verhältnis zwischen „Arbeitgebern" und „Arbeitnehmern" sich in sozialdemokratischen Betrieben gestaltet, das erhellt so recht aus der Todesanzeige, die das Personal der Firma veröffentlicht, deren juristischer Vertreter Singer bis zu seinem Tode war:

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.

Gestern hat der Tod unseren Freund
Paul Singer
uns entrissen. Keiner hat uns allen ohne Unterschied mehr Wohlwollen, hat unseren Wünschen und Bedürfnissen mehr Verständnis und guten Willen entgegengebracht, als der Verstorbene, den die Berliner Genossen in diesem Vertrauen mit an die Spitze ihres Geschäfts gestellt hatten.

Ueber das Grab hinaus werden wir ihm alle ein treues Andenken bewahren.

Das gesamte Personal.

* * *

Preßstimmen:

Dem „Vorwärts", unserem Zentralorgan, dem Singer am nächsten gestanden, entnehmen wir die folgenden Zeilen:

Für unsere Partei, für die ganze Arbeiterschaft ist Singers Tod von größter Tragweite, der herbste Verlust, den sie seit Jahren erlitten hat. Mag auch politischer Haß das Bild dieses Mannes verzerrt und entstellt haben, wir Sozialisten haben alle Ursache, uns seines Strebens und Wollens zu rühmen. Er, der Wohlbegüterte aus bürgerlichem Hause, war einer der gewandtesten, unermüdlichsten Wortführer der Arbeitersache, der selbstlos sein ganzes Ich für die Partei einsetzte, willig für sie stritt und litt, und in den vielen schweren Tagen, die die Geschichte der deutschen sozialdemokratischen Partei aufweist, freudig die größten Opfer brachte. Er hat der deutschen Sozialdemokratie sein Leben gegeben, in ihrem Dienst seine Kräfte zerrieben; er ist selbst in den Zeiten, wo andere müde Resignation beschlich, stets siegeszuversichtlich geblieben und hat sich durch keine Widerwärtigkeiten in dem Glauben an den unaufhaltsamen Fortschritt der Arbeiterbewegung beirren lassen — das kann und wird ihm die Arbeiterklasse nie vergessen.

Besonders aber hat der „Vorwärts", wie an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben soll, dem teuren Toten viel zu danken. Nicht nur, daß es zum großen Teil Singers Opferwilligkeit war, die es im Frühjahr 1884 der Berliner Sozialdemokratie ermöglichte, das „Berliner Volksblatt", den Vorläufer des „Vorwärts", ins Leben zu rufen, er hat auch in den folgenden Jahren an der Entwickelung unseres Blattes den regsten Anteil genommen, immer bereit, zu raten und zu helfen. Es gab Zeiten, wo er fast täglich in der Redaktion erschien, und gar manchen Artikel — speziell über Berliner kommunalpolitische Verhältnisse — hat er für den „Vorwärts" geschrieben.

Wenn aber Singer als treuer, unermüdlicher Arbeiter dem harten Dienste der Partei seine Kräfte gewidmet hat, so hat er andererseits auch in diesem Dienst das Glück und das Wesen seines Lebens gefunden. Die Partei war ihm alles. Im Wirken für sie fand er seine höchste Befriedigung. Ihre Erfolge dünkten ihm der schönste Lohn. Und sein Mühen hat reiche Erfolge gefunden. Wenn er uns auch viel zu früh gestorben ist, so ist es ihm doch vergönnt gewesen, zu sehen, wie unter seiner Führung aus bescheidenen Anfängen heraus die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung zu einem weltgeschichtlichen Faktor, zu einer Macht wurde, die das ganze Sinnen und Denken unserer Zeit beherrscht. Er konnte in dem stolzen Bewußtsein sterben, nicht umsonst gelebt, sondern stets im Vorderstreffen der größten Kulturbewegung unseres Zeitalters gestanden zu haben — Bahnbrecher einer neuen, besseren Zeit.

Das Berliner Bürgermeisterblatt, die „Vossische Zeitung", hebt hervor:

„Mit Paul Singer verliert die Sozialdemokratie den neben Bebel angesehensten und einflußreichsten Führer, der ihre Parteitage mit großer Geschicklichkeit und Unparteilichkeit geleitet hat; aber auch die politischen Gegner, die oft mit ihm Lanzen brachen, stellen ihm das Zeugnis aus, daß er ein von reinsten Absichten beseelter, uneigennütziger Volksmann war, der insbesondere auch ein warmes Herz für die Interessen der Stadt Berlin stets betätigt und an ihrer Selbstverwaltung ebenso regen wie erfolgreichen Anteil genommen hat.

Singer hat ein großes Vermögen der Sozialdemokratie dargebracht. Er führte als Hagestolz einen bescheidenen Haushalt, an dessen Spitze seine Schwester stand. Persönlich von großer Liebenswürdigkeit und von versöhnlichen Umgangsformen, stellte er sich als Parteiführer gemeinhin auf den radikalsten Flügel seiner Fraktion. Im Reichstag wußte er deren Interessen namentlich in allen Geschäftsordnungsfragen schlagfertig und gewandt wahrzunehmen. Im Roten Hause wurde seine Erfahrung, seine Ehrlichkeit, seine Selbstlosigkeit von allen Parteien geschätzt. Man konnte seine Ansichten oft bekämpfen, seiner Person aber, die eine gewisse Gutmütigkeit nicht zu verleugnen vermochte, kaum gram sein. In Singer verkörpert sich ein gut Stück Geschichte der Sozialdemokratie, und an ihm läßt sich, wiewohl er einer der nächsten Gesinnungsgenossen Kautskys blieb, dennoch nachweisen, wie sich die Partei im Laufe der Zeit gewandelt hat. Der Mauserungsprozeß wird durch Singers Tod vielleicht beschleunigt werden."

Schließlich sei noch die klerikale Stimme der „Kölnischen Volkszeitung" angeführt:

„Singers Tod bedeutet einen großen Verlust für die deutsche Sozialdemokratie, den größten für die Berliner Sozialdemokratie. Singer ist in der Sozialdemokratie und durch sie zu seiner Bedeutung in unserem öffentlichen Leben gekommen. Die sozialistische Bewegung hat ihn emporgehoben, und er hat ihr wieder durch die Eigenart seiner Person und Stellung Dienste erwiesen, die ein anderer ihr kaum leisten konnte. Er ergänzte das sozialdemokratische Dreigestirn Bebel, Liebknecht, Auer in einer für die sozialdemokratische Partei vorteilhaften Weise. Bebel verkörperte den intelligenten zielbewußten Agitator und Propheten der jungen deutschen Sozialdemokratie, Liebknecht mehr Journalist, der Mann der Feder, Auer der praktische Organisator und Singer, wenn man so sagen kann, der Prokurist der ganzen Firma, der kühle geschäftsmäßige Praktiker, der mit den Realitäten rechnete und sorgte, daß das Parteischiff auch immer Wasser hatte, auf dem es treiben konnte."

Das Ausland.

In der Redaktion des „Vorwärts" und beim Parteivorstand sind bereits eine große Anzahl telegraphischer Kondolenzen aus dem In- und Ausland eingelaufen. Für die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs drahten die Genossen Adler und Skaret:

„Mit tiefer Trauer erfüllt uns die Nachricht von dem Ableben Paul Singers. Weit über die Gemarkungen des Deutschen Reiches hinaus hat Singers treues energievolles Schaffen der Sache der Proletarier genutzt. Die deutschen Sozialdemokraten Deutsch-Oesterreichs empfinden mit Euch den schweren Verlust, den die Sozialdemokratie Deutschlands und mit ihr die gesamte sozialdemokratische Internationale erlitten hat."

Für die deutsch-österreichische Reichsratsfraktion telegraphiert Pernerstorfer:

„Der Klub der deutschen Sozialdemokratie im Parlamente drückt seinen Schmerz und seine Trauer über Singers Tod der deutschen Partei gegenüber auf das Aufrichtigste aus. Wir haben den eifrigen und unermüdlichen Kämpfer für unsere gemeinsame Sache immer auch für den unsrigen gehalten. Er ist nicht nur Euch, er ist auch uns und der gesamten Internationale gestorben. Uns bleibt sein Andenken und sein Beispiel."

Für die organisierten Frauen Deutsch-Oesterreichs kondoliert Genossin Adelheid Popp. Der Parteivorstand der tschechischen sozialdemokratischen Partei und die Redaktion des „Pravo Lidu" drahten:

„Der Tod des großen Vorkämpfers des internationalen Sozialismus Paul Singer erweckt die tiefste Trauer der tschechischen Arbeiter. Im Namen derselben kondolieren den deutschen Genossen."

Aus Budapest wird telegraphiert:

„Die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns nimmt schweren Herzens die Nachricht vom Tode Paul Singers. Es ist ein schwerer Schlag, der die Sozialdemokratie Deutschlands trifft und der auch hierzulande alle für eine bessere Zukunft kämpfenden Proletarier mit tiefem Schmerz erfüllt. Wir trauern mit Euch."

Weitere Kundgebungen aus dem Auslande liefen am Mittwoch ein:

Das internationale sozialistische Bureau bezeugt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein tiefgefühltes Beileid beim Ableben seines hervorragendsten Mitgliedes Paul Singer.
Vandervelde. Anseele. Furnemont. Huysmans.

Der Tod unseres gemeinsamen, merktätigen Mitkämpfers und Genossen Paul Singer erfüllt auch die Wiener Arbeiterschaft mit tiefster Trauer und übermittle ich namens derselben die wärmste Teilnahme.
Breitschneider.

Mit Ihnen und den Proletariern aller Länder beweinen auch wir den Tod unseres edlen Vorkämpfers Paul Singer.
Russische revolutionäre Sozialisten in Genf.

Wir trauern mit der deutschen Arbeiterklasse um den unersetzlichen Präsidenten ihrer Partei und der Internationale.
Schwedischer Parteivorstand. Branting.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Allgemeine Gewerkschaftsbund Bulgariens drücken der deutschen Bruderpartei herzliches Beileid aus, den das Internationale Proletariat durch das Ableben des unermüdlichen treuen Vorkämpfers Paul Singer erleidet.
Sofia. Georg Kyrkow.

Die sozialistische Arbeiterpartei Hollands bietet anläßlich des Hinscheidens des großen Vorkämpfers Paul Singer ihrer deutschen Schwesterpartei ihr herzlichstes Beileid dar. Wie in der ganzen Welt, so hat auch in Holland Singers Tod das Gefühl eines großen Verlustes für das Proletariat aller Länder erweckt. Sein Gedächtnis wird als das eines seiner hingebendsten und treuesten Führer im Kampfe in Ehren gehalten werden.
Amsterdam. Vliegen, Vorsitzender. van Kuylhof, Sekretär.

Die sozialistische Partei Belgiens nimmt lebhaften Anteil an dem Hinscheiden Paul Singers, das einen schweren Schlag für das deutsche Proletariat bedeutet.
Brüssel. Vandervelde, Sekretär.

Die dänische Sozialdemokratie nimmt herzlichen Anteil an der Sorge über den Verlust, welchen die internationale Sozialdemokratie durch das Ableben ihres tapferen Mitkämpfers Paul Singer erlitten hat. Sein Andenken in Ehren. Stauning, Kopenhagen.

Die Konferenz der Labori-Partei sendet den deutschen Arbeitern anläßlich des Todes Singers den Ausdruck ihres Beileids.
Leicester. Ramsey-Macdonald, Sekretär.

Der ukrainische Verband „Spilka" der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands sendet den Ausdruck tiefsten Mitgefühls aus Anlaß des unersetzlichen Verlustes Singers, der in der russischen Ukraina als Kämpfer für den revolutionären Marxismus weit bekannt ist.
Basok.

Mit den reichsdeutschen Genossen trauern auch die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter von Triest um den unermüdlichen Vorkämpfer der Internationale.
Sozialdemokratischer Verein Triest.

Tief erschüttert durch den Tod Singers, übersendet das Exekutiv-Komitee der polnischen Sozialdemokratie Worte des aufrichtigen Beileids und tiefer Trauer.
Kralau. Johann Englisch, Obmann.

Das Auslands-Komitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Rußlands in Genf drückt dem Deutschen Parteivorstand sein Beileid aus anläßlich des schmerzlichen Verlustes.

„Volkszeitung" beklagt den Tod unseres Genossen Singer.
„New Yorker Volkszeitung".

Redaktion „Goloß Sozialdemokrata" teilt den Schmerz der deutschen Genossen über das Hinscheiden des alten Vorkämpfers des internationalen Proletariats, Paul Singer und drückt das tiefste Beileid aus.
Axelrod.

Dem Parteivorstand und der Deutschen Sozialdemokratie drücken wir unser herzlichstes Beileid und unser tiefes Bedauern aus, dem sich sämtliche Mitglieder der sozialdemokratischen Kammerfraktion anschließen. Wir nehmen von ganzem Herzen teil an Eurer Trauer.
Paris. Jaurès. Guesde.

Außerdem sind Beileidskundgebungen in großer Menge von den Parteiorganisationen deutscher Städte eingegangen. Im Namen der deutschen Demokratischen Vereinigung depeschierte aus Essen der Vorsitzende Dr. Breitscheid:

Erfahre auf der Reise vom Ableben Singers. Persönlich und als Vorsitzender der Demokratischen Vereinigung spreche ich unser herzliches Beileid aus. Auch die nicht auf sozialdemokratischem Boden stehenden Demokraten betrauern den Verlust dieses Mannes, der geschickt, opferfreudig und mit Energie die Sache des Volkes vertrat.

Politische Uebersicht.

Papst und Preußen.

Immer erregter gestalten sich in der deutschen Presse die Auseinandersetzungen darüber, ob es sich die preußische Regierung gefallen lassen kann, daß man den von ihr bezahlten Geistlichen und Religionslehrern den Antimodernisteneid abverlangt. Sie versuchte es zuerst als ihren Erfolg auszuposaunen, daß wenigstens den Professoren der katholisch-theologischen Universitätsfakultäten dieser peinliche Eid erlassen werden sollte. Der Papstbrief an den Kardinal Fischer zeigt nun, daß die preußischen Offiziösen wieder einmal geflunkert haben. Die preußische Regierung hat in Rom garnichts erreicht und durchgesetzt; vielmehr spricht der Papst die Erwartung aus, die Theologie-Professoren würden die Ersten sein, die durch Ableistung des Eides „ihren Mannesmut bekunden" werden. Tun sie es nicht, dann huldigen sie, wie der Papst in seiner bekannten kräftigen Sprache versichert, feige einer kirchenfeindlichen Autorität und „könnten leicht selbst als unwürdig des christlichen Lehramtes vorkommen", wenn sie sich schämten, unter den Dienern des Herrn Jesu Christi zu sein. Also die an den deutschen Universitäten dozierenden Geistlichen sind zwar vom Antimodernisteneid „dispensiert", sie werden aber für den Fall, daß sie von dieser Dispens Gebrauch machen, von der unfehlbaren Autorität der Kirche der persönlichen Feigheit geziehen und ihres Lehramtes für unwürdig erklärt.

Man kann sich denken, daß diese neue Kriegserklärung des Papstes für die preußische Regierung, die Konservativen und das Zentrum eine schwere Verlegenheit bedeutet. Die Regierung ist blamiert und bloßgestellt. Die Konservativen, die eine protestantische, das heißt zum Teil stramm antirömisch gesinnte Bevölkerung hinter sich haben, fühlen den letzten Pfeiler ihrer Macht wanken. Denn die Liberalen sind längst eifrig dabei, das enge Bündnis der Konservativen mit der katholischen Reichspartei, dem Zentrum, aufzumachen, und alle protestantisch gesinnten Kreise aus

den konservativen in das liberale Lager hinüber zu ziehen. Die Liberalen haben ja auch ein parteipolitisches Interesse, das Zentrum durch kulturkämpferische Maßregeln in die Opposition zurückzuwerfen, weil die Regierung dann genötigt sein würde, sich auf sie zu stützen und die alten Kartell- und Blockverhältnisse wieder aufleben zu lassen, die vielen Liberalen noch immer ein im stillen gehegtes Ideal sind. Das Zentrum aber hat natürlich keine Lust, sich aus dem Bündnis mit den Konservativen, und aus seiner maßgebenden Stellung hinausdrängen zu lassen; wenn es auch ganz gerne ab und zu die Kulturkampf-Pauke schlägt, um seine Wähler festzuhalten, so möchte es doch um keinen Preis einen wirklichen Kulturkampf führen, der naturnotwendig der überragenden Stellung der katholischen Kirche und des Zentrums in Preußen ein jähes Ende bereiten müßte.

Von einem solchen wirklichen Kulturkampf kann indessen in Preußen keine Rede sein. War doch auch der Streit der siebziger Jahre, den die liberale Presse einen Kulturkampf nennt, weiter nichts, als ein Kompetenzkonflikt zwischen römischen Dogmen und Berliner Polizeiverordnungen. Für eine zweite Auflage dieses Kulturkampfes, der nach einigen polizeilichen Schikanierungen katholischer Geistlicher die Dinge doch wieder auf dem alten Fleck läßt, besteht wohl nirgends Stimmung, am wenigsten bei der preußischen Regierung, die in ihrer Angst vor dem Wachstum der Sozialdemokratie mehr als einmal in Rom förmlich um Frieden gebettelt hat. Für eine gerechte und sachgemäße Erledigung des uralten Streites zwischen Staat und Kirche fehlen aber in Preußen zurzeit noch alle Voraussetzungen, denn die einzige Partei, die für eine solche kämpft, die Sozialdemokratie, zählt im preußischen Landtage, dank dem elenden Klassenwahlrecht, erst sechs Vertreter. Diese gerechte, sachgemäße Entscheidung besteht darin, daß es der Staat unterläßt, sich in die inneren Streitigkeiten einer Religionsgemeinschaft einzumischen, daß er aber andererseits auch die materielle und geistige Erhaltung jeder Religionsgemeinschaft denen überläßt, die als Gläubige an ihr interessiert sind. Mit anderen Worten: die Kirche soll volle Freiheit haben, ihre inneren Angelegenheiten in ihrer Weise zu regeln, aber sie soll keinen Anspruch haben auf die Dienste von Staatsbeamten und das Geld der Steuerzahler! Das ist der Sinn der sozialdemokratischen Forderung: Erklärung der Religion zur Privatsache.

Hat die Sozialdemokratie angesichts der Lagerung der Machtverhältnisse in Preußen also auch noch keine Aussicht, mit ihrer Forderung durchzudringen, so darf sie doch nicht müde werden, die lächerlichen Blähungen der preußischen Staatsautorität gegenüber dem starken, angriffslustigen Vatikan, und die leeren Kulturkampfansagen der Liberalen vor den Massen in das rechte Licht zu stellen. Die Entwickelung der Dinge wird ihr recht geben, vielleicht schon früher, als man denkt!

Unsere Staatspolizei.

Das Abgeordnetenhaus hat Mittwoch den Gesetzentwurf, der der Regierung das Recht gibt, in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster die Staatspolizei einzuführen, an die Gemeindekommission verwiesen. Da es sich um eine Einschränkung der Selbstverwaltung zu Gunsten der Bureaukratie und um eine Verschärfung der in erster Linie gegen die Arbeiterklasse gerichteten Maßnahmen handelt, wird das Gesetz wohl sicher angenommen werden. Das zeigte sich schon in der Debatte; die christlichen Ruhrbergleute werden es hoffentlich zu schätzen wissen, daß auch das Zentrum sie mit der Staatspolizei beglücken will. Damit bei dieser Gelegenheit nicht ausgesprochen werden könnte, wie die Arbeiterschaft über die staatliche Polizei zu denken leider genötigt ist, wurde dem Genossen Dr. Liebknecht nach mehrmaligem Ruf zur Sache, bei der er ohnedies war, durch Beschluß dieser „Volksvertretung" das Wort entzogen. Außer den Junkern und Freikonservativen stimmte dafür auch das Zentrum und selbst ein Teil der Nationalliberalen. Nach dieser Heldentat trat man in die zweite Lesung des Justizetats ein, die zunächst mit Klagen über die Stempelvorschriften und dann über die Gefängnisarbeit und ihre Konkurrenz gegen das Handwerk ausgefüllt war. Genosse Dr. Liebknecht stellte hierbei fest, daß man zu der Ministerialkommission, die diese Frage untersucht hat, Arbeiter nicht hinzugezogen hat, und er konnte auch den Grund der Begeisterung der Mehrheit für die Außenarbeit der Gefangenen in der Landwirtschaft aufdecken. So billig wie diese Zwangsarbeiter sind selbst nicht die bescheidensten Hintersassen unserer Junker. Es ist wohl bezeichnend, daß es der nationalliberale Herr Schröder aus Kassel war, der so aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht hat. Eine recht lehrreiche Rede hörte man von dem konservativen Abgeordneten Böhmer über Stand und Entwickelung unserer Strafrechtspflege und die letzten großen Prozesse. Wenn man sieht, wie dieser Landgerichtsdirektor denkt, dann wird einem manches klar..... Die schweren Angriffe auf den Moabiter Schwurgerichtsvorsitzenden Unger veranlaßten den Minister Beseler zu einer Erwiderung, aus der man entnahm, daß Unger sich vor Beseler verantworten mußte. Natürlich betonte der Minister, daß es keinem einfallen dürfte, auf rechtswidrige, gewalttätige Polizisten zu schießen. Die Arbeiter werden trotz der Ungerschen Rechtsbelehrung das ohnedies nicht geglaubt haben.

Zuwachssteuer und Impffrage.

Der Reichstag hielt am Mittwoch eine lange Sitzung ab. Die ersten Stunden gehörten dem Wertzuwachssteuergesetz. Die Beratung zweiter Lesung hatte sich sieben volle Tage fortgeschleppt, teils weil die Materie wirklich außerordentlich schwierig ist, teils weil Herr Arendt zu jedem Paragraphen reden mußte. Um so schneller wurde die dritte Lesung übers Knie gebrochen. Die schwarz-blaue Mehrheit hatte es eilig und begrüßte mit Murren unseren Genossen Göhre, der noch den vergeblichen Versuch machte, diese oder jene Verbesserung durchzusetzen, und selbst den Fortschrittler Cuno, der doch zu den Kompromißvätern gehört. Geradezu unanständig wurde das Benehmen der Mehrheit, als Genosse Brey das Wort ergriff, um nochmals die Aufhebung der Zündholzsteuer beim Inkrafttreten der Wertzuwachssteuer zu beantragen. Genosse Brey gab den Lärmmachern die gebührende Antwort: zwei Stunden Zeit hatte man Tags zuvor, trotz des Eilzugstempos, für die Fürsten gehabt, jetzt war eine halbe Stunde für die Zündholzarbeiter den schlußlüsternen Herren von der Mehrheit zu viel. Durch die fortgesetzte Verbalhornung war das ursprünglich akzeptable Gesetz für uns unannehmbar geworden. Unsere Fraktion stimmte daher in der Schlußabstimmung dagegen. Dank dem schönen Aichbichler-Akrus kann man nicht gleich feststellen, wer sonst noch dagegen stimmte. Jedenfalls war der Fortschritt wieder einmal geteilt. Im Zentrum und vielleicht auch auf der Rechten haben sich auch außer Arendt, dem selbst das verbalhornte Gesetz noch viel zu weit geht, ein paar Dissidenten gefunden, und die Polen blieben ihrer neuerdings so beliebten Enthaltungspolitik treu.

Die nunmehr folgende Impfdebatte verlief resultatlos. Ob sie sobald fortgesetzt werden wird, steht dahin. Wie schon neulich gesagt, ist die Frage keine Parteisache, und Genosse Sachse, der gut und nachhaltig die Gründe der Impfgegner darlegte, sprach ebensowenig wie die übrigen Redner aus dem Hause im Fraktionsauftrage.

Am Montag beginnt die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

4 896 633 500 Mark Schulden! Dem Reichstage geht alljährlich eine Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze zu. Sie erfüllt also den angenehmen Zweck, die Reichsverweser daran zu erinnern, wo das herrliche deutsche Reich überall herumgepumpt hat. Zur Zeit sind es

752 219 000	Mark	4 %	Schatzverschreibungen,
2 020 745 000	„	3½ %	dto.
1 783 669 500	„	3 %	dto.
340 000 000	„	4 %	Schatzanweisungen.
4 896 633 500	Mark	insgesamt.	

Ein ganz erkleckliches Sümmchen, diese vier Milliarden und 896 Millionen Mark. Aber es handelt sich hierbei nicht nur darum, daß die Schuld gemacht worden ist, sie muß auch verzinst werden. Es kommt eine Gesamtzinsensumme von „nur" 189,6 Millionen Mark heraus. 211 000 Arbeiter müßten bei einem Tagesverdienst von drei Mark ihr ganzes Einkommen ein Jahr lang aufspeichern, um nur die Zinsen des deutschen Reiches zahlen zu können!

Das ist die Wirtschaft der patriotischen Parteien einschließlich des Zentrums!

Eine nationalliberale alte Jungfer aus dem preußischen Abgeordnetenhause entrüstet sich in der „Berliner Börsenzeitung" über das Auftreten der Sozialdemokraten im Landtag, in dem es bisher so vornehm und ruhig hergegangen sei. Der entrüstete Nationalliberale der Börsenzeitung, der vielleicht dem Präsidentenstuhl des Dreiklassenhauses nicht zu fern steht, singt zunächst ein Loblied auf den preußischen Landtag, der keineswegs die „reaktionäre Vertretung" sei, als welche er verschrien sei:

„Wir wollen damit kein Loblied auf die augenblickliche Zusammensetzung singen und machen kein Hehl daraus, daß uns eine erhebliche Verstärkung des Nationalliberalismus mehr wie erwünscht wäre. Aber was recht ist, muß recht bleiben: Im Preußischen Abgeordnetenhause wird redliche, eifrige, wirkliche Arbeit geleistet. Im Vergleich mit dem Reichstage kann man ihm nach der Richtung hin nur den Vorzug geben."

Und dann der gute Ton:

„Auch wenn die Erregung der Gegensätze sich leidenschaftlich zuspitzt, ist doch wie auf ein stillschweigendes Uebereinkommen hin ein Vorzug darin gesehen worden, den Ton des Anstandes dem Gegner gegenüber nicht zu verlieren. Für den gebildeten Mann liegt in einer solchen Kampfesführung zweifellos ein geistiger Reiz und ein vermehrter Genuß."

Nur die Masse hat für diese zarten Kampfspielereien der „Gebildeten" kein Verständnis:

„Die große Menge aber liebt die Holzerei. — Je mehr gedroschen wird, um so stärker ist die Wirkung. Deshalb sind auch die Verhandlungen im Landtage der großen Menge immer verdächtig gewesen.....

Die breite Wählermasse liebt nun mal Theater bei dieser Volksvertretung."

Und nun malt der Nationalliberale mit dem feinen Ton und empfindlichen Nerven ein Bild von dem Auftreten der Sozialdemokraten ganz im Stile der politischen Schinderhannesgeschichten, die die Nationalliberalen vor 40 Jahren über die Sozialdemokratie in die Welt setzten, um zu dem Schlusse zu kommen:

„Wo immer nur ein Anlaß sich geboten hat, der „kochenden Volksseele" draußen zu zeigen, daß sie drinnen „laut und energisch" vertreten würde, haben sich die Sozialdemokraten in der unerhörtesten Weise gegen die Ordnung des Hauses vergangen..... Natürlich hat sich das Haus dagegen zu schützen versucht. Aber es ist klar, daß die letzte Maßregel, die in solchen Fällen tatsächlich nur wirken kann, die Entfernung des betreffenden ungebührlichen Abgeordneten aus dem Saale immer nur, wenn überhaupt, mit dem größten unangenehmen Aufsehen verknüpft sein könnte."

Den Schluß der nationalliberalen Klage bildet ein Lobgesang auf den „liebenswürdigen, jovialen, schlagfertigen, witzigen und mustergiltig" amtierenden Präsidenten Kröcher.

Wir hätten nichts dagegen, wenn er seinen Witz zunächst einmal an den Nationalliberalen versuchte.

In der Budgetkommission des Reichstags gab Dienstag Staatssekretär von Tirpitz auf Anfrage bekannt, daß die Pestgefahr in Ostasien für das deutsche Schutzgebiet Kiautschau eine sehr drohende sei, zumal es sich um den sogenannten schwarzen Tod, also um die Lungenpest handele. Die Abwehrmaßregeln, die für das Kiautschaugebiet getroffen worden seien,

Die Hexe vom Triesnerberg.

Eine Erzählung aus Liechtenstein dunklen Tagen
von Marianne Meibert.

15] (Nachdruck verboten.)

„Du warst die Hochzeiterin, Stina, und so schön, gar prachtvoll anzuschauen. Ich konnte mich schier nicht satt an Dir sehen. Da wollte ich auch den Bräutigam sehen, ich guckte nach rechts —"

„Weiter, Base, weiter!" drängte die Stina ungeduldig; beide Hände hatte sie jetzt auf den heftig klopfenden Busen gedrückt; jede Miene ihres Gesichts verriet erwartungsvolle Spannung. Mit dem Ellbogen stieß sie die Alte an.

„Weiter, Base, weiter!"

Die wackelte bedächtig mit dem Kopfe.

„Nicht so hastig, Mädchen!

Ich guckte nach rechts und guckte nach links; gerade wollt' ich den Mund auftun und die schöne Braut fragen, wo denn der Bräutigam sei, da hörte ich auf dem Herd ein Brausen und sah, daß der Suppenkessel überkochte; da lief ich an den Herd und riß ihn fort, und da wurde ich wach, und den Bräutigam habe ich nicht gesehen. Schade!"

Da war die Stina zuerst enttäuscht, aber dann lachte sie schrill auf.

„Das war eine Strafe für die Neugierde, Base. Hahaha! Aber kommt näher, ich sage Euch etwas ins Ohr; Ihr sollt doch wissen, wer der Stina Rüdi ihr Freier sein soll, und ein schöner, ein stattlicher noch dabei, daß er sich sehen lassen kann."

Sie drängte ihren Kopf tief zu dem der Alten herunter, näherte sich deren Ohr und flüsterte einen Namen leise.

Da riß die Alte die Augen vor Erstaunen weit auf; der fast zahnlose Mund klappte auf und zu, als wenn er das Wort nicht zusammenbringen und herausbringen könne. Ihr Gesicht hatte dabei einen solch komischen Ausdruck, daß Stina ein übermütiges Lachen anstimmte.

Noch nach und nach erholte sich Barbara Rüdi von der Ueberraschung; da kam Leben in die alte Gestalt.

„Der Alois also? Der Wald? Jesus, Maria und Josef, wer hätte das gedacht!"

Ein Glück war es, daß die Stina jetzt ihre Gedanken auf etwas anderes richten mußte. Der Jakob saß auf dem Gerüste, lachte hinunter nach den Frauen, forderte sie übermütig auf. Sie riß ihr vom Haupt, schüttelte die Hochzeitsblumen los und rückte fröhlich mit dem Hochzeitsbett die enge Stube um. Dabei lachte sie unablässig laut, die Nachbarn aber hatten gefühlte Gesichter bei der Sache.

Die kam von ihrer Ofenbank und stellte sich breitspurig neben das Mädchen.

„Ist es auch wirklich wahr, Stina?"

„So wahr, als wie ich hier vor Euch steh', Base; fragt doch den Vater, der hat mit Jakob Stöß schon die Sache abgemacht. Als ob das nötig gewesen wäre! Ich will den Alois, ich, die Stina Rüdi; der Bursche gefällt mir, und ich möcht' wissen, ob ihm nicht auch die Stina Rüdi gefallen sollte?"

Sie reckte sich zu ihrer vollen Höhe auf und wiegte sich in den Hüften; frech blitzten ihre Augen; die sagten deutlich, eine wie große Meinung die Stina von sich selber hatte.

Nachher ging sie in den Stall, um den zwei Schweinen das ingwerlich abgekühlte Futter zu bringen.

Dabei sang sie wieder übermütig:

„Den lieb ich, den küß ich, dem bin ich nur holb."

„Meinst du mich, Stina?" erklang eine Stimme neckend an ihr Ohr.

In der halboffenen Stalltür stand ein junger Mensch und sah ihr belustigend zu.

„Jesses, Peter Scholler, wie kannst du einen so erschrecken?"

„Ich mein', ob du mich küssen willst? Hast es ja gesungen, Stina."

Da stieß sie zornig die Stalltür zu, daß sie dem Lauscher fast an den Kopf flog.

„Oho, Stina, nicht so hitzig!"

Fünftes Kapitel.

Nun war schon die dritte Nacht gekommen, daß Gretli am Lager des kleinen Mariele wachte.

Dumpfig und schwer hing die Luft über der Stube; dicht waren die Fenster geschlossen, die Schatten waren fast blaß von dem hellen Schneelicht, der sich darauf gelagert hatte. Aber doch hin gegen Tag über hier gelacht worden für Mensch und Vieh, und in dem großen Bett hart neben am Herd lag die Kranke. Da konnte man kein Fenster öffnen, man hätte denn in Kauf nehmen müssen, daß das kranke Kind sich den Tod holen würde. Aber doch die frische, verlangte, von Blumen durchduftete Luft gerade der beste Freund des klapperigen Gespenstes ist, das glaubte man heutzutage nicht.

Heiß und kurzatmig war die Luft.

Gretli wunderte sich gar nicht darüber. Geduldig hing ihr Blick am Kranken; ab, nur einmal schien, eine einzige Minute nur, allein zu sein, daß sie wirklich einmal schlafen könnte.

Sie sah den Kopf schwer auf die Kissen sinken. Es ging ja nicht, es durfte ihr Pflegling das kranke Mariele treffen. Schwer atmete sie, es war ihr, plötzlich war ein Stein auf sie gefallen. Sie schloß die Augen, [illegible] sich die kleine Brust. Tief eingefallen waren die Augen, spitz hob sich die kleine Nase aus dem abgemagerten Gesichtchen ab; feucht klebten die blonden Haarlöckchen an der Schläfe, große Schweißtropfen bedeckten die heiße Stirn.

Auf der Bettdecke ruhten die kleinen Fäustchen fest ineinander geballt, ab und zu zuckten sie heftig zusammen; dann fuhren sie wild durch die Luft, rissen die Decke von dem heißen Körper, und dieser bäumte sich auf wie gegen eine unsichtbare Macht.

Das Mariele war sehr krank.

Alle Kräutertränke waren bis jetzt vergebens getrunken worden.

Hans Eberlin und sein junges Weib, die Trudo, waren in großer Angst um das Kind.

Das Mariele war ihr einziges. Sie hatten noch einen Buben gehabt. Der strotzte vor Gesundheit; seine Backen waren dick und blühten vor Kraft und Frische; hell und munter war der Blick der Augen, fröhlich die ganze Natur. Barfüßig lief auch er über die Gasse; seines Vaters Kühe, Ziegen, Schafe und Schweine konnte er alle; und das Füttern konnte er schon besorgen fast wie ein Alter. Ein echter Bauernbub war er, der Stolz des Vaters. Da war das Fieber gekommen und hatte den lebensfrohen, kräftigen, kleinen Burschen ergriffen. Noch ein paar Tagen lag er stumm, bleich auf der Totenbahre, kaum vierjährig.

Das war vor zwei Jahren gewesen.

Nun lag das Mariele genau so im Fieber.

Bauer Eberlin ging durch Haus und Hof wie ein wütender Stier. Das durfte ihm der Herrgott nicht antun, daß er auch das Mariele holte, das nicht!

Er schlug mit der Faust auf den Tisch, daß das Kind im Bett aufzuckte.

Leise mahnte die Trudo. Sie war selbst erschüttert, bis ins Mark, das Mariele war ihr alles, ihr Herzblut hätte sie geopfert, wenn es ihm hätte helfen können.

Gegen Abend war das Befinden der kleinen Kranken etwas besser geworden.

Die beiden Frauen, die Trudo und Gretli, die mit Einwilligung von Anna Stöß wieder zur Nachtwache gekommen war, hatten es mit vielem Drängen und Reden fertig gebracht, daß sich der Vater im Dachstübchen oben auch zur Ruhe legte; er wollte nicht, aber die Natur verlangte schließlich ihr Recht. Wer am Tage schwer arbeitet, hat die Nachtruhe nötig. So [illegible] auch der Vater trotz aller Angst um sein krankes Kind [illegible] die immer mehr sich zeigende Müdigkeit; die Augenlider fielen ihm immer wieder zu, obgleich er sie mit Gewalt aufriß. Da gab er endlich dem Drängen der Frauen nach und stieg die knarrende Treppe zum Dachstübchen [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

ließen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß das Gebiet von der Seuche verschont bleiben werde. Ein Arzt gab eine instruktive Darlegung über die Art und Gefährlichkeit der Pestseuche, woran sich eine lebhafte Debatte knüpfte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den sozialdemokratischen Mitgliedern und dem Vorsitzenden von Gamp, der die Sozialdemokraten fortgesetzt durch deplazierte Bemerkungen belästigte. Die Genossen Ledebour und Noske protestierten energisch gegen diese unzulässige Praxis. Herr von Gamp verteidigte sich und gab die Erklärung ab, daß er zugeben müsse, daß die Sozialdemokraten die Verhandlungen der Kommission nicht so verschleppen, wie manche andere Partei.

Die Beratung des Marineetats wurde zu Ende geführt. Der Staatssekretär setzte die in voriger Woche abgelehnte Errichtung eines Marinelazaretts auf Helgoland doch noch durch, jedoch sind ihm statt der geforderten 200.000 Mark nur 160.000 Mark bewilligt worden. Erhebliche Summen erfordern wieder die Werftanlagen in Wilhelmshaven. Zur Vergrößerung des Baubassins usw. wird als zweite Rate 1 Million verlangt; 34.070.000 Mark sind dafür bereits ausgegeben worden. Für Erweiterung der Werft nach dem Ems-Jade-Kanal zu werden 4.500.000 Mark als sechste Rate gefordert; 18 Millionen Mark sind schon verausgabt; eine weitere Ausgabe von 8 Millionen behält sich die Verwaltung noch vor. Für Herstellung eines Durchstichs durch die Schleuseninsel und zur Verbesserung der Trockendocks werden 925.000 Mark gefordert; diese Unternehmungen sollen rund 6 Millionen kosten. 200.000 Mark setzte die Kommission vorläufig ab. Für die Anlage eines Hafens für kleinere Schiffe bei Helgoland werden 5,5 Millionen als vierte Rate gefordert; die ganze Anlage kostet 30 Millionen. Die Artillerieverwaltung verlangt für Küstenbefestigungen usw. 5.625.000 Mark; die gesamte Anlage kostet 30 Millionen. Der Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat für die Marine beläuft sich im kommenden Etatsjahre auf 89,7 Millionen gegen 92,5 Millionen im Vorjahre.

Die dem Marineamt unterstellte Kolonie Kiautschau erfordert einen Zuschuß von 7.708.160 Mark; die Gesamteinnahme beträgt 13.542.834 Mark. Auf eine Anfrage erklärte der Staatssekretär, der jetzige Gouverneur habe seinen Abschied eingereicht. Der Neubesetzung dieses Postens würden sich Schwierigkeiten in den Weg stellen, wenn die Kommission darauf beharre, die bisher bewilligte persönliche Zulage von 10.000 Mark fortan nicht mehr zu zahlen. Der Gouverneur erhielt bisher 18.000 Mark Gehalt, 12.000 Mark Kolonialzulage, 10.000 Mark Repräsentationszulage und 10.000 Mark persönliche Zulage, im ganzen also 50.000 Mark. Der Nationalliberale Dr. Görke-Brandenburg, der im vorigen Jahre auf Reichskosten, die der Reichstag aber nicht bewilligt hat, eine von der Marineverwaltung arrangierte „Studienfahrt" nach Kiautschau unternommen hat, trat für die Weiterzahlung der persönlichen Zulage ein. Selbst ganz einfache Leute in Kiautschau hätten ihm erklärt, der Gouverneur müsse 50.000 Mark erhalten. Von sozialdemokratischer Seite wurde scharf gegen die Zulage Stellung genommen, Görkes Verhalten kritisiert und betont, wenn der Gouverneur tatsächlich die Aufgabe habe, die Handelsinteressen zu fördern, sei die sehr teure Gesandtschaft in Peking überflüssig. Uebrigens sei es das richtigere, nicht nur die Zulage für den Gouverneur, sondern künftig die ganze Kolonie Kiautschau als für Deutschland wegfallend zu bezeichnen. Es müsse die Rückgabe an China angestrebt werden. Sogar der Schatzsekretär Wermuth wandte sich gegen die nationalliberalen Gefälligkeitsdienste für den Gouverneur. Er betonte, wegen der Zulage seien noch keine Verhandlungen gepflogen worden, worauf Herr von Tirpitz einlenkte. Gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Rechten wurde die Zulage abgelehnt. Der Freisinnige Eickhoff stimmte mit den Junkern für die Zulage.

Eine feine Familie. Professor Soxhlet hat bekanntlich gegen den Darmstädter Professor Wagner den schweren Vorwurf der Fälschung erhoben. Wagner hat die Leitung der Abwehr und Gegenangriffe gegen Soxhlet einer erprobten Kraft übertragen: sein Sohn Dr. jur. Wagner, Beamter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, führt die Waffen für den angegriffenen Vater. Bisher freilich mit wenig Glück. Die Nachricht des Wolffschen Telegraphenbureaus, die Darmstädter Staatsanwaltschaft werde gegen Professor Soxhlet wegen schwerer Beleidigung Wagners öffentliche Anklage erheben, erweist sich als völlig aus der Luft gegriffen. Soxhlet wird es jedenfalls am lebhaftesten bedauern, wenn ihm nicht Gelegenheit gegeben werden sollte, die behaupteten Fälschungen Wagner sen. vor Gericht zu beweisen.

Fortschrittliche Kandidatur für Oldenburg-Birkenfeld-Lübeck. Eine Konferenz der fortschrittlichen Vertrauensmänner des ersten oldenburgischen Reichstagswahlkreises stellte am Sonntag den bisherigen Abgeordneten, Lehrer Ahlhorn-Osternburg, einstimmig wieder als Kandidaten auf. Von unserer Seite kandidiert wieder Genosse Redakteur Stelling-Lübeck. Neben diesen beiden Kandidaturen wird es noch zu einer rein agrarischen und einer nationalliberalen kommen. 1907 wurden in Oldenburg-Birkenfeld-Lübeck 9167 freisinnige, 8032 nationalliberale, 8247 sozialdemokratische und 1698 Zentrumsstimmen abgegeben. In der Stichwahl wurde Ahlhorn mit 16.117 gegen 7777 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Das Schicksal der Paradekandidatur. Der Gouverneur a. D. Leutwein, dem eine „streng parteilose, rein nationale" Kandidatur für den Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal angeboten werden sollte, hat „aus gesundheitlichen Rücksichten" erklärt, die Kandidatur nicht annehmen zu können.

Feuerbestattung in Preußen. Wie die „Nationalliberale Korrespondenz" erfahren haben will, ist der schon fast sagenhaft gewordene Gesetzentwurf über die Feuerbestattung in Preußen nunmehr dem Staatsministerium zugegangen.

Die neueste Sammlungspolitik. Im preußischen Abgeordnetenhause finden seit einiger Zeit Konferenzen statt, an denen Zentrum, Konservative und einige Liberale sich beteiligen. Auch der vielgeschäftige Abgeordnete Erzberger ist mit von der Partie. Es ist beabsichtigt, einen ganz Deutschland umfassenden — Zentral-Rabattsparverein zu gründen, der als Wahlköder für den Mittelstand gedacht ist.

Ausland.

Der Bericht des Justizbevollmächtigten des schwedischen Reichstags.

Seit hundert Jahren gibt es in Schweden die nachahmenswerte Einrichtung des Justizbevollmächtigten (Justitiebudbman), der, vom Reichstag gewählt, Staatsverwaltung und Rechtspflege zu kontrollieren hat. Er soll der Anwalt des Volkes gegen Uebergriffe der Regierung und ihrer Beamten sein, hat daher, wenn er es mit seiner Pflicht ernst nimmt, in einem Lande wie Schweden, das noch so weit von demokratischen Einrichtungen entfernt ist, viel Arbeit. Er wird von jedem Reichstag neugewählt — Wiederwahl ist häufig — und hat alljährlich Bericht zu erstatten. In den hundert Jahren, seit das Amt besteht, ist es von 22 Personen bekleidet worden. Im Namen der Regierung hat der Justizkanzler etwa die gleiche Aufgabe, bei der er naturgemäß nicht selten mit dem parlamentarischen Justizbevollmächtigten in Konflikt gerät.

Der Bericht, den Justizbevollmächtigter Hassel diesmal dem Reichstag vorgelegt hat, füllt einen Band von fast 700 Seiten, von denen 300 seine Tätigkeit im Jahre 1910 behandeln, der Rest aus Beilagen besteht. Im abgelaufenen Jahre hatte er sich mit 375 Klagen zu befassen. In 10 Fällen erhob er Anklage gegen die Schuldigen (in weiteren 4 Fällen aus eigener Initiative). In 31 Fällen suchte er durch andere Mittel dem Rechte Geltung zu verschaffen. Auffallend viel hat er diesmal über Verletzungen der Versammlungsfreiheit zu berichten; in einer Reihe Städte mußte er das Versammlungsrecht der Sozialdemokraten und Jungsozialisten gegen Gesetzwidrigkeiten und Schikanen der Magistrate und Polizeibehörden in Schutz nehmen. Wohl der merkwürdigste Uebergriff war die Verfügung eines Landeshauptmanns (Regierungspräsidenten), der in seinem ganzen Machtbereich Versammlungen unter freiem Himmel verbot: nach preußischem Muster „wegen zu befürchtender Verkehrsstörungen" auf den einsamen Landstraßen! Durch Eingreifen des Justizbevollmächtigten kam es zur Aufhebung der gesetzwidrigen Verfügung. Gegen eine Menge Beamte, auch Richter und Geistliche, hat der J.-B. im letzten Jahre Einspruch erhoben oder weitergehende Maßregeln ergriffen. Der Bericht zeigt, daß die Einrichtung für das Volk segensreich ist. — In Preußen hätte ein solcher Bevollmächtigter noch ganz anders zu tun.

Ein Schreiben des Gewerkschaftsführers Duraud an Fallieres. Genosse Duraud richtete durch Vermittelung des Deputierten Meunier an den Präsidenten Fallieres ein Schreiben, in welchem er für die Aufhebung der Todesstrafe dankt, seine Unschuld beteuert und um seine sofortige Freilassung bittet, um die Revision seines Prozesses wirksamer betreiben zu können.

* * *

Ein Student als russischer Polizeispitzel. An der Lütticher Universität ist ein gewisser Brodzky als Student eingetragen, dessen Tätigkeit als russischer Polizeispitzel des öfteren an den Pranger gestellt worden ist. Dieser Tage ließ sich Brodzky im Speisesaal der Universität zu unvorsichtigen Aeußerungen hinreißen, die auf sein Gewerbe Bezug hatten. Die Studenten verließen unter Protest sofort den Saal und entsandten eine Abordnung an den Rektor. Der sozialistische „Peuple" bietet dem Rektor die notwendigen Dokumente an zum Beweise, daß Brodzky in der Tat ein Polizeispitzel ist. — Wenn sie ihm das Fell vergerbt und ihn dann zum Teufel hinausgeworfen hätten, wäre das kürzer gewesen.

* * *

Ein englischer Majestätsbeleidigungsprozeß — dieses überaus seltene Ereignis — spielte sich am Mittwoch in London ab, wo die Verhandlung gegen den der Verleumdung des Königs angeklagten Eduard Mylius vor dem Lord Oberstrichter Lord Alverstone stattfand. Auf Lord Alverstones Frage, ob er durch einen Rechtsbeistand vertreten werde, antwortete Mylius, er werde sich selbst verteidigen. Er ersuchte dann, ihm die privaten Briefe zurückzugeben, deren Beschlagnahme eine grobe Rechtsverletzung ist. Der Richter lehnte dieses Ersuchen ab. Der Gefangene fragte, ob der König als Kläger anwesend sei, er wünsche seine Anwesenheit, weil jeder Angeklagte berechtigt sei, seinem Kläger vom Gerichtshof gegenübergestellt zu werden. Der Richter erwiderte, der König könne nicht aufgefordert werden, vor dem Gerichtshof zu erscheinen.

Attorney General Rufus Isaacs erklärte, es handle sich um eine Verleumdung, welche die Ehre des Königs angreife und die darauf berechnet sei, ihn in der Achtung aller rechtlich Denkenden herabzusetzen. Er betonte, daß keine Klage gegen die republikanischen Gesinnungen des Angeklagten erhoben sei. Die gerichtliche Verfolgung sei eingeleitet worden, weil der Angeklagte behauptet habe, daß des Königs Ehe mit der Königin eine schmachvolle Bigamie sei und ein Verbrechen gegen die Kirche. Der Angeklagte habe ferner behauptet, der König habe 1890 in Malta die Tochter des Admirals Seymour geheiratet. Als er 1892 Thronerbe geworden sei, habe er sie und ihren Sprößling verlassen, um die Prinzessin zu heiraten. Mit erhobener Stimme erklärte Isaacs, die Geschichte sei von Anfang bis Ende ein Gewebe von Unwahrheiten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kündigte Rufus Isaacs an, er werde den Admiral Seymour und seine Tochter Mrs. Napier, die einen Marineoffizier geheiratet hat, als Zeugen vorladen. Er werde den Beweis führen, daß die Tochter des Admirals dem Könige nur zweimal im Leben begegnet sei, das eine Mal als Kind von acht Jahren, das zweite Mal bei einem Empfange, niemals aber in Malta. Admiral Seymour sagte aus, er habe zwei Töchter gehabt, die ältere habe 1899 den Kapitän Napier geheiratet, die jüngere sei 1895 gestorben. Sie sei niemals verheiratet gewesen und habe niemals mit dem Könige gesprochen. Der König sei überhaupt nie in Malta gewesen, als seine Töchter dort gewesen seien. Mrs. Napier habe den König bis 1898 nicht gesprochen. Mylius wurde für schuldig befunden und zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt.

In Deutschland ist schon wegen geringfügigerer „Majestätsbeleidigungen" auf zwölf Monate Gefängnis erkannt worden!

* * *

Die Reformen in Portugal. Die Berliner portugiesische Gesandtschaft teilt mit: Die provisorische Regierung hat die Ruhe der letzten Woche ausgenutzt, um das Werk des nationalen Wiederaufbaues fortzusetzen. Unter anderem wird eine Reform des Elementarunterrichts vorbereitet. Demnächst wird ein Dekret veröffentlicht werden betreffend die Einführung des obligatorischen Standesamtsregisters unter Zulassung der nachträglichen Eintragung in die Kirchenregister. Zur Vermeidung der Duelle sind Ehrengerichte geschaffen worden.

Die Arbeitseinstellungen haben fast ganz aufgehört. Mehrere Schiedsgerichte wurden eingesetzt zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, so jüngst in Setubal.

Auch an den militärischen Wiederaufbau ist man herangetreten. Durch freigebige Maßnahmen wird die Lage der Offiziere und der Soldaten verbessert. Die Zahl der Freiwilligenbataillone nimmt zu und ihre Mannschaften üben alle Sonntage in den Kasernen. Man versucht auch einen Bund der Schützengesellschaften zu bilden, um so aus jedem Bürger einen Soldaten zu machen. In den einzelnen Kolonien macht sich eine Bewegung geltend, die Autonomie und die Beruhigung der Kolonien durch die Freiheit und die Erziehung der Eingeborenen zu erzielen, um so die kostspieligen und grausamen kriegerischen Expeditionen zu vermeiden.

Aus Oberschlesien.

Vom fiskalischen Bergbau in Oberschlesien.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Er bestimmt: Die Staatsregierung wird ermächtigt zur Errichtung einer Doppelschachtanlage bei Knurow-OS. und zur Beschaffung der hierfür erforderlichen Betriebsmittel. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Beweistellung dieser Geldmittel Staatsschuldverschreibungen auszugeben, an deren Stelle vorübergehend auch Schatzanweisungen treten. Vom 1. April 1915 ab soll eine dauernde Tilgung dieser Schuld erfolgen und zwar so, daß unter Einschluß der Mittel, welche zur planmäßigen ½ prozentigen Tilgung der bereits nach dem Stat bestehenden Kapitalsschuld aus dem vorliegenden Gesetze erforderlich sind, der gesamte Betrag der aufzunehmenden Anleihe soweit er bis zu diesem Termine noch nicht getilgt worden ist, bis zum 31. März 1980 getilgt sein muß.

In der Begründung wird über die Notwendigkeit der Anlagen folgendes ausgeführt:

Der außerordentliche Aufschwung, den der Privatsteinkohlenbergbau Oberschlesiens am Schlusse des vergangenen Jahrhunderts genommen hatte, zwang den Fiskus, wenn er seine führende Stellung in diesem Revier behalten wollte, zu einer weiteren Vermehrung seiner Betriebsanlagen. Nach Lage der geologischen und örtlichen Verhältnisse erschien die Errichtung einer Tiefbauanlage im Süden des oberschlesischen Hauptreviers als das zweckmäßigste. Im Jahre 1903 wurde daher die Doppelschachtanlage Knurow I/II in Angriff genommen. Die Aus- und Vorrichtung dieser Schachtanlage ist nach Ueberwindung erheblicher Schwierigkeiten beim Schachtabteufen im Deckgebirge jetzt so weit durchgeführt, daß die Förderung aus diesem Grubenfelde arbeitstäglich 1000 Tonnen und mehr beträgt.

Für diese Anlagen sind bis jetzt 2 Millionen Mark verausgabt worden und ist beabsichtigt, in den nächsten 5 Jahren noch 7½ Millionen Mark für diesen Zweck auszugeben. Hiervon fallen 3¼ Millionen Mark für die Errichtung der Tagesanlagen.

Oppeln, 2. Februar. Wilderer. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich gestern der Häusler Nitsche aus Polnisch-Neudorf wegen Wilderns und tätlichen Angriffs auf einen Forstbeamten zu verantworten. Nitsche hatte in der Nacht zum 14. November mit seinem Nachbar, dem Häusler Cygan, gewildert und war dabei vom königl. Förster Krohner aus Komprachtschütz gestellt worden. Auf die Hilferufe des Nitsche gab Cygan auf den Förster zwei Schüsse ab, durch die dieser lebensgefährlich verletzt wurde. Trotz dessen konnte der Förster noch auf den Cygan schießen, der am Morgen tot auf dem Platze gefunden wurde. Der Förster war rechtzeitig aufgefunden und nach Oppeln ins Krankenhaus geschafft worden. Das Urteil gegen Nitsche lautete auf fünfzehn Monate Gefängnis, der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.

Gleiwitz, 2. Februar. Vom Schlachtfelde der Arbeit. Dienstag Vormittag erhielt im neuen Rohrwalzwerk des Huldschinskyschen Werks am Stadtwalde der Arbeiter Franz Schoßtet von einem eisernen Rohr einen Schlag gegen die linke Kopfseite, so daß er bewußtlos zu Boden stürzte. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er ins Schlafhaus des Werkes gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb. Sch. war 35 Jahre alt und unverheiratet.

Kattowitz, 2. Februar. Noch ein radikales, polnisches Organ soll demnächst hier erscheinen. Der Arbeitersekretär der polnischen Berufsvereinigung, Lyon, will ein wöchentlich zweimal erscheinendes Blatt radikaler Tendenz herausgeben, das besonders die Interessen der polnischen Fachverbände wahrnehmen soll.

Kreuzburg, 2. Februar. Unglücksfall. Der Fürstlich Hohenlohesche Forstlehrling Gabriel hantierte mit einem geladenen Gewehr, als der Schuß losging und ihm die Brust durchbohrte. Der Tod ist bald darauf eingetreten.

Myslowitz, 2. Februar. Der kleine Grenzverkehr. Im Monat Januar 1911 sind im „Kleinen Grenzverkehr" 2166 Portionen russisches Schweinefleisch zu je 2 Kilogramm Gewicht aus Modrzejow nach Myslowitz und Umgegend eingeführt worden, gegen 3004 Portionen oder 6008 Kilogramm im Vormonat.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Bart. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 7. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky, G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 3 Beilagen.

Todes-Anzeige.

Dienstag, früh 8½ Uhr, verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Witfrau Karoline Pischke geb. Fusar

im Alter von 74 Jahren 3 Monaten. 585

Dies zeigen tiefbewegt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Freitag, den 3. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Krietern Nr. 6.

Kranken- und Sterbekasse „Beständigkeit".

General-Versammlung

Freitag, den 10. Februar 1911, abends 8 Uhr

im Gasthof zum „goldenen Zepter", Klosterstraße 47.

Tages-Ordnung:

Wahlen — gemäß §§ 30 und 42 des Statuts.

Die Mitglieder, also auch die weiblichen, werden zur Teilnahme hiermit aufgefordert. Der Eintritt in den Saal wird nur großjährigen Mitgliedern, welche mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind, gegen Vorzeigung der Quittungsbücher gestattet. (§ 48).

Mitglieder-Aufnahme nur Kohlenstraße 8 werktäglich von 8—1 Uhr.

536 Der Vorstand.

Nervöse, Herz-, Magen-, Nierenkranke und Gesunde

trinken als Ersatz für den anregenden, das Nervensystem aufs schwerste schädigenden Kaffee und Tee

nur **Original-Edel-Erdbeertee**

Reines Naturprodukt! Nervenberuhigend! Blutreinigend!

Paket 0,50 Mk. Von 5.— Mk. an portofrei.

Niederlage: Kloster-Drogerie Paul Rathmann, Klosterstraße 11, Ecke Feldstraße. 267

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen! 5306

Möbel-Einrichtungen

in jeder Preislage.

Langjährige Garantie. Billige Preise.

Krimke & Co., Neue Graupenstr. 7 am Neumarktplatz

Stadt-Theater.
Donnerstag 7½ Uhr:
„Königskinder".
Freitag 7½ Uhr:
„Mignon."
Sonnabend 7½ Uhr:
„Don Juan".

Lobe-Theater.
Donnerstag 7½ Uhr:
„Das Musikantenmädel".
Freitag 7½ Uhr:
„Das Musikantenmädel".
Sonnabend 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
„Das Puppenmädel".

Thalia-Theater.
Freitag:
Gruppe H. 2. Vorstellung:
„Kabale und Liebe".
Sonntag 7½ Uhr:
„Der Feldherrnhügel".
Billettverkauf Freitag und Sonnabend von 10 bis 2 Uhr im Stadt- und Thalia-Theater.

Schauspielhaus
Donnerstag 8 Uhr:
„Hans, der Flötenspieler".
Freitag 8 Uhr:
„Die keusche Susanne".
Sonnabend 8 Uhr:
Première
„Alt-Heidelberg".

Liebich's Etablissement.
Telephon 1646.
! Neues Programm!
Elsie Terry. Robert Steidl. Hermann Klink. Gebr. Willé Henry de Vry. Kaufmann-Truppe.
etc. etc. etc.
Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater
Neues Programm!
10 hervorragende 10
Kunst-Größe.
Anfang 7½ Uhr.
Dauer wochentage gültig.

Zeltgarten
Dir. H. Kraisalk.
Ganz neue Spezialitäten.
Weltstadt-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Palmengarten.
Dir.: H. Kraisalk.
Neu! Neu!
Zigeuner-Kapelle Puszta-Kinder
(12 Personen).
Nochmals prolongiert:
Donn-Trompeter-Korps
Janetz (16 Personen).
Trotz der enormen Spesen:
Entree frei.

Liegnitz. 542
„Nacht am Rhein" Feuerzauber
Neue Karlstraße 27/28 Rehdiger-Str. 12
Hallestelle der Straßenbahn.
Sonntag, den 4. Februar 1911:
Gr. Elite-Maskenball
Motiv: Ein Internationales Karnevalfest in Oberbayern.
Dekorierung der 3 Kapellen! 6 schönsten Masken.
Die Galerie ist für Zuschauer offen.

„Reformbier" überall käuflich.
Wiederverkäufer erhalten hier Rabattpreise.

Zirkus Busch
Donnerstag, den 2. Febr. cr., abends 8 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung
Neues Programm.
u. a.
„Die 5 Cliftons"
die hervorragendsten Barren-Akrobaten der Gegenwart.
Franz Steidler
der radfahrende Bauchredner
„Die Wilddiebe"
Herrn Ernst Schumann's neuester Dressur-Akt.
Herr Burgh.-Footlit
Schulreiter auf „Boy"
und die übrigen Künstler-Spezialitäten.
9¾ Uhr:
Farmerleben
mit Jack Joyce
dem tollkühnen amerikan. Cowboy mit seinen wilden Pferden.
Näheres siehe Tageszettel.

Tücht. Gen.-Vertreter
für meine konkurrenzlose, kalt, abwaschbare Dauerwäsche gesucht. Höchste Provision.
W. Spratte,
Dauer-Wäsche-Industrie
Dortmund. 541

Eine Nähmaschine, ganz neu, ist billig zu verkaufen Wrangelstraße 5. [532
Neu-Waldenburg bei Fr. Reichel.

Gelegenheitskauf. 2 Bettstell. m. Mtz. 1 Chaiselongue, 1 Diwan f. zu verkaufen bei 281
Kreuter, Alexanderstraße 18.

1 gebr. Singer Ringschiff-Maschine f. 24 Mk., noch sehr gut, bei 4
Rosenfeld, Neumarkt Nr. 1.

Möbel, Betten, Herrenkleider, Nähmaschinen, Kinderwagen, ganze Nachlässe, Wohnungseinrichtung, kauft [528
Paul Scholz, Matthiasstr. 132/134.

Rohtabakhandlung
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hummerei 26.
Spezialität: 4571
ff. alte Sumatra-Decken
neu tadellos. Brand in jed. Preislage.

Hervorragenden erstklassigen
Molkerei-Butter-Ersatz
Allerfeinste 498
Eigelb-Pflanzenbutter
(vegetabile Margarine)
Schmeckt herrlich als Brotaufstrich sowie zum Braten, Kochen u. Backen
Preis per Pfd. 80 Pfg.
Porto extra! Geg. Nachnahme!
Postversand von 5 Pfd. an durch
Richard Hellig, Glatz, Neumarkt 21.

Preisgekrönte
Herren- u. Damen-Moden in bekannt feinster Ausführung verleiht billigst
M. Scholz 543
Nikolaistraße 65/68 (Laden)
Englische Gallen 1910 26 erste Preise.
Verleihung auch nach außerhalb.
Reparaturen gutger Kleider.

Spezial-Ausschank Bayerisch Bock.
Bergkeller.
Heute Donnerstag:
Treffpunkt zum 1. groß. Bockfest mit Ball.
Erstklassige Ballmusik, großartige Saal-Dekoration, prima Bockschinken und Bockwurst mit w. Salat. Alle Freunde, Bekannte und Gäste sind hierzu freundlichst eingeladen. [529] Ergebenst Otto Biedermann.

Wilhelmsburg
Heute Donnerstag:
Gambrinusfest
Tanz-Kränzchen, Präsent-Polonäse, Gambrinusmützen gratis, neueste Festlieder. 539

Hentschel's Etabl., Pöpelwitz
Neue Hauskapelle, neue Tanzordner.
Heute Donnerstag: Humoristisches Bock-Fest bei freiem Entree.
Bonbonregen, Bockmützen und Bocklieder gratis — Tanz-Kränzchen bei vollem Orchester. — ff. Bock. 534

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Breslau).
Sonnabend, den 11. Februar 1911, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17
Grosses Narren-Fest

bestehend in
Narren-Galafest-Konzert
Tanz, Korso,
ausgeführt von 2 Musikkapellen des Freien Musiker-Verbandes
unter Leitung des Herrn Schumann.
Ein Fest in der Unterwelt
Aufführung der großen Scherz- und Zauber-Operette und in Szene gesetzt von Balletmeister Nemela und Lozarius.
Schlaf-Apotheose:
Brillanter Reigentanz der Elfen und Bergknappen.
Um 12 Uhr
Pompöser Festzug aller Narren und Närrinnen.
Eintrittspreis in Vorverkauf 60 Pf. pro Person inkl. Steuer.
An der Kontrolle 75 „ „ „ „
Karten sind bei allen Bezirkskassierern, Werkstatt-Delegierten und im Verbandsbureau, Dominikanerplatz 1a II, Telephon 7118, zu haben.
Zur Teilnahme an diesem großartigen Arrangement sind alle Mitglieder, Freunde und deren Angehörige freundlichst eingeladen.
530 Das Fest-Komitee.

Voranzeige. 534
Leppers Etablissement Pöpelwitz, vom 4. Februar ist zu sehen:
Der Riese aller Riesen 2,20 m groß u. 4¼ Zentner schwer,
als Bergmann (Theo Hausmann). Es lädt ergebenst ein P. Kasper.

Rheumatismus, Körperschmerzen,

Gicht, Hüftweh (Ischias), Gliederreißen, Nervenschmerzen, Hexenschuß, Geschwulst etc.
sind oft unerträglich. Deshalb gebrauche man seinen Reichel's „Electricum" (Reichs-Fichtennadel-Waldwolle), ein anschädliches Naturprodukt und sicher äußerliches Mittel von starker, durchgreifender, wohltuend schmerzstillender Wirkung. „Electricum" wirkt wie elektrisierend auf den Körper! Fl. 60 Pf., M. 1.— und 2.—. Die Heilung wird noch erfolgt durch innerlichen Gebrauch von Reichel's Wacholder-Extrakt, Fl. 75 Pf., M. 1.50 u. 2.50. Man nehme nur die echten Originalfüllungen und achte scharf auf die Marke „Medizin" und den Namen Otto Reichel, Berlin SO.
In Breslau bei: Fr. Bartsch, Poststr. 9; H. Flinge, Sternstr. 92 und Nikolaistr. 94/96; Frz. Greschel, Lentzestraße 60, Fil.: Westradstr. 48; Ed. Graf Nachf., Neumarkt 4, Fil.: Sitzgartenstr. 42 und Gartenstr. 98; G. Haupt, Oderstr. 24 und Werderstr. 35; C. Heinze, Kirchstr. 97; J. C. Herrmann, Reuterstr. 91a; W. Hirsemann, Herrnstr. 25; F. Hoffschilde, Ohlauerstr. 65; Frz. Kolbe, Scheitnigerstr. 41; J. Matthias, Telegraphenstr. 9; W. Matuszewski, Gabitzstr. 87/89; A. Pätzold, Zauckenstr. 105; S. Rothmann, Kleiststr. 69; W. Schlegel, Nikolaistr. 21; R. Schubert, Weidenstr. 18; C. M. v. Zerboni, Bismarckstr. 12; Engros-Lager bei: Franz Lehnich, Friedrichstr. 29. 538

Die Gleichheit
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Ich empfehle:
Wohlfahrts-Geld-Lotterie
Lose à 3.75 Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Ziehung 16.—18. Februar cr.
Hauptgew.: 75000, 40000, 30000, 20000, 10000 Mk. bar usw.
Schlesische Pferde-Lotterie.
Lose à 1 Mark Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Ziehung 7. Februar cr. 540
Hauptgewinne: 10000, 5000, 3000, 2000 Mk. Wert
In meine Kollekte fielen die Hauptgewinne von 50000 Mk. auf Nr. 80356 der Roten Kreuz-Lotterie, gezogen am 20. und 21. Dezember 1910 und 10000 Mk. auf Nr. 2129 der Roten Kreuz-Lotterie, gezogen am 17. und 18. Januar 1911.
B. Klement, Breslau I, Ring 22, gerade über vom Schweidnitzer Keller.
Spezial-Lotterie-, Bank-Geschäft und Münzenhandlung.

Sortierer od. Sortiererin
für dauernde Beschäftigung gesucht. 518
Gebr. Dresdner, Zigarrenfabrik
Brieg, Bezirk Breslau.

Zum Antritt per 1. April suche ich einen 531
tüchtigen Zuschneider
für Maßarbeit, der auch Modelle machen und vorrichten muß.
Offerten mit Gehaltsangabe an
Max Schiftan, Lederhandlung u. Massschäftestepperei
Waldenburg i. Schlesien.
Eine perfekte Stepperin kann sich gleichfalls melden.

Masken-Kostüme 6969
Grösstes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges
A. Franz Nachf. H. Wiersing
Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996.
Fabrik histor. Festzugs- u. Quadrillen-Kostüme.

Schweinefleisch billiger!
Bauch . . . . . Pfd. 60 Pf.
Schuppbr., Schult., Schink. „ 70 „
Kalbfleisch, Lungenfett. „ 75 „
Kalbskeul., Nierenbr., Plätze „ 80 „
Rindfleisch . . Pfd. 70 und 80 „
Grüner Speck, Mett-, Preß- u. Leber-Wurst Pfd. 70 Pf. bei Entnahme von 5 Pfund bedeutend billiger.
H. Steinacker, Anderstraße 12/14 Ecke Hildebrandstr.

Stangen u. Stiele
aller Art sofort billig zu verkaufen. [510
Fa. E. Rocher, Neumarkt-Bude.

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist fachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Mietsrecht.
Buchhandlung Volkswacht.

Protokoll
des
Internationalen Sozialisten-Kongress zu Kopenhagen.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Gute, gelegene neue u. wenig gebrauchte
Möbel 520
Bettstelle m. Matratze u. Pfeiler 25 ℳ
Schrank 24 ℳ Kommode 35 ℳ
Grün- u. Kirschbaum-Einrichtungen von 200 ℳ an. — Kataloge gratis.
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Alles spottbillig. Zeitgem. gekauft.
Max Giesel
Brüderstraße 5, pt. u. I.

Breslauer Fischhallen
Schmiedebrücke 59
Telephon 4472
Markthalle

Filialen: N. Schweidnitzerstr. 10
Telephon 4473
Ritterplatz
Wir empfehlen aus heutiger Waggonladung: 539
Prachtvollen fetten Cabliau und Seelachs Pfd. 27 Pfg.
Alle anderen Fischarten ebenfalls billig.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis

Leipzig, am Rathaus 7, Ecke Ring.
Mildner, Erich, Marthainr. 15, Tabak.
Rauht Sur-Sar-Zigaretten.
Pawelke, Alfred, Gellhornstr. 39, Papierw.
Reumann, August, Reuterstr. 13.
Rauht „Unida"-Zigaretten.
Reitzenstein, F., Gräbschenstr. 38a, Siebdruck. 28
Rauht Okassa Zarrotto Haloppi 3
Schmidt, Paul, Lohestraße 28.
Sanneider, Paul, Gabitzstr. 7a, Nortzstr. 42
Scholz, Erwin, Grüntscherstraße 17.
Schramke, E., Hubenstraße, Ecke Dubbestr.
Seidel, Herm., Kreuzhalerstr. 16.
Spahr, Ernst, Gräbschenstr. 96, Jaspert
Steinberg Nachf., Inh. Gilbertstr. 16/18
Wander, O., Hildebrandtstraße 19.
Weichert, Albert, Kaiser-Wilhelmstr. 13
Weichsteinmann, August, St. Schweidnitzerstr. 31
Werner, Paul, Höchenstraße 70. Tabak
Wilbertz, E., & Co., Gräbschenerstr. 84
Wischner, Emma, Albrechtstr. 44. (Tabak)
Wroblewski, Emil, Matthiasstraße 128
Zedlitz, Max, Matthiasstraße 96.

Warm- u. Kaltbäder.
Gebr. Barsch, Ring, Neumarkt und Stockgasse.
Berliner Kaffeehaus, Schweidnitzerstraße 47.
Zentral-Hotel Stadtbad, Ecke Ring 117 Elsa Leubuscher.
Oscar Blumig, Kaiserstraße Nr. 109.
Friedländer, John, Schweidnitzerstraße 10.
Gustav Gold Nachf., Kaiserstr. 47, Sp. Rabatt.
Hallenbad, Kaiserstraße 51.
Hallenbad, Ring 12.

Werkzeuge, Beschläge.
Friedrich, Gebr., ob. Schweidnitzerstraße 24.
Wasser- und Wasserwerke.
Reinelt, C. A., Kaiserstraße Nr. 2.
Reinelt, C. A., Kaiserstraße Nr. 2.
Wild- und Geflügel.
Reisler, L., Tauentzienstr. 36, Fil.: Schweidnitzerstr. 5.
Zigarren u. Zigaretten.
Algenti Nr. 2 u. 3 2 u. 3 Pfg. Zigaretten.
Ormanda-Zigaretten.
Zahn-Ateliers.
Zahnärzte.
Gemmke, E., Kaiserstraße 15, Stadtstr. 77.
Rauchtabak.
Rauchtabak.
Rauchtabak.
Rauchtabak.

1. Beilage zu Nr. 29 der „Volkswacht".

Freitag, den 3. Februar 1911.

Arbeiterbewegung.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

Ende 1909 hatten die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Organisationen 280,061 Mitglieder. Ende 1908 waren es im Jahresdurchschnitt 264,519. Jetzt werden die Gewinne an Mitgliedern bekannt, welche die christlichen Arbeiterverbände 1910 gemacht haben. Es ergibt sich in runden Ziffern — die genauen sind noch nicht bekannt — das folgende Bild:

Zunahme an Mitgliedern hatte der

Textilarbeiterverband . .	10600	Metallarbeiter	9900
Holzarbeiter	2000	Tabakarbeiter	1800
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1000	Schuh- und Lederarbeiter	1000

Außer diesen Zunahmen, die ausschließlich auf die großen Gewerkvereine entfallen, haben besonders noch die christlichen Staatsarbeiter und Angestellten einen ziffernmäßigen Zuwachs zu verzeichnen, so daß die Leitung des Gesamtverbandes mit einem Mitgliederzuwachs von rund 30,000 rechnet.

Die freien Gewerkschaften schlossen 1909 mit 1,892,568 Mitgliedern ab, sie haben bis jetzt schon über 200,000 Mehrorganisierte zählen können, trotzdem von einer Reihe kleinerer Verbände nur geschätzte Ziffern vorlagen. Die modernen Organisationen sind 1910 also bis zu zwei Millionen Mitgliedern gekommen, die christlichen Gewerkschaften haben auch im vergangenen Jahre trotz aller Bemühungen und bei Beachtung des Zuwachses von rund 30,000 Mitgliedern das dritte Hunderttausend nicht wesentlich überschritten.

Von der „Vertragstreue" der Unternehmer. In Zittau i. Sachsen haben die Unternehmer die Arbeitseinstellung in drei Holzbearbeitungsfabriken, die wegen Vertragsbruch der Firmeninhaber erfolgte, mit der Kündigung aller Arbeiter beantwortet. Die größte Firma dagegen, die auch dem „Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe" angehört, hat es abgelehnt, sich dem Vorgehen der übrigen Unternehmer anzuschließen, „weil sie einen absichtlichen Vertragsbruch der Unternehmer nicht unterstützen wolle". Interessant ist dabei, daß der Zentralvorstand des Schutzverbandes genannte Firma dringend ersucht hat, ebenfalls auszusperren, trotzdem auch der Unternehmerverband nicht abstreiten kann, daß die Zittauer Arbeitgeber vertragsbrüchig geworden sind. Das nennt man dann „Vertragstreue".

In den letzten Tagen haben nunmehr Verhandlungen zwischen Vertretern des Holzarbeiterverbandes und der Unternehmerorganisation stattgefunden. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, die vertraglich festgelegten Akkordsätze zu bezahlen und auch den übrigen Vertragsbestimmungen nachzukommen. Ueber die Lohnsätze der Arbeiter im einzelnen wird gegenwärtig weiter verhandelt. — Zuzug von Tischlern nach Zittau ist einstweilen noch fernzuhalten.

Achtung, Glasarbeiter! Am Sonnabend haben bei der Firma Hugo Schneider, A.-G. in Ober-Weißbach 30 Glasbläser die Arbeit niedergelegt. Alle Glasbläser werden dringend ersucht, Ober-Weißbach zu meiden, gleichfalls alle Glühlampenarbeiter und -Arbeiterinnen.

Achtung, Steinsetzer! Bei dem Steinsetzmeister Krause in Kolberg haben die Steinsetzer die Arbeit eingestellt, weil der Unternehmer plötzlich Lohnabzüge in Höhe von 10 Pfg. pro Stunde vornehmen wollte. Zuzug ist fernzuhalten.

Ein Mißerfolg der Gelben. Montag fanden in den Nürnberger Werken der Firma Siemens Schuckert die Vertreterwahlen zum Arbeiterausschuß statt. Die freien Gewerkschaften errangen mit 4218 Stimmen 22 Sitze, die Gelben erhielten mit 839 Stimmen 4 Sitze, und die Christlichen müssen sich mit 192 Stimmen mit einem Vertreter begnügen. Im Vorjahre wurden 23 Vertreter gewählt. Davon erhielten die freien Gewerkschaften mit 3360 Stimmen 18, die Gelben mit 830 Stimmen 4 und die Christlichen mit 169 Stimmen einen Sitz. Die Blamage für die Gelben ist umso größer, als sie trotz einer angeblichen Mitgliederzahl von 1300 kaum mehr Stimmen erhielten als im Vorjahre. Die Liste der Gelben wurde hauptsächlich in den Abteilungen der ungelernten Arbeiter gewählt.

Buchdruckerstreik in Lüttich. Die Schriftsetzer in Lüttich (Belgien) beschlossen mit 201 Stimmen von 245 Stimmen den Generalstreik, wie dieser bereits in Verviers verfügt wurde. Die Setzer verlangen Abkürzung der Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 5 Francs täglich. Dieser Ausstand betrifft aber nur die Akzidenzsetzer. Die Zeitungssetzer haben bereits seit längerer Zeit den Achtstundentag, sowie den Minimallohn. Entsprechend diesem Beschluß des Verbandes sind am Mittwoch Morgen die Akzidenzsetzer in den verschiedenen Arbeitsstätten nicht zur Arbeit gekommen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Februar.

Geschichtskalender.

3. Februar.

1809 Der Komponist Mendelssohn-Bartholdy *.
1853 Der Dichter August Kopisch †.
1899 Das Löbtauer Bluturteil gegen streikende Bauarbeiter (53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis).

Trauerfeier für Paul Singer.

Um das Andenken des verstorbenen Vorkämpfers auch in Breslau zu ehren, veranstaltet der Sozialdemokratische Verein am

Sonntag, den 5. Februar,

Nachmittags 6 Uhr,

eine

Gedächtnisfeier

im

Saale des Gewerkschaftshauses,

zu der alle über 18 Jahre alten Anhänger unserer Sache, Frauen und Männer, eingeladen werden. Die Feier wird aus einem Chorgesang von Arbeitersängern, Harmoniumvorträgen und einer Gedächtnisrede des Genossen Löbe bestehen.

Sie tritt an die Stelle der für den gleichen Abend geplanten öffentlichen Versammlung.

Bei der Beerdigung,

die am Sonntag, Mittags 12 Uhr, vom Vorwärtsgebäude aus stattfindet, wo Singers Leiche aufgebahrt ist, wird der Breslauer Sozialdemokratische Verein durch die Genossen Müller und Keilich, die „Volkswacht" durch Genossen Heymann vertreten sein, die den Auftrag haben, Kränze am Grabe niederzulegen. Der Leichenzug bewegt sich nach dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde, wo auch die Genossen Liebknecht und Auer beigesetzt sind. Kränze und Blumenspenden sind an die Redaktion des „Vorwärts" zu adressieren.

Parteiaktionäre.

Mit diesem Titel belegt die „Schlesische Zeitung" alle Gewerkschaftler und Parteigenossen, die einen Anteilschein für den Um- und Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses erwerben oder den Konsum- und Sparverein Vorwärts erworben haben. Dadurch wird nach dem Blatte der Liebesgabenempfänger eine Anzahl von Genossen zu Parteiaktionären gemacht, die schon im Interesse der Sicherung ihrer auf diese Weise angelegten Gelder unter allen Umständen für diese Unternehmungen eintreten müssen und weit fester an sie gebunden sind als irgend ein bürgerlicher Aktienbesitzer an seinen Aktienbesitz, der sich jeden Tag veräußern läßt. Wir können den Schmerz der „Schlesischen Zeitung" verstehen und unsere Genossen werden ihn auch zu würdigen wissen. Sie hat sicher recht damit, daß unsere Aktionäre viel besser mit ihren Unternehmungen verbunden sind, als die bürgerlichen Dividendenschlucker mit den Aktien. Unseren Genossen kommt es aber, und das ist der große Unterschied zwischen uns und den Aktieninhabern, in erster Reihe nicht auf die 4 Prozent Zinsen an, sondern darauf, daß das Gewerkschaftshaus und der Konsumverein gefördert werden.

Wir können übrigens heute mitteilen, daß die Zeichnungen den Baufonds für das Gewerkschaftshaus täglich steigern. Verzeichneten wir gestern 7000 Mark, die auf Anteilscheine eingegangen waren, so sind es heute schon **8610** Mark. Arbeiten wir so weiter, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Anteilscheine sind bei den Genossen Heymann in der Expedition der „Volkswacht" und Rasch im Gewerkschaftshause zu haben.

Der Wald und das Volk.

Ueber die Wichtigkeit der Erhaltung umfangreicher Waldbestände in der Nähe der Großstädte ließ sich Genosse Ströbel, einer der sechs sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, am Montag im preußischen Abgeordnetenhause aus. Er sagte dort:

Je mehr infolge der Industrialisierung die Bevölkerungsdichtigkeit zunimmt, je intensiver die Arbeit der Massen wird, um so mehr wächst ihr Erholungsbedürfnis und um so notwendiger ist die Erhaltung unserer Wälder als Erholungsstätten. Die Sozialdemokraten stehen natürlich auf dem Standpunkt, daß die Wälder in erster Linie Eigentum des Staates sein müssen. Alle Hygieniker sind sich darin einig, daß der Wald ein außerordentlich wichtiger Faktor der nationalen Gesundung ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Hochwald und der Laubwald werden von den Privatforsten zu viel vernachlässigt. Vor allem sollte der Staat auf die Erhaltung gemischter Wälder Wert legen, in denen auch die Nonnenplage sich nicht so verbreiten kann. Eine äußerst unsoziale Politik wird von dem Forstfiskus bei seinen Waldverkäufen in der Nähe der Großstädte getrieben. Unbekümmert um alles andere, sucht er nur recht viel Geld dabei herauszuschlagen. Davon kann besonders Berlin ein Lied singen. Hier hat der Forstfiskus der arbeitenden Bevölkerung die so notwendigen Erholungsstätten zum großen Teil geraubt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man jammert über die zunehmende Militäruntauglichkeit, und trotzdem treibt man forstfiskalischen Bodenwucher, der die Verkümmerung und Verelendung des Proletariats fördert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist keine vernünftige, weitausschauende Politik, sondern eine Politik der brutalen Volksaussaugung. Auf solche Weise vereitelt der Staat auch die kommunale Fürsorge. Ich erinnere nur an den Verkauf des Tempelhofer Feldes. Von den 337 Milliarden Mark Einkommensteuer werden 257 Milliarden von den Städten aufgebracht, von Berlin allein 51 Milliarden. Statt daß aber der Staat der städtischen Bevölkerung besonders entgegenkommt, wird sie noch politisch entrechtet durch die Wahlkreiseinteilung zugunsten des flachen Landes und sozial geschädigt durch die Forstpolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei der Jagd-Verpachtung handelt der Staat nach ganz anderen Gesichtspunkten. Man schont in den Staatsforsten das Wild, damit es in den Privatforsten abgeschossen wird. Eine solche Politik, durch die die Jagden der Großgrundbesitzer bevorzugt werden, können wir nicht gutheißen. Die Jagden der Staatsforsten müssen verpachtet werden, und aus dem Gewinn von 2 bis 3 Millionen können dann die Löhne der Waldarbeiter erhöht werden. Unsere Forstbeamten sind so tüchtig, daß sie das Wild auch dann sorgfältig pflegen werden, wenn sie es nicht selbst abschießen dürfen. Wir fordern eine genaue Statistik über die Lohnverhältnisse der Waldarbeiter. Daß sie sehr verbesserungsbedürftig sind, unterliegt keinem Zweifel. Auf der 16. Tagung des Deutschen Forstwirtschaftsrates war die Mehrheit übrigens auch der Meinung, daß zur Erzielung eines tüchtigen seßhaften Waldarbeiterstandes anständige Löhne gehörten. Besonders niedrig sind die Löhne natürlich in Ostelbien, dort betragen sie 1,90 bis 3,50 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Man hat sich nun bemüht, sich dadurch tüchtige Arbeiter zu schaffen, daß man die Forstarbeiter seßhaft macht, aber man hat dabei auch wieder die Furcht, man könnte auf diese Weise sozialdemokratische Arbeiter ansiedeln, die man dann nicht wieder los würde. Man macht daher die Anwesen so klein, daß die Besitzer von dem Ertrage ihres Landes unter keinen Umständen leben können. Diese ganze Ansiedelungspolitik läuft schließlich auf nichts heraus als auf Lohndrückerei. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weiter wird darüber geklagt, daß vielfach von Forstbeamten ein unzulässiger Terrorismus gegenüber den Forstarbeitern ausgeübt wird, indem man eine politische Gesinnung, die den Vorgesetzten

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der abgelehnte Rodin. Zu der von uns in der gestrigen Nummer berichteten Ordens-Angelegenheit wird uns noch folgendes mitgeteilt: Die auswärtigen Mitglieder des Ordens, soweit Männer der Wissenschaft und der Kunst in Betracht kommen, werden von den Akademien der Wissenschaften beziehungsweise der Künste vorgeschlagen. Nun hatte die Gesamtakademie der Künste, also einschließlich der Musiker, dem Ordenskapitel den Franzosen Rodin vorgeschlagen. Das Kapitel wieder leitete die Liste an den Kaiser weiter. In einem Buche „In Deutschland" erzählt Jules Huret, der Kaiser habe eines Tages zum Bildhauer Krause, dem Schöpfer einer Siegesallee-Puppe, gesagt: „Er hat einen außerordentlichen Ruf, dieser Rodin. In Frankreich hält man garnicht viel von ihm. Und seine Zeichnungen, die sie hier jetzt in der Secession ausgestellt haben, würde in Frankreich kein Mensch ansehen."

Der Kaiser hat zwar nie einen Fuß in die Sezession gesetzt, aber — Minister Studt hat ihm das Urteil über Rodin suggeriert. — „Dieser Rodin" wird die kaiserliche Ablehnung ohne Schmerz ertragen.

Aus aller Welt.

Konfessioneller Fanatismus vor dem Reichsgericht. Der religiöse Zelotismus, der auch vor den Toten nicht Halt macht, erfährt wieder einmal eine grelle Beleuchtung durch eine Reichsgerichtsverhandlung, die dieser Tage in Leipzig stattfand. Es wird darüber berichtet:

Dem Gemeinderat des katholischen Oertchens Gerting in Lothringen war die nachgesuchte Genehmigung zur Errichtung eines konfessionellen Friedhofes vom Bezirkspräsidenten versagt worden. Der Gemeinderat beschloß nun, Protestanten nicht innerhalb der katholischen Reihengräber, sondern außerhalb dieser zu beerdigen. Als der im Orte stationierte evangelische Förster Illhardt starb, bestellte sein Sohn Wilhelm ein Reihengrab und erhielt es zunächst vom Bürgermeister zugewiesen; auf dem Friedhof teilte ihm dieser im Auftrage des gleichzeitig versammelten Gemeinderates mit, daß sein Vater ein Reihengrab nicht bekommen könne; die Gemeinderatsmitglieder Nikolaus Jawe und Bauer fügten noch hinzu, daß er ein Grab links oder rechts von den Reihengräbern erhalten solle. Dem auf seiner Forderung bestehenden W. J. sagte nun der Wirt und Ackerer Perrin, unterstützt von den übrigen, die sich teils lebhaft ihm anschlossen, teils durch Nicken und Zurufe ihre Zustimmung bezeugten: „Das Grab werde, wenn es in die Reihe käme, „geschändet" werden; er wolle **lieber auf dem Mosesacker liegen als neben einem Protestanten**; das Grab werde, wenn es an die Mauer komme, geehrt, wenn in die Reihe, geschändet; außerdem gebrauchte er den Ausdruck „Hergelaufener". J. blieb trotzdem auf seinem Standpunkt bestehen und wollte den Totengräber Kopp herbeiholen. Auf dem Wege zum Friedhofe begegnete Kopp dem Perrin, der ihn mit Schimpfworten belegte und drohte: „Wenn er das Reihengrab für Illhardt herstelle, bekäme er keine Arbeit mehr von der Gemeinde." Kopp erklärte darauf: „Er wolle Frieden mit der Gemeinde und werde das Grab nicht machen. Illhardt stimmte nun der Herstellung des Grabes außer der Reihe zu, vor allem in der Befürchtung, es werde tatsächlich zu einer Grabschändung kommen, und weil bei der Kürze der Frist kein weiterer Schutz angerufen werden konnte, beschwerte sich dann aber bei der Bezirksdirektion; später wurde die Leiche wieder exhumiert und auf einem anderen Friedhof beigesetzt.

Das Landgericht Metz verurteilte drei der Teilnehmer wegen vollendeter Nötigung, begangen durch Androhung der Grabschändung, zu 300 Mk., drei zu 100 Mark Geldstrafe, während weitere drei freigesprochen wurden.

Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision.

Derbe Abfuhr eines Arbeitswilligen. Jedenfalls ein Lebius-Jünger ist es, der einer Schallplattenfabrik seine Arbeitswilligendienste in folgendem verlockenden Schreiben anbot:

„An die Schallplattenfabrik ....

Da ich in Erfahrung gebracht habe, daß die Schallplattenfabrik ..... den Betrieb in kürzester Zeit wieder aufzunehmen gedenkt, bewerbe ich mich hierdurch ergebenst um eine Stellung in der Fabrik.

Ich bin Schlosser, geprüfter Heizer, Maschinenwärter und Lokomotivführer, habe gute und langjährige Zeugnisse. Ich war zuletzt vom 28. Juli 1905 bis 6. April 1910 bei der Schallplattenfabrik ..... in ..... abwechselnd als Wächter, Presser und Heizer beschäftigt, weiß auch mit allen anderen zum Fach gehörenden Arbeiten Bescheid, z. B. Abbrennen und Reinigen der Matrizen, Feilen der Schellen, Gießen der Wachsplatten, Probieren und Nachsehen der fertigen Platten, würde mich auch Bürearbeiten unterziehen. Ich gehöre keinem Verbande an und habe bei meinem früheren Arbeitgeber zwei Streiks mitgemacht und die Fabrik darin unterstützt.

Ich bitte die Direktion der Schallplattenfabrik ....., mir eine Stelle in Ihrer Fabrik zu übertragen. Ich werde bemüht sein, das in mich gesetzte Vertrauen durch besondere Tätigkeit und Pflichterfüllung zu rechtfertigen und sehe dabei einer gütigen Gewährung meiner Bitte entgegen.

Mit vollkommenster Hochachtung

H. Schoppe."

Die Firma hatte jedoch für die gepriesenen Vorzüge dieses vielseitigen Mustermenschen kein Verständnis, sandte ihm vielmehr folgende Antwort:

„Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 28. cr. und erwidern Ihnen hierauf, daß wir nur organisierte Arbeiter beschäftigen und nicht solche, die hundertfünfundzwanzig Handwerke verstehen.

Schallplattenfabrik."

Das Gesicht des Biedermannes muß beim Empfange der Antwort sehenswert gewesen sein.

Ein Scheiterhaufen im 20. Jahrhundert. In dem kleinen Städtchen Ruppersdorf in der sächsischen Oberlausitz scheint die Halß- oder peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. noch Geltung zu haben. In dem genannten Städtchen wurde vor einiger Zeit ein grauenhafter Doppelmord verübt. Der Mörder war in einen Krämerladen eingedrungen und hatte am hellen Tage die Ladeninhaberin nebst Tochter erschlagen. Seine Beute betrug nur 40 Mark. Auf den Mörder wurde lange gefahndet, endlich wurde er in der Person des 27jährigen Bauarbeiters Süßmann ermittelt. Der Doppelmörder legte auch alsbald ein umfassendes Geständnis ab und befindet sich augenblicklich im Untersuchungsgefängnis zu Bautzen. Er behauptet, durch schlechte Lektüre auf die Bahn des Verbrechens gekommen zu sein. Der Raubmörder Süßmann war in seiner Heimat Ruppersdorf Mitglied der freiwilligen Feuerwehr. Bei der am letzten Sonntage abgehaltenen Hauptversammlung der freiwilligen Feuerwehr wurde nun einstimmig beschlossen des Doppelmörders Feuerwehrutensilien, bestehend in einer Bluse, zwei Koppen, Helm und dergleichen, zu verbrennen, und dieser Akt, so geschehen im Jahre des Heils 1911, fand am letzten Sonntage, Nachmittags 4 Uhr, neben dem Steigerhause in Ruppersdorf statt!

Das wohl einzigartige Vorkommnis dürfte bei den Schwarzen angenehme Hoffnungen erwecken, daß schließlich doch einmal wieder Folter und Scheiterhaufen auferstehen, um unbequemen Gegnern den Garaus zu machen.

Die Pest in Ostasien. Die Pest greift in Chardin immer weiter um sich. Fast täglich erfolgen Zahlungseinstellungen. Die Getreideeinfuhr ist eingestellt. Die russische und japanische Presse fordern ein internationales Eingreifen und die sofortige Umzäunung und Einäscherung von Fudschadon. In Peking erfolgt die Ansteckung bereits durch das Einatmen von Staub der Bacillen enthält. Das Haw-

unangenehm ist, auf jede Weise unterdrückt. So sind nach einem Bericht der masurischen Zeitungen Forstarbeiter sogar deshalb gemaßregelt worden, weil sie den nationalliberalen Kandidaten Kochhan gewählt hatten. (Hört, hört! bei den Soz.) Sehr bedauerlich ist es auch, wenn man den Organisationsbestrebungen der Forstarbeiter entgegentritt, und es wäre aufs schärfste zu verurteilen, wenn die Regierung den Versuch machen wollte, dem Verbande der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter Hindernisse in den Weg zu legen. Fast in allen übrigen Staaten Deutschlands machen die Regierungen diesem Verbande keinerlei Schwierigkeiten. Er ist anerkannt in Bayern, von der württembergischen und selbst von der sächsischen Regierung. Ich hoffe, daß die preußische Regierung an sozialer Einsicht nicht länger hinter diesen Staaten zurückstehen wird. Der christliche Verband wird ja von der Regierung toleriert. Das spricht gewiß nicht zu seinen Gunsten, denn ein Verband, der heute bei den preußischen Behörden gut angeschrieben ist, liefert dadurch den Beweis, daß er nicht allzu ernsthaft für die Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter eintritt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Herren der Rechten fürchten jedenfalls, daß durch die Entwickelung der Organisationen der Land- und Forstarbeiter auch sie gezwungen werden könnten, ihren Forstarbeitern höhere Löhne zu zahlen. Sollten die Herren Junker aus diesen Gründen etwa die Regierung gegen den genannten Verband scharf gemacht haben, so hoffe ich, daß die Forstverwaltung sich dadurch nicht einschüchtern lassen, sondern die Interessen der Arbeiter ebenfalls wahrnehmen wird. Dieser Verband ist kein politischer, sondern eine rein wirtschaftliche Organisation, das haben verschiedene Landgerichte anerkannt. Wir fordern für die Forstarbeiter Erhöhung der Löhne, Regelung der Arbeitszeit, Einführung von Arbeiterausschüssen, Witwen- und Waisenversorgung, Wünschen, wie sie vom bayerischen Landtage vertreten worden sind. Auf die Herren der Rechten werden wir in Preußen dabei ja nicht zu rechnen haben. So lange das Dreiklassenwahlrecht, das Geldsackwahlrecht besteht, werden in diesem Junkerparlament alle Anstrengungen gemacht werden, um eine vernünftige Sozialpolitik zu Gunsten der Forstarbeiter zu verhindern. Die Forstarbeiter werden daraus den Schluß ziehen, daß auch sie dafür kämpfen müssen, daß endlich auch in Preußen ein vernünftigeres Wahlrecht durchgesetzt wird. (Bravo! bei den Soz.)

Herr Schorlemer antwortete darauf in echter Ministerweise: Der Staat soll gewiß nicht die höchsten Preise nehmen, aber er kann doch seine Güter nicht „verschenken". Was die Organisation der Waldarbeiter anbelangt, so steht Herr Schorlemer natürlich auf dem Standpunkt, daß der Wald- und Feldarbeiterverband keine Existenzberechtigung habe. Er wird sie sich aber trotz aller Minister erkämpfen — genau wie die anderen Gewerkschaften.

Der Wahlkreis Breslau-Ost

macht sogar der „Kreuzzeitung" schweren Kummer. Zur nationalliberalen Kandidatur Grund schreibt sie:

„Dieses nationalliberale Verhalten ist typisch, wenigstens den Konservativen gegenüber. Ob es auch den Fortschrittlern zugemutet werden wird, in dem anderen Breslauer Wahlkreise sich auf einen aussichtsreicheren nationalliberalen Kandidaten zu „einigen", steht noch dahin. Möglich wäre es schon.

Man wird aber das Auftreten der Breslauer Nationalliberalen erst verstehen, wenn man in Betracht zieht, daß die nationalliberale Partei daselbst die schwächste unter den bürgerlichen Parteien und fast durchweg jungliberal durchsetzt, also keinesfalls als mittelpartei anzusehen ist. Die Nominierung des Stadtrats Dr. Grund auf eigene Faust und unter direkter Brüskierung der rechtsstehenden Parteien kann also nur aussichtsreich für die — Sozialdemokraten werden. Das Organ der in dem Breslauer Wahlkreise sehr einflußreichen Zentrumspartei, die „Schlesische Volksztg.", hat auch schon erklärt, eine Kandidatur, die auf solche Weise zustande gekommen sei, existiere für das Zentrum nicht. Darüber werde zur Tagesordnung übergegangen werden. Die konservative „Schlesische Morgenzeitung" aber bemerkt, sie könne die nationalliberale Kandidatur nur als einen recht unzeitgemäßen Scherz ansehen. Solche Scherze aber sind bei den Nationalliberalen, die sich mit den Fortschrittlern gegen die Konservativen verbinden und sich zugleich als Mittelparteiler den Konservativen empfehlen, nicht selten. Zum Lachen aber sind sie nicht.

Die Zentrumspresse unterstreicht diese Aeußerung der „Kreuzzeitung"; die „Bresl. Ztg." sucht sie abzuschwächen, indem sie auf die Bedeutungslosigkeit der „Schles. Volksztg." und der „Schles. Morgenztg." hinweist. Das mag richtig sein, aber — ist denn die Bedeutung der Nationalliberalen in Breslau größer?

Die Volkszählung am 1. Dezember 1910.

Allmählich werden immer mehr Einzelheiten über das Ergebnis der Volkszählung am 1. Dezember bekannt. Nach dem Novemberheft des Statistischen Amts der Stadt wurden in Breslau 11.800 bewohnte, 57 unbewohnte und 1034 andere Gebäude (Hütten, Zelte, Wagen, Schiffe u. dergl.) gezählt.

Gewöhnliche Haushaltungen von zwei und mehr Personen gibt es in Breslau 114.600. Die Zahl der einzeln lebenden Personen mit eigener Hauswirtschaft beträgt 13.620, Gasthäuser, Herbergen usw. mit Gästen sind 94 gezählt worden, andere Anstalten aller Art 335.

Von der ortsanwesenden Bevölkerung waren 230.956 männlich, 280.395 weiblich, zusammen 511.891, darunter 5899 Militärpersonen. Wir haben also in Breslau 49.979 weibliche Personen mehr als männliche.

Breslaus Stadtbild.

Die jüngste Nummer des „Kunstwart" bringt folgenden kleinen Beitrag über die Verschandelung unseres Stadtbildes, die er durch einige photographische Aufnahmen noch näher erläutert. Der „Kunstwart" schreibt:

„Aus Breslau" bringen wir heut vier Bilder zur ästhetischen Kultur. Ungewöhnlich interessant scheint mir die Gegenüberstellung der Dombrücke wie sie war und wie sie ist. Sieht man nicht aus dem Bilde der neuen Brücke ordentlich den Stolz leuchten, wie herrlich weit man's nun gebracht? Nun? Damals! Schon heute würde man diese Brücke schwerlich bauen — sie wirkt auf uns Heutige altmodisch, veraltet, ja: lächerlich, und unter unseren Lesern ist wohl keiner, der zweifeln würde, ob er die ehemalige oder die heutige Dombrücke ästhetisch höher bewerten sollte. Die neue, ein in jeder Hinsicht geschmackloser Bau, der sich aufputzt und spreizt: seht, was ich alles Schönes habe, die alte ein ganz schlichter Sachbau — und doch: wieviel schöner ist die alte! Es wird nie was Gutes daraus, wenn man einem Zweckbau die Schönheit von außen aufkleben will. Es gibt nur eine Sicherung vor dem Aus-der-Mode-kommen: sich nach all ihrem Zierkrame gar nicht zu richten, überhaupt nicht zu putzen, sondern aus der Sache heraus zu gestalten.

Als man in Breslau ans „Verschönern" ging, sollte auch die Elisabethkirche „freigelegt" werden, und beinahe wäre es den ihr vorgelagerten kleinen Bauten ans Dasein gegangen, die dem Monumentalbau fürs Auge Höhe geben und zugleich den Kirchplatz mit dem großen Hauptplatz der Stadt auf das Reizvollste verbinden. Die Proteste kamen noch rechtzeitig, jene Bauten konnten gerettet werden. Aber wie läßt es Preußens zweitgrößte Stadt, die Königliche Residenzstadt Breslau hier, sozusagen an ihrem Herzen, aussehn? „Bilde, Künstler, rede nicht!" Schon der Lichtbildner zeigt uns hier mit einem Knips mehr als tausend Wörter sprechen können."

Die Bemerkungen im letzten Satz beziehen sich auf die mit schreienden Reklameschildern völlig überdeckten Giebelflächen der dort noch erhaltenen alten Häuschen. Der Spott des „Kunstwarts" ist durchaus berechtigt. Breslaus Reiz besteht nicht zum wenigsten gerade in guten Ueberresten einer längst entschwundenen Kultur- und Bauepoche. Warum versagt gerade hier der Sinn für Heimatspflege und das Bestreben, wirklichen Geschmack zu verbreiten? Beim Festwochentrummel sind Schteier und Banausen übergenug vorhanden, die sich krampfhaft bemühen, mit untauglichen Mitteln der alten ostdeutschen Kulturstätte neue Reize aufzumutzen. Leute, die von solchen Dingen mehr verstehen, sollten diesen Geschäftsmachern das Handwerk legen und sich mit erhöhtem Eifer an die Arbeit machen, die wirklich ästhetische Erziehungsarbeit wäre — ehe der Festwochenzauber alles in seiner Geschmacklosigkeit erstickt hat.

* **Fabrikarbeiter-Verband.** Dienstag, den 31. Januar, tagte im Saale des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. An Stelle des verhinderten Kollegen Müller gab der 1. Bevollmächtigte Kollege Grohmann einen kurzen Situationsbericht über das 4. Quartal 1910. Daraus ging hervor, daß die Zahlstelle Breslau trotz aller Enttäuschungen und Bitternisse, die gerade im letzten Quartal des verflossenen Jahres durchzumachen waren, wiederum eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen hat. Diese Zunahme ist lediglich zurückzuführen auf die unermüdliche Agitation, die sowohl von der Verbandsleitung wie auch von den Mitgliedern selbst betrieben worden ist. Allerdings müßte es sich jedes Mitglied zur Pflicht machen, für die Organisation zu wirken und zu werben. Nicht nur allein mit der Beitragszahlung ist es getan, sondern alle müssen sich unterrichten über die Vorgänge innerhalb der Organisation. Das geschieht am besten durch den Besuch der Versammlungen. Hoffen wir, daß der Versammlungsbesuch in Zukunft ein besserer wird. Niemand sollte ohne dringende Gründe den Versammlungen fernbleiben. Gerade in unseren Kreisen ist Aufklärung dringend notwendig. Mit dem Abschluß des Jahres 1910 blickt unsere Organisation auf eine 20jährige Tätigkeit zurück. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes fand sich in Hannover eine kleine begeisterte Schar aus den Reihen der ungelernten Arbeiter zusammen, um aus den damals bestehenden Organisationen und Organisationchen einen Zentral-Verband zusammenzuschmelzen. Seitdem sind 20 Jahre verflossen und auch die Geschichte unseres Verbandes bestätigt den alten Erfahrungssatz, daß die wahre Kulturbewegung sich nur im schwersten Kampfe exportieren kann. Strohfeuer und jugendlicher Ueberschwang vergehen und mit ihnen vergeht was zu kurzem Daseinsprunk gelangte. Aber Dinge, die auf so guter Grundlage ruhen, wie die Bewegung des modernen Proletariats, vergehen nicht, weil von unten auf immer wieder neues Leben zuströmt. Aus der Tiefe, die das Sehnen zum Licht durchbebt, schwillt die Begeisterung empor, die zum aufreibenden Tageskampfe nötig ist. Es steht nicht schlecht um die Arbeiterklasse, die Trägerin der ganzen menschlichen Gesellschaft, wenn sogar aus den Reihen der am meisten Ausgebeuteten, der durch die Ungunst der Verhältnisse am schlimmsten darniedergehaltene Proletariat, eine solche Fülle von Lebenskraft und Siegesfreudigkeit strömen konnte, wie sie seit Gründung des stolzen Verbandes von jetzt etwa 170,000 Mitgliedern nötig war. Auch die Zahlstelle Breslau hat sich unter schwierigen Verhältnissen emporarbeiten müssen. Und wenn wir heute 1828 Mitglieder zählen, so ist das nicht zum kleinsten Teile mit auf die aufopfernde und uneigennützige Mitarbeit der Genossen und Kollegen zurückzuführen, die sich in anerkennenswerter Weise um das Gedeihen unserer Zahlstelle verdient gemacht haben. Allen denen sei an dieser Stelle Dank ausgesprochen. Wir aber wollen uns geloben, rastlos und unermüdlich weiterzuarbeiten und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin der Organisation zugeführt ist.

Nachdem Kollege Geicke den Kassenbericht bekanntgegeben hatte, wurden die Neuwahlen vorgenommen. Als 2. Bevollmächtigter wurde Kollege Richard Geicke, als 3. Bevollmächtigter Kollege Erdmann gewählt. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Kluntke, Marufke, Zlobinsky, Gustav Stein und Karl Müller; als Kartelldelegierte die Kollegen Kluntke, Piontkowsky und Scheibe. In den Gauvorstand wählte man die Kollegen Theodor Müller, Leichnitz, Sulitze, Schmauch und Schlesinger. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, unermüdlich für die gewerkschaftliche und politische Organisation und die Volkswacht zu werben und auch der Genossenschaft, dem Konsumverein Vorwärts, beizutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter. Folgender Antrag wurde noch einstimmig angenommen: Die heutige Generalversammlung der Zahlstelle Breslau des Fabrikarbeiterverbandes beschließt, den Bau des neuen Gewerkschaftshauses nach Kräften zu fördern und zu unterstützen.

* **Der Provinzial-Ausschuß** des Provinzial-Landtages für Schlesien hat am Dienstag und Mittwoch Sitzungen abgehalten, in denen auch der Entwurf des Hauptverwaltungsetats des Provinzialverbandes von Schlesien für das Etatsjahr 1911 wurde als Vorlage für den Provinziallandtag festgesetzt wurde und zwar auf 11.360.000 Mark. Die laufenden Ausgaben betragen 11 066.285 Mk., die einmaligen 503.665 Mk. und die eigenen Einnahmen 7 918 000 Mark. Der Fehlbetrag von 3.462 000 Mk. soll durch Provinzialsteuer in Höhe von 8,10 Prozent der Maßstabsteuern aufgebracht werden.

* **Professor Dr. Stern** in Breslau, der Direktor der medizinischen Poliklinik an der hiesigen Universität der seit 1906 auch Primärarzt des Allerheiligen-Hospitals war, ist Mittwoch an Influenza und Herzlähmung im Alter von 46 Jahren gestorben. Stern hat sich u. a. eingehend mit gerade für Arbeiter wichtigen Fragen des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Betriebsunfällen und inneren Krankheiten beschäftigt und darüber ein Buch verfaßt, dessen zweite Auflage 1907 erschienen ist.

* **Konkurrenz für ein Festwochenplakat.** Zur Erlangung eines künstlerischen und wirksamen Plakates für die diesjährige dritte Breslauer Festwoche, die vom 18. bis 25. Juni stattfinden soll, hatte der „Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs" wie in den beiden Vorjahren einen Wettbewerb ausgeschrieben, der diesmal eine ganz besonders rege Beteiligung gefunden hat. Von Nah und Fern sind im ganzen 166 zum Teil recht beachtenswerte Konkurrenzarbeiten eingesandt worden. Die Entwürfe sind von heute ab in der Gemäldegalerie des Museums der bildenden Künste (Werner-Saal) ausgestellt. Die Ausstellung bleibt etwa vierzehn Tage lang während der üblichen Besuchszeit zugänglich.

* **Eine öffentliche Versammlung der Händler und Hausierer** tagte am Dienstag im großen Saale bei Casperke, Matthiasstraße. Frau Fuhrmann, die als Rednerin vorgesehen war, schilderte in eingehender Weise die schlechten Verhältnisse im Gewerbe. Besonders betonte sie, daß gerade unter den Händlern, den Hausierern und Marktstandinhabern eine gewisse Uneinigkeit besteht, die aber nur beseitigt werden kann, wenn sich die drei Parteien zur Organisation bekennen. Sie meinte auch, daß für die Markthallenstände viel zu hohe Standgelder gefordert würden. Hier müsse beim Magistrat petitioniert werden, damit die Standgelder herabgesetzt würden. Gegenwärtig seien aber die Beteiligten sehr schwach, da ihre Organisation erst ins Leben gerufen worden ist. Es könnten deshalb nicht alle Uebelstände sofort beseitigt werden. Für die Zukunft müsse es die Aufgabe aller Berufsangehörigen sein, eine regere Agitation für die Organisation zu entfalten. Nur dann erst kann auf Verbesserungen gerechnet werden, wenn sich die Organisation zu einem Machtfaktor entwickelt hat. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der darauffolgenden Diskussion stimmten alle Redner der Referentin zu. Es wurden elf Neuaufnahmen gemacht, sodaß die Organisation jetzt 50 Mitglieder zählt. Nach einem Aufruf des Versammlungsleiters an die Anwesenden, für den weiteren Ausbau der Organisation tatkräftig einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

* **Die Lohnkommission der Steinsetzer** von Breslau, Ober- und Mittelschlesien hält Sonntag, den 5. Februar, Nachmittags 2½ Uhr im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses eine wichtige Sitzung ab.

Kinferum, von dem man sich große Erfolge versprach, versagt völlig. Mit dem Eintritt der Wärme erwartet man auch den Ausbruch der Bubonenpest.

Nach Charbin entsendete Aerzte schilden die ersten authentischen Berichte über das Wüten der Pest in der Mandschurei. 200 Meilen im Umkreis von Charbin ist kein Ort anzutreffen, der nicht Pestkranke birgt. Die Chinesen haben auf der Flucht die Seuche von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf geschleppt, so daß gegenwärtig täglich tausend Menschen der Krankheit zum Opfer fallen. In der Chinesenstadt von Charbin zählte man bisher 4000 Tote. Die in rohe Särge gelegten Leichen werden flüchtig verbrannt. Doch es fehlt an Arbeitskräften. So kommt es, daß die Särge oft tagelang stehen bleiben. Sie platzen oder die nicht zugenagelten Deckel fallen herunter und die Hunde nagen an den Leichen. Militär hat jetzt Befehl erhalten, die Leichen zu bewachen und alle Hunde niederzuschießen.

Das einzige wirksame Mittel gegen die Pest ist das Feuer. Bereits sollen ganze Straßen Charbins niedergebrannt sein, wahrscheinlich wird es notwendig werden, die ganze Stadt abzubrennen. Der Transport nach den Isolierhäusern kommt dem sicheren Tode gleich. Infolgedessen verheimlichen viele, daß sie Pestkranke im Hause bergen. Die Zahl der Aerzte ist viel zu gering. Die Kranken drängen sich in deren Wartezimmer und sollen oft tot sein. Die Beamten der Behörden und der Bahnverwaltung tragen eine Pestmaske: Kautschukhaube, Kautschukbrillen, Kautschukhose und darüber einen weißen Gummianzug mit Kapuze, die nur Nase und Augen frei läßt.

Uebrigens machen die Chinesen der Mandschurei die Japaner für das Auftreten der Pest verantwortlich. Man erzählt dort im Volk, daß Japaner die Brunnen mit einem weißen Salz vergiftet haben, um alle Chinesen zu vertilgen und sich der Mandschurei zu bemächtigen. Der [illegible] Chinesenaufstand infizierter Häuser dürfte zu der Erzählung vom weißen Salz Anlaß gegeben haben. Eine [illegible] Tatsache verbreitete noch die Gerüchte eines Chinesen, daß ein an der Pest Gestorbener kurz vor seinem Tode verraten habe, daß er von Japanern bestochen worden sei, Brunnen zu vergiften. Der Statthalter bestätigte die in Mukden erschienene Zeitung, [illegible] gab er Befehl, jeden zu hinrichten, der derartige Gerüchte in Umlauf setzt.

Der ruhigste Schutzmann .... Am Dienstag hatte sich vor der Königsberger Strafkammer ein Kriminalschutzmann wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu verantworten. Bei der Vernehmung eines Knaben, der eines Diebstahls beschuldigt war, suchte er ein Geständnis zu erzielen, indem er dem Knaben einige Faustschläge ins Gesicht gab. Als sich herausstellte, daß der Verdächtige unschuldig war, suchte der Kriminalschutzmann die Angelegenheit durch ein Geschenk von 10 Mk. aus der Welt zu schaffen. Da aber unser Königsberger Parteiblatt den Vorfall behandelte, mußte das Gericht gegen den Beamten einschreiten. Vor Gericht erklärte sein Vorgesetzter, der Kriminalschutzmann sei „der ruhigste Beamte." Der Staatsanwalt meinte, der Schutzmann habe in berechtigter Erregung gehandelt. Der Schutzmann erhielt mildernde Umstände und fünfzig Mark Geldstrafe.

Vierzehn Arbeiter ertrunken. Vierzehn Arbeiter ertranken wie in einer Falle, als sie nach Mitternacht an einer Dreschmaschine Ueberstunden arbeiteten, in einem Flusse bei Newark (New Jersey in Amerika). Die Ursache des Unglücks war, daß ein treibender Baggerkahn eine Wand durchschlug.

Schiffsunfälle im Aermelkanal. Im Kanal herrscht großer Sturm, der den Verkehr mit dem Festlande sehr behindert. Das Rettungsboot und ein Schlepper retteten mit Mühe die aus sieben Mann bestehende Besatzung des dänischen Segelschiffs „Tenand", der bei den Goodwin Sands scheiterte. Das Schiff ist verloren. Das Walmer Rettungsboot rettete den Besatzer der Kiel „Ballin" aus Hamburg, die bei den Sands Goodwins Sands scheiterte. Der kleine Mannschaft des Schiffes ertrank.

Tragödie eines Schulknaben. Aus Furcht vor Strafe hat in der Nähe von Hannover ein [illegible] Knabe seinem Leben ein Ende gemacht. Ein Telegramm meldet hierzu folgendes: Montag Nacht gegen 12 Uhr wurde in der Feldmark Wülfel bei Hannover eine Straßenbahn in Brand gesteckt. Kurze Zeit darauf wurde auf den Schaffner der Straßenbahn geschossen. Wülfel und Hannover der zwölf Jahre alten Sohn einer in Wülfel ansässigen Familie blutüberlaufen auf. Neben der Leiche des Knaben lag ein Zettel folgenden Inhalts: „Liebe Mutter! Das Feuer habe ich angelegt, eine Frau, die mich gesehen hat, wollte mich anzeigen. Gruß Hermann."

Die Geschäfte einer Ordnungsstütze. Die Strafkammer in Darmstadt verurteilte den Landtagsabgeordneten und früheren Bürgermeister Adam Seelinger aus Lampertheim wegen Erhebung zu hoher Gebühren, deren er sich in seiner Eigenschaft als Ortsgerichtsvorsteher und Standesbeamter bis März 1904 in zahlreichen Fällen schuldig gemacht hatte, zu drei Monaten Gefängnis.

* * *

Uniformierte Wissenschaft.

Wie ging die Wissenschaft verändert
Im bloßen Hemd als Sansculott,
Die roten Backen ungepudert,
Fast nackig wie der liebe Gott!

Was hat die Menschheit Zeit verpfeffert,
Bis sie die Weisesten erkannt!
Nun wird er staatlich abgestempelt
Und man erkennt ihn am Gewand.

Auf allen Vieren kommt gekrochen
Der preußisch-deutsche Argonaut,
Ist königstreu bis auf die Knochen
Und von den Knochen bis zur Haut.

Die Haut aus feinem grünen Tuche
Verrät von fern das Forscheramt;
Stolz trägt der denkende Kunuche
Des Aermelaufschlags roten Samt.

Der Mann (denktet, was ich sage!),
Der mit dem polizeilichen Kleid
Selbst die Toilettenfrage,
Hat uns von schwerem Alp befreit.

Auch das verdammteste Studentchen
Gelernt — der Fortschritt ist enorm —
Normaler Genieß und Semesterkittchen
Tollsicher an der Uniform.

(Edgar Steiger im „Simplicissimus".)

✝ **Uferbollwerkeinsturz infolge Unterspülung.** In der Nacht zu Donnerstag gegen 3½ Uhr ist das Bohlenbollwerk, das das Oberufer an dem der Schoellerschen Kammgarnspinnerei gehörigen Grundstück Lorenzstraße 3 einfaßt, eingestürzt. An zwei Stellen ist das bereits alte und morsche Bohlenbollwerk vom Wasser unterspült und zusammengebrochen. Da an dem Bollwerk zwei Dampfer und drei Kähne stehen, die eingefroren sind, und der Strom selbst voll Grundeis gepackt und bis auf den Grund festgefroren ist, so strömt das Flußwasser zwischen den Kähnen und dem Bollwerk mit reißender Kraft hindurch und hat die Unterspülung zuwege gebracht. Bei dieser Sachlage ist es auch überaus schwierig, der weiteren Unterspülung Einhalt zu gebieten, und es arbeiten daher Mannschaften der Feuerwehr und andere Männer trotz Eifers und Ausdauer ohne Erfolg daran, durch Versenkung von Sandsäcken, die auf dem enaheliegenden Sandlagerplatz gefüllt worden sind, die eingerissenen Uferstellen auszufüllen; das mahlende Wasser unterspült das Ufer immer weiter, so daß bereits der Einsturz des dicht am Ufer erbauten, auf massiven Pfeilern ruhenden Speichers der Spinnerei droht. Breite Risse in dem Zementfußboden beweisen, daß sich der Grund infolge Unterspülung senkt, und künden die Gefahr des Einsturzes an. Um ihr zu begegnen versuchte man, die Dampfer in Bewegung zu setzen, das Eis zu zerbrechen und damit freieren Abfluß für das Stromwasser zu schaffen; aber dieses Beginnen war nicht nur vergeblich, sondern die schnelle Bewegung der Schrauben vergrößerte nur noch die Spülkraft des Wassers und bewirkte, daß die versenkten Sandsäcke aus der Bresche herausgerissen wurden. Man hegt nun die Absicht, das Eis im Strome zu sprengen, um so einmal die Kähne entfernen zu können und freien Abzug des Stromwassers zu ermöglichen; dem steht aber das Bedenken entgegen, daß infolge der Sprengerschütterungen der gefährdete Speicher erst recht zum Einsturz käme; es wird aber wohl nichts anderes übrig bleiben, als dieses äußerste Mittel zu versuchen.

* **Starkes Treibeis** ist auf der Oder eingetreten. Auch in Breslau treibt die Oder stark mit Eis; an der Süderoder haben sich einige in Winterlage befindliche Dampfer losgerissen und Unfälle verursacht; hinter dem sogenannten Lorenzhof, der sich an den städtischen Packhof anschließt, ist das Ufer unterspült und das Bollwerk zum Teil eingestürzt. Man befürchtet weitere Unfälle, wenn das Eis zum Stehen kommen und das Wasser wesentlich abfallen sollte.

* **Die Breslauer Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerbundes** (Verein „Freier Gedanke"), veranstaltet am 7. Februar, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Hotels „Oderschloß", Sandstraße 18, eine Gedenkfeier für den verstorbenen Prediger Hoffrichter. Die Festrede des Abends wird Herr Prediger Tschirn halten. Gäste sind willkommen.

* **Verband der Sattler und Portefeuiller.** Sonnabend den 4 Februar, im „Grünen Berge": Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Th. Müller über die Konsumgenossenschafts-Bewegung; ferner Abrechnung über das 4. Quartal. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

* **Achtung, Buchbinder!** Eine öffentliche Versammlung am Montag, den 6. Februar, in den Unionsälen, Reuschestraße, wird sich mit den tariflichen Lohnen im Jahre 1911 beschäftigen. Es handelt sich also um die wichtigste Frage des beruflichen Lebens, weshalb alle Kollegen und Kolleginnen erscheinen sollten; auch die Unorganisierten sind eingeladen. Referent in der Versammlung ist Kollege Neukirch.

* **Achtung, Parkettleger!** Sonnabend Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshause wichtige Sektionsversammlung.

Die Sektionsleitung.

* **Der Orchesterverein** veranstaltet am Freitag im Konzerthause das sechste volkstümliche Sinfonie-Konzert, welches vom verstärkten Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Werner ausgeführt wird. Frl. Marg Mischke und Herr Konzertmeister Kleinberg werden die G-moll-Sonate für Violine und Klavier von Grieg zum Vortrag bringen. Herr Kleinberg wird außerdem mehrere Soli spielen. Das Programm weist folgende Orchesterwerke auf: Sinfonie Nr. 3 (Eroica) von Beethoven, Ouvertüre „Im Herbst" von Grieg und Rhapsodie Nr. 1 v. Liszt. Anfang 8 Uhr.

* **Eine Märchen-Vorstellung für Kinder** hat die Direktion des Stadt-Theaters dem Buchdrucker-Gehilfen-Verein für einen Wochentag-Nachmittag in Aussicht gestellt. Aufgeführt wird das Märchenspiel „Rotkäppchen". Bestellungen auf Billets werden auch von Angehörigen anderer Gewerkschaften im Bureau, Kupferschmiedestraße 7, 2. Etage, angenommen. Die Preise der Plätze sind: Parkett usw. 1 Mk., 2. Rang 75 Pfg., 3. Rang-Sitzplatz 50 Pfg., 3. Rang-Stehplatz 30 Pfg., Parterre 40 Pfg., Galerie-Sitzplatz 30 Pfg. und Galerie-Stehplatz 15 Pfg. (einschließlich Kartensteuer).

§ **Gasausströmung.** In dem Hause Matthiasplatz 13 bemerkte man in der letzten Nacht um 11 Uhr starken Gasgeruch; die herbeigerufene Feuerwehr fand den Haupthahn des Hauses etwas geöffnet, sodaß das Gas in die gesamte Hausleitung geströmt war, und, da die Hauslampen nicht besonders abgeschlossen waren, weil es dort üblich ist, Abends alle Lampen durch Abschluß des Haupthahnes zum Erlöschen zu bringen, die Flure füllte. Glücklicherweise ist niemand mit Licht dazugekommen, sodaß eine Gefahr ausgeschlossen blieb. Die Wehr beseitigte den Uebelstand sehr leicht durch Abschluß des Haupthahnes.

* **Balkenbrand.** Mittwoch Nachmittag entstand in dem Hause Heinrichstraße 11 ein Balkenbrand, der die Mannschaften der Feuerwehr fast zwei Stunden beschäftigte. Durch einen schadhaften Schornstein war in einer Wohnung die Dielung, Balkenlage und Deckenverschalung in Brand geraten. — Kaum war die Feuerwehr von diesem Brande zurückgekehrt, als sie abermals zu einem Balkenbrande nach Zobtenstraße 3 gerufen wurde. Auch hier war durch ein Loch im Schornstein durch die große Hitze die Balkenlage in Brand geraten.

§ **Die Straßenglätte.** Am Mittwoch Nachmittag kurz vor 5 Uhr glitt auf der Kleinen Fürstenstraße vor dem Grundstück Nr. 19 ein Mann infolge Straßenglätte aus und verletzte sich am Kopfe. Mannschaften der Feuerwehr legten ihm einen Verband an, worauf er sich in seine Wohnung begeben konnte.

§ **Einbruch.** Am Dienstag früh ist ein Einbruch in den Wurstladen Göbelstraße 29 erfolgt, wobei den Dieben für etwa 50 Mark Wurst und einige Mark Geld in die Hände fielen.

§ **Wegen Unterschlagung flüchtig geworden** ist der Laufbursche der Firma Kimpel, Lauenzienplatz 14. Er hat die Summe von 130 Mark unterschlagen, ein Geschäftsrad entwendet und damit das Weite gesucht.

§ **Noch immer Fahrraddiebstähle.** In den letzten Tagen wurden folgende verzeichnete Räder gestohlen: „Kolumbus" Nr. 12,715, „Antar" Nr. 13,406 und „Anker" Nr. 50,800.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 2. Februar. Unglücksfall oder Verbrechen? Auf rätselhafte Weise verschwunden ist der Handelsmann Grosser aus Schwengfeld hiesigen Kreises. Derselbe besuchte vor ungefähr 14 Tagen den hiesigen Wochenmarkt und seit dieser Zeit ist Grosser nicht mehr gesehen worden. Alle Nachforschungen nach dem circa 60 Jahre alten Mann sind bis jetzt ergebnislos gewesen. Beim Absuchen der Peile ist der Stock des Verschollenen gefunden worden und es besteht daher die Annahme, daß Grosser auf dem Nachhauseweg in der Dunkelheit vom richtigen Wege abgekommen und in die Peile gestürzt ist. Gegen diese Annahme spricht aber der Umstand, daß Grosser Schwengfeld nach der Stadt und zurück gegangen und mit der Oertlichkeit genau vertraut ist. Seine Leiche ist bisher noch nicht gefunden worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der alte, aber immer noch rüstige Mann einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Daß Grosser Geld bei sich trug, wenn er vom Wochenmarkt kam, war bekannt; an diesem Tage hatte er jedoch den Erlös seinem in der Stadt wohnenden Schwiegersohne zur Aufbewahrung übergeben.

Hirschberg, 2. Februar. Ein Opfer des Gebirgswinters. Leider hat auch in diesem Jahre der Winter auf dem Gebirge ein Opfer gefordert. Am Montag ging der seit 28 Jahren auf der Hampelbaude beschäftigte Arbeiter Anton Kleiner nach der Riesenbaude, um dort einen Besuch abzustatten. Um 5½ Uhr trat er, wie der „Bote" meldet, trotz der Dunkelheit und des Sturmes und trotz Warnungen den Heimweg an. Seit dieser Zeit wurde er vermißt. Da man nur annehmen konnte, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei, suchte gestern Mittwoch der Besitzer der Hampelbaude, Herr Krauß, mit 20 Mann die ganze Gegend ab. Gegen Mittag fand man nun die verstümmelte Leiche des Kleiner am Abhang des Kleinen Teiches. Offenbar ist Kleiner in der Dunkelheit und bei dem Unwetter zu weit nach links abgekommen, den 200 Meter hohen, steilen östlichen Felsabhang des Kleinen Teiches abgestürzt und hat so seinen Tod gefunden. Die Leiche wurde geborgen. Kleiner, der 45 Jahre alt und unverheiratet war, genoß wegen seines treuen, biederen Wesens allgemeine Beliebtheit. Man nannte ihn nur immer den „alten Anton". Als die Baude vor einigen Jahren abbrannte, verlor Anton sein ganzes Hab und Gut dabei.

Glogau, 2. Februar. Ein frommer und patriotischer Steuerhinterzieher! Vor der hiesigen Strafkammer stand Mittwoch ein in besten wirtschaftlichen Verhältnissen lebender Spediteur, der die erste Geige in allen evangelischen Vereinen spielt und auch sonst als königstreuer und patriotischer Mann gilt. Er hatte von vier Sack Zucker drei nur versteuert. Das Schöffengericht hatte ihn bereits freigesprochen. Auf Berufung des Staatsanwalts beschäftigte sich mit diesem für den frommen Herrn sehr heiklen Fall die Strafkammer, die ihn wegen Steuerhinterziehung zu 223 Mark und wegen versuchten Betruges zu 10 Mark Geldstrafe verurteilte. Außerdem wurde der vierte Sack Zucker eingezogen. Die bürgerlichen Blätter schweigen sich über diesen Fall einmütig aus. Fromme und Patrioten benützen jede Gelegenheit, um den Staat übers Ohr zu hauen!

Glatz, 2. Februar. Drei Monate Gefängnis für ein Schulkind. Eine harte Gefängnisstrafe gegen ein 12 Jahre altes Mädchen, die bisher unbescholtene Emma Pohl aus Nemode, verfügte die hiesige Strafkammer. Das Mädchen befand sich in Pflege bei dem Bergmann Minaty in Nemode und empfand es oft recht drückend, daß die Pflegemutter allzu sehr auf sie schimpfte. Ihr Wunsch war deshalb, in das Waisenhaus zu kommen und aus diesem Grunde legte das unbedachte Kind am 20. Oktober im Gasthause „Zur goldenen Schere" in Nemode, in welchem ihre Pflegeeltern mit ihr wohnten, an 3 Stellen Feuer an. Die Brände wurden aber bald gelöscht. Das Mädchen erklärte vor Gericht, daß sie nicht gewollt habe, daß das Haus abbrenne, sie will jedoch zuversichtlich geglaubt haben, daß sie durch dieses Handeln von ihren Pflegeeltern fortgenommen und im Waisenhause untergebracht werden würde. Der Kleinen wurde das Zeugnis einer gewecken, fleißigen Schülerin ausgestellt. Die Strafkammer verurteilte das Kind zu drei Monaten Gefängnis.

Neueste Nachrichten.

Wahlsieg.

Braunschweig, 1. Februar. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl eroberten die Sozialdemokraten 4 Sitze, drei, die sich bisher in ihrem Besitz befanden, und einen neuen.

Plötzliche Streiks.

Essen a. d. Ruhr, 2. Februar. Da in den abgehaltenen Konferenzen zwischen den Arbeitern und der Verwaltung der Erzgruben Sicilia und Siegena auch gestern eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, trotzdem die Arbeiter auf einen Teil ihrer Forderungen betreffs Lohnerhöhung verzichtet hatten, ist die 700 Mann starke Belegschaft gestern in den Streik eingetreten.

Eilenburg, 2 Februar. Wegen Nichtanerkennung der Organisation sind heute 400 Arbeiter der deutschen Celluloidfabrik A.-G. in den Streik getreten. Nur etwa hundert Arbeiter arbeiten noch. Im internen Betrieb ist die Stimmung unter den Arbeitern sehr kritisch.

Furchtbare Dynamitexplosion.

New York, 2. Februar. Eine furchtbare Dynamitexplosion erfolgte gestern Nachmittag im Hafen von New York. Am Dock von Jersey City sollte aus einem Güterwagen eine größere Menge Dynamit auf ein Boot umgeladen werden. Aus bisher noch unaufgeklärter Ursache entzündete sich der bereits in dem Boote befindliche Sprengstoff. Die Wirkung war eine fürchterliche. Boot und Mannschaft waren auf der Stelle verschwunden. Der Schauplatz der Explosion bot ein Bild vollkommenster Verwüstung. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden die Gebäude des Finanz- und des Wolkenkratzerviertels weithin wie von einem starken Erdbeben erschüttert. Auch auf der Einwanderungsinsel erzitterten die Häuser und haben zum größten Teile starke Beschädigungen, große Risse, zersprungene Fensterscheiben, ja sogar eingedrückte Türen, aufzuweisen. Am größten aber war die Panik in der unteren Stadt. Tausende von Fensterscheiben wurden zertrümmert. Im Juweliterdistrikt wurden die eisernen Fenstergitter und Türsicherungen, große starke Gitter aus Stahl, von den Fenstern gerissen und wie Glas zerschlagen. Die Angestellten der Geschäfte sprangen in ihrer Angst aus den Fenstern der Kontors. Der gesamte Bahnverkehr war sofort lahmgelegt. Auch der Verkehr auf der Presse erlitt eine sofortige Unterbrechung und war stundenlang nachher noch vollständig lahmgelegt. Die Aufregung war allgemein unbeschreiblich. Auf den Feuerämtern gingen sofort sämtliche Spritzen der unteren Stadt ab, um in wilder Hast das vermutete Großfeuer zu suchen. Die Zahl der Toten wird nach den ersten oberflächlichen Zählungen, die jedoch keinen Anspruch auf auch nur annähernde Richtigkeit haben können, auf 10 bis 25 angegeben; die der Verletzten ging, das sah man sofort, in die Hunderte. An 18 Personen wurden in den Hudson geschleudert.

New York, 2. Februar. Eine spätere Meldung berichtet: Durch die Explosion wurde das Glasdach des Jersey-Zentral-Bahnhofes zertrümmert und die riesigen Mauern sind dem Einsturz nahe. Auch die in den umliegenden Straßen zunächst liegenden Häuser drohen zum Teil mit dem Einsturz. Alle Fährboote auf dem Nordriver wurden beschädigt und ihre Passagiere durch fliegende Trümmer verletzt. In Wallstreet brach eine Panik aus, als die Wolkenkratzer erzitterten und die Fenster zertrümmert wurden. Die Glassplitterten sprangen nach innen und verletzten Hunderte von Personen. Die Geschäfte in Jersey City und Manhatten sind mit Verwundeten überfüllt. Wie man eine reichliche Stunde nach dem Unfalle schätzte, waren über 50 Personen tot. Die Zahl der Verletzten beträgt weit über 1000. Die Wirkung der Explosion wurde im Umkreis von 50 Kilometern verspürt.

New York, 2. Februar. Zu der furchtbaren Dynamitexplosion im Hafen von New York werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Es sind im ganzen 22 Tonnen Dynamit explodiert. Zwei Waggon, die mit dem Dynamit beladen waren und am Ufer an der Abladestelle standen, sollten in ein Boot umgeladen werden. Nach der Erklärung des Vizepräsidenten der Eisenbahngesellschaft hat sich der Unfall folgendermaßen ereignet: Das Dynamit war in einzelnen großen Paketen verpackt, die jedes 50 Kilogramm wogen. Diese einzelnen Dynamitpakete wurden von Arbeitern aus dem Waggon auf ein Brett gelegt, auf dem sie dann in das Boot hinabrutschten. Das war bei der guten und sicheren Verpackung weniger gefährlich. Damit nun die Pakete auf dieser schiefen Ebene nicht allzuschnell hinabglitten, oder über den Rand hinab ins Wasser fielen, standen rechts und links von dieser schiefen Ebene Arbeiter, die aufpaßten. Auch unten und oben waren Schiffsmannschaften postiert, um genau das Verladen zu überwachen. Es ist nun doch als sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß trotz der guten Aufsicht eins dieser gefährlichen Pakete zu rasch hinabglitt und unten auf den Schiffsboden zu scharf aufschlug. Bei dem heftigen Aufprall auf den Boden muß sich dann das betreffende Paket entzündet haben. 20 Personen sind sofort getötet, ihre Leiber in die kleinsten Stücke zerrissen und zur vollständigen Unkenntlichkeit entstellt. Einige hundert, — die genaue Zahl steht auch jetzt noch nicht fest — Personen sind verletzt, darunter leider noch eine ziemliche Anzahl erheblich verletzt. Der angerichtete Materialschaden hat sich sonst im Verhältnis zur Furchtbarkeit der Explosion als nicht allzu bedeutend herausgestellt. Zahlreiche Passagiere eines in dem Momente der Explosion eben vorüberfahrenden Dampfbootes wurden in der Nähe der Unfallstelle von Glasscherben, Holzsplittern, Eisenteilen usw. verletzt. Sie mußten beinahe sämtlich in ein Hospital in der City von New York gebracht werden. In Wallstreet und Broadway entstand eine große Panik. Die eigentliche Tatsache der Explosion war hier zunächst vollständig unbekannt. Man hörte nur einen fürchterlichen Knall und bald darauf sah man Züge aufs höchste aufgeregter Menschen ankommen, die Verwundete transportierten. Nun nahm man zunächst an, daß es sich um ein anarchistisches Attentat handele. Die gesamte Feuerwehr rückte in einzelnen Löschzügen aus. Sie wurde von reichlich Militär und Polizei verstärkt. Alle Verkehrszentren wurden sofort abgesperrt, bis man Genaueres von der Katastrophe erfuhr.

Eisenbahnkatastrophe.

Barcelona, 2. Februar. Auf der Eisenbahnlinie Valencia-Torreblanca ereignete sich gestern ein furchtbarer Eisenbahnunfall. Der Expreßzug, der vorgestern Abend bei furchtbarem Sturme von Valencia abgegangen war, entgleiste. Der Oberbau des Gleises war infolge der andauernden Regengüsse völlig demoliert worden. Als der Zug an der betreffenden schadhaften Stelle über die Schienen hinwegfahren mußte, kam sehr wahrscheinlich das Erdreich des Bahndammes ins Rutschen. Infolgedessen entgleiste der Zug bei Rudicamis. Die Stätte bietet ein Bild schrecklichster Verwüstung. Bei Abgang des Telegrammes hat man bereits über 30 Tote aus den Trümmern hervorgezogen. Man vermutet noch eine große Anzahl Toter unter den zum Teil vollständig zertrümmerten Wagen. Einzelheiten über diese schreckliche Katastrophe fehlen noch.

Skandalszenen im bosnischen Landtag.

Wien, 2. Februar. Aus Serajewo wird gemeldet, daß es gestern im bosnischen Landtage zu großen Sturmszenen kam, indem die serbischen Abgeordneten die Abstimmung über den Schlußparagraphen der Postsparkassenvorlage zum Scheitern zu bringen suchten. Sie stürmten das Präsidium und wollten den Präsidenten mißhandeln. Die Sitzung mußte, da der Tumult immer ärger wurde, schließlich aufgehoben werden. Nach ihrer Wiederaufnahme wurde die Vorlage in der Abwesenheit der serbischen Abgeordneten angenommen.

Der Gouverneur und sein Neffe ermordet.

Teheran, 2. Februar. Gestern Nachmittag wurden auf den Gouverneur von Ispahan und auf seinen neben ihm schreitenden Neffen mehrere Schüsse abgegeben. Der verbrecherische Schütze ist ein früherer entlassener Polizeichef und russischer Untertan. Die Schüsse streckten beide, den Gouverneur sowohl als auch den Neffen, sofort tot nieder. Der Mörder flob hierauf in die russische Gesandtschaft. Dem Vernehmen nach haben die russischen Behörden beschlossen, den Flüchtling nicht der persischen Regierung auszuliefern. Der überfallene Gouverneur war früher Handelsminister und ist erst kürzlich auf den Ispahaner Posten gestellt worden.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 3. Februar:

Oeffentliche Bäcker-Versammlung. Nachm. 3 Uhr im Saale.
Metallarbeiter-Vertrauensmänner. Versammlung im Saale.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6½—9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 3. Februar:

Graf-Kursus im Saale.

Sonnabend, den 4. Februar:

Brauereiarbeiter-Verband. Stiftungsfest.
Dachdecker-Versammlung. Abends 6 Uhr im Zimmer 3.
Bildhauer. Abends 9 Uhr: Generalversammlung im Zimmer 5.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 7 (Ritolaitor).

Sonnabend, den 4. Februar, Abends 9 Uhr: Auszahlung der Abonnementgelder (auch der rückständigen) im Lokal Löscknig, Leuthenstraße 61.

Distrikt 11 (Gandtor).

Montag, den 6. Februar, Abends 8 Uhr im Distriktslokal, Michelistraße 26: Wichtige Distriktsversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Genosse Müller ist anwesend.

Distrikt 8 a (Obertor).

Sonntag, den 5. Februar, wird von beiden Distriktslokalen Brettfeldstraße (Dürtel) und Fleischerstraße (Bürgelt) aus die jetzt fällige Volkswacht-Agitation veranstaltet. Parteigenossen! Ihr wißt, daß wir vor der Reichstagswahl stehen, darum alle Mann an die Arbeit, damit auch bei uns das Feld nicht unbeackert bleibt.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Neumarkt.

Sonnabend, den 4. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft im Lokale des Herrn Müller in Ottischin. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und Schaffung eines Wahlfonds durch Erhöhung des Beitrages? 2. Diskussion. Auch die Frauen sind eingeladen.

Sonntag, den 5. Februar, Vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft im Lokale des Herrn Winkler in Neu-Tschansch. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und Schaffung eines Wahlfonds durch Erhöhung des Beitrages? 2. Diskussion. Auch Frauen sind eingeladen.

Land-Distrikt 14. (Bürgen-Herrnitz), Schön-Ernst. Sonntag den 5. Februar, früh 9½ Uhr: Volkswacht- und Mitglieder-Agitation und andere wichtige Arbeit. Da [illegible] arbeiten, recht zahlreich im Lokal Schönstraße 21 zu erscheinen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Der Distriktsführer.

Mara [illegible] Damen- und Kinder-Konfektion.

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Abzahlungsgeschäfte

Möbel- u. Waren-Ausstattungshaus gegen bar und auf Teilzahlung **Adolf Schröter,** Ring Nr. 2, Kurfürstenseite

Alkoholfreie Getränke

= Bilz-Sinalco =

Brauns-Brause

Bauer, Fritz & Co., Matthiasstr. 110.
Engewig, R., Rosenthal 155, Demnigbrause.
Hamm, Klosterst. 88, **Moritzh.,** Volksbrause.
Holtze, Herm., Langegasse 3, Heinze-Brause
Hübner, A., Gabitzstraße 58.
Kaubis, J., Salzstr. 12 (Brausen).
Kindner, Max, Ottostraße 26.
Schulz, Carl, Gesundbrunn, Matthiasstr. 123.
Wendorff, O., Flurstr. 5 (Gold. Brause)

Bäckereien und Konditoreien

Baerisch, Karl, Lohestraße 32.
Berger, Friedr., Krematr. 38, Lehmdamm 5a.
Bäckermeister, W., Posenerstraße 4.
Brune, Friedr., Pöpelwitzerstraße 18.
Jerith, Carl, Oderstr. 29, Filiale Oderstr. 2.
Krönig, Albert, Barnischstraße 11.
Lenke, Emil, Oessnerstraße 4.
Lenke's Nchf. (E. Schlesinger), Viktoriastr. 5.
Herwig, Carl, Kletschkauerstraße 30/32.
Hoffmann, E., Ohlauerst. 49, Kl. Weidst. 32.
Klose, E., Neue Adalbertstr. 103.
Kutz, Alfred, Scheitnigerstraße 44.
Mai, Georg, Neue Adalbertstraße 111.
Mai, Richard, Lessingstraße 4.
Mai, Wilhelm, Bismarckstraße 35.
Krause, Julius, Rosenstraße 16.
Dobczok, R., Ursulinerstraße 11/12.
Langner, Oskar, Westendstraße 19.
Leschke Gch., Kl. Scheitnigst. 43, grün. Markt
Obiegla, Anton, 28 Viktoriastraße 28.
Pätzold, Albert, Posenerstraße 48.
Raede, Aug., Sonnenstraße 15.
Reimann, R., Bärenstraße 3. — **Café.**
Ritschke, Ernst, Leuthenstraße 51.
Sandal, Theodor, Lessingstraße 13.
Schlegel, Josef, Westendstraße 71.
Gerke, Adolf, Schmiedegasse 17.
Stantke, Wilhelm, Alsenstraße 4.
Stiller, Max, Westendstraße 47.
Tenzer, Emil, Augustastraße 5.
Teuber, R., Ohlauerstr. 19.
Walter, Josef, Ritzengasse 1.
Wedel, Gust., Alsenstraße 54.
[illegible], Sedanstraße 33.
Weffel, Paul, Sedanstraße 33.
Wolff, August, Matthiasstraße 152.
Wuttke Ernst Wm., Augustastraße 158.
Wuttke, Reinhold, Lessinger Chaussee 19.

Badeanstalten.

Augusta-Viktoria-Bad, Neudorfstr. 84.
Marienbad, heil. Geistst. 18, gradlin. Markth.
Schlesisch-Bad, Neue Gasse 14.

Bandagisten

[illegible], Krematarstraße 22, Gummiwaren.
Kaiser, Karl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.
Rein, Joh., Schmiedebrücke 17.

Berufskleidung

für Köche, Bäcker, Konditoren, Fleischer, Schlächter, Schlosser, Friseure, Maler 2c.
Julius Kraul, vorm. **C. Fuhs,** Am Rathause Nr. 23—27.

Bier-Brauereien. Bier Verleger

Brauerei Rauscher zum Rudelmann G. m. b. H.
Special-Ausschank „Anschwemm".
Brauerei „Schwarzer Adler", Krematarstr. 35
Breslauer Union-Brauerei, Breslau, Matthiasstr. 172.
Bürgerliches Brauhaus G. m. b. H., Friedrichstr. 71a. Tel. 253.
Cyrus, R., Verl. b. Wyde'schen Bier, Gilbauerstraße Nr. 14.
Fuhr, M., Sternstr.—Breslau.
Gerstenbräu, Nieberg, Michaelisstr. 26.
Gesellsch.-Brauerei, Breslau, Gesellschaftsstr.
Hagenbeck-Brauerei **Kaiser, C., Breslau.**
Flaschenbier-Brauereibesitzer.
Heidebrunn, A., Ritterst., Lessingstraße 20.
Hopf & Körbe, Breslauer Brauerei A.-G., Breslau-Brauerei A.-G., Stadtlen, Jordanstr. 3., Kl. Fürstenstr. 8. Tel. 7979.
Kipke, C., Brauerei.
Kramer, Reinhold, Lehmdamm 20.
Klose, Reinhold, Friedr.-Wilhelmstr. 96.
Menzel, J., Kupferschmiedestraße 5/8.
Pelzer, Paul, Brauerei zum grünen Adler, Neue Taschenstr. 6.
Schultheiss, Abteilung V, Matthiasstraße 204/208.
Stadt, C., Kreuzschestraße 23.
Wimmer, F. W., Brauerei, Neumarkt.

Bleiben u. Kunstblumen-Werke

Hoffmann, Hinterstraße 17.
Schmidt, Kreuzschestraße 7.
Wilhelm, O., Schmiedebrücke 62, Tel. 7131.

Damen-Konfektion

Fritsch & Kretschmer, Matthiasstr. 130/11 (Neubau).
Wiesel, Felix, Ohlauerstraße 7 pt. l. u. II. Et.

Drogen und Farben

[illegible]

Eisenbahn-Bedarfsartikel

[illegible]

Eisen- und Metallwaren

[illegible]

Damen- und Herrenschneider

[illegible]

Erfrischungs-Getränke

[illegible]

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrradhaus „Frisch auf", Nikolaistr. 82.
Hamann, Wilhelm, Tauentzienstraße 58.
Herrmann, G., Neue Tauentzienstr. 52/54.
Heusler, E., Frd.-Wilhelmstr. 78, I. Teilzhl.
Killmann, F., Gräbschenerstr. 29, Rep.-Werkst.
Kluge, Max, Harrasgasse Nr. 4/5.
Kühn, R., Neue Taschenstr. 6, Adalbertstraße 4.
Nickel, G., Tauentzinstr. 80, Mansar. Westf.-Räd.
Seeliger, Berthold, Reuschestr. 57, Ecke.
Seidel, Richard, Alsenstr. 20.
Swienty, Jos., Matthiasstr. 98 Fil. Hundsfeld.
Wanek, J., Neudorfstraße 23.

Färberei u. Wäscherei

Keiling, W., Färberei und chem. Waschanstalt.
Kerkel, B., & Co., Färberei u. chem. Reinig.-Anstalt
Kiebel, M., Färb. u. chem. Waschanst. solide Preise bei best. Ausf.

Fische u. Delikatessen

Aberle, Wilh., Matthiasstr. 152.
Arndt, Ernst, Weinstraße 44.
Fiebig, Herm., Matthiasstraße 50.
Fischer, Gustav, Frankfurterstraße 123.
Friede, R., Nachf., Gartenstr. 19.
Gabbert, Berthold, Bürgerstr. 17.
Gebert, G., Gräbschenerstr. 82.
Koller, Joh., Weidenstraße 26.
Pulvermacher, G., Fr.-Wilhlmst. 83, gegr. 1838
Reim, Pauline, Gabitzstraße 46.
Wolf, Martha, Lohestraße 48.

Fleischereien u. Wurstfabriken

Bartsch, Gustav, Hermmerei 16.
Becker, R., Nchf. E. Schneider, Tauentzienst. 17.
Berndt, Paul, Breitenburgerstraße 4.
Blaie, Karl, Gabitzstraße 23.
Böhm, Wilhelm, Waterloostr. 13.
Brekler, Reinhold, Gräbschenerstr. 52.
Brunke, Ernst, Kleine Scheitnigerstraße 20.
Burgel, Valentin, Breitestraße 46.
Dietrich, Rudolf, Ohlauerstr. 30.
Dreichner, Richard, Zobtenstraße 17.
Drieschner, Robert, Lohestrasse 32.
Erbe, Josef, Breitestraße 8.
Exner, Gustav, Kl. Scheitnigerstraße 27.
Exner, Wilhelm, Sternstraße 74.
Feilhauer, Karl, Yorkstraße 32.
Feilgiebel, Georg, Tschirnerstraße 1.
Fichtner, Oskar, Posenerstraße 23.
Fiedler, Richard, Brüderstraße 9.
Fiegel, Otto, Viktoriastraße 41.
Gerstenberg, Gustav, Matthiasstr. 6. Tel. 2401.
Gritsch, Paul, Lohestraße 41.
Fahrmann, August, Kaiserstraße 24.
Gielle, M., Schuhbrücke 80 [illegible], 51.
Gierth, Gottlieb, Paulstraße 14.
Gimmler, G., Matthiasst. 77, Gneisenaust. 1
Glieb, Max, Bohrauerstraße 80.
Göhlich, Gottfried, Oderstraße 6.
Goldbacher, Bertha, Oderstr. Ecke Malerg.
Goldmann, Hermann, Oelsnerstraße 4.
Gorlitz, O., Nachf., A. Schweidnitzerstr. 9.
Gottschalk, Fritz, Matthiasstraße 90.
Gräser, Karl, Ursulinerstraße 20.
Grenzlich, Ernst, Graben 9.
Groß, Kurt, Gr. Scheitnigerst. 53, Tel. 9961.
Großkopf, Carl, Mariannenstraße 7.
Grosskopf, R., Gräbschenerst. 28, Rhediger st. 3, Friedrichst. 53.
Günther, Robert, Kl. Scheitnigerstr. 25.
Haberland, G., Nchfg. 29, Ecke Paulinenstr.
Hehn, Fritz, Gräbschenerstraße 50.
Heinig, Carl, Augustastr. 59, Gabitzstr. 48.
Hertrich, Adolf, Marktplatz 3.
Hertrich, Fritz, Kleine Scheitnigerstr. 8.
Hentschel, Reinh., Alexanderstraße 24.
Herzfeldt, G., Malergasse 11, Gurgschmiede
Heide, Paul, Klosterstraße 139.
Heidrich, Robert, Heinrichstr. 15.
Hehmann, R., Kl. G. Waldo, Schuhbr. 56 u. Gt.
Heinze, Otto, Kurzbachgasse 3.
Hellmann, Julius, Herbinstraße 106.
Hellwig, Paul, Wörthstraße 9, Ecke Mehlgass.
Hentschel, Paul, Rosenstraße 133.
Hilbert, Friedrich, Viktoriastr. 116, pt.
Hildebrandt, Schmiedestr. 49 u. Filialen.
Himmel, Carl, Kreuzgrabenst. 14, Klosterst. 138.
Hirschberg, W., Fabrikgrundstraße 1, Ecke Gräbschenerstr., Filiale: Gabitzstraße 74.
Hoffmann, Paul, Höchstraße 53.
Hoffmann, Robert, Schmiedestraße 15.
Jacob, Max, Taschenstraße 7.
Jaschke, Franz, Sonnenstraße 16a.
Jeltsch, Albert, Tauentzienstraße 66.
Kalla, Johann, Hirschstraße 3.
Klein, Julius, Reuschestraße 23.
Kraus, R., Kirchstr. 49, Zobtenstr. 4.
Kretschmer, Paul, Oderstr. 57, Ecke Dorotheenstr.
Klimmel, Fritz, Friedrich-Wilhelmstr. 107.
Kuhse, A., Friedrich-Wilhelmstraße 92.
Langner, E., Margarethenst. 11 (a. d. Gasthf.)
Lechner, Paul, Lohestraße 22.
Lichtig, Willy, Kaiserstraße 96.
Lutsch, Herm., Bohrauerstraße 83 u. 111.
Machlicke, Paul, Matthiasstraße 42/44.
Mantle, Gustav, Matthiasstraße 157.
Mark, Albert, Friedrich-Wilhelmstr. 74.
Michert, Gustav, Breitestraße 53.
Morstein, Paul, Matthiasstr. 148.
Müller, R., Tauentzienstraße 22.
Müller, Hermann, Marktstraße 2.
Müller, August, Gabitzstraße 35, Grunstraße 3.
Musiol, Gustav, Friedrichstraße 12.
Neumann, Herm., Mikolaistraße 22/23.
Neumann, W., Schmiedebrücke 44, Marktn. 1
Nitsche, Johann, Höfchenstraße 20.
Pohl, Reinhold, Posenerstraße 34.
Pohl, Paul, Neue Taschenstraße 118.
Quinkenstein, Robert, Ziegelstraße 15.
Ring, Carl, Nikolaistraße 30.
Rogge, Gustav, Herzogstraße 17.
Rosenfeld, O., Kirchstraße 43 und 24.
Ruff, Carl, Friedrich-Wilhelmstraße 15.
Schade, R., Kurzbachgasse 11.
Schäfer, Carl, Neue Taschenstraße 30.
Schlesier, R., Tauentzienstraße 50, Gartenstr.
Schiller, Hugo, Tauentzienstraße 114.
Schmidt, Alex, Schmiedestraße 17.
Schmidt, Bruno, Sternstraße 77.
Schneider, Paul, Marktplatz 53.
Schneider, R., Gneisenaustraße 1, Ecke Gneisenaustr.
Schulz, Gustav, Schuhbrücke 46. Tel. 3464.
Schulz, Max, Ohlauerstraße 18.
Schulz, Oskar, Friedrichstraße 18.
Schulz, Robert, Schweidnitzerstraße 9.
Seifert, Paul, Ohlauerstraße 18.
Seifert, Robert, Sternstraße 2.
Seifert, Gustav, Kl. Scheitnigerstr. 1.
Seifert, Hermann, Kaiserstraße 1.
Seifert, Bruno, Sternstraße 2.
Seifert, Paul, Ring 3.
Seifert, Robert, Ohlauerstraße 8.
Seifert, Hermann, Ohlauerstraße 8.
Seifert, Hermann, Ohlauerstraße 8.
Seifert, Paul, Ohlauerstraße 8.
**Seifert, Robert

2. Beilage zu Nr. 29 der „Volkswacht".

Freitag, den 3. Februar 1911.

Deutscher Reichstag.

119. Sitzung. Mittwoch, den 1. Februar, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Wermuth.

Die dritte Beratung des

Zuwachssteuergesetzes.

Eine Reihe von Paragraphen wird nach den Kompromißanträgen Graf Westarp und Genossen angenommen.

Bei § 49, der dem Reiche 50, den Gemeinden 40 und den Bundesstaaten 10 Prozent des Ertrages der Steuer sichert, wiederholen die Sozialdemokraten ihren Antrag aus der 2. Lesung, wonach den Gemeinden 60 Prozent gewährt werden soll und das Reich aus seinem Anteil jährlich 6 Millionen Mark für die Kriegsveteranen zu verwenden hat.

Abg. **Göhre** (Soz.): Wir halten es für unbedingt notwendig, den Gemeinden einen größeren Anteil an dem Ertrage der Steuer zu gewähren. Auch muß die Unterstützung der Veteranen gesetzlich festgelegt werden.

Abg. **Cuno** (Vpt.) erklärt sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten und begründet einen Antrag, bei der Regelung der Verteilung des Anteils der Gemeinden an der Steuer zwischen Gemeinden und Gemeindeverbänden durch die Landesgesetzgebung den Gemeinden über 2000 Einwohner 75 Prozent des Anteils zu belassen.

Abg. **Dr. Weber** (natl.): Der sozialdemokratische Antrag ist ganz unlogisch, da ja die Sozialdemokraten das ganze Gesetz ablehnen wollen.

Abg. **Göhre** (Soz.): Wenn Sie unsere Anträge annehmen, ist unsere Stellung zum Gesetz eine andere werden. Wir versuchen wieder, das Gesetz zu verbessern. Nehmen Sie also unseren Antrag an und warten Sie ab, wie wir uns dann zum Gesetz stellen werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär **Wermuth**: Ich kann nur auf das Bestimmteste versichern, daß der Abbau des Umsatzstempels nur durch die Annahme des Gesetzes möglich ist.

Abg. Dr. **Potthoff** (Vpt.): An den Abbau des Umsatzstempels glaube ich nicht. Bis zum 1. Juli 1914 werden Verhältnisse eintreten, die seine Aufhebung nicht erlauben.

Reichsschatzsekretär **Wermuth**: Wenn Sie mir nicht glauben, so glauben Sie wenigstens der Tatsache, daß Sie mit der Ablehnung des Gesetzes uns die Möglichkeit überhaupt nehmen, den erhöhten Umsatzstempel zu beseitigen.

Die Anträge der Sozialdemokraten und des Abgeordneten Cuno werden abgelehnt.

§ 49 wird unverändert angenommen.

Bei § 49a, der den Gemeinden das Recht gibt, Zuschläge zu erheben, begründet

Abg. **Cuno** (Vp.) einen Antrag, bei dem Satze „die Zuschläge dürfen für die verschiedenen Grundstücksarten verschieden festgelegt werden", einzuschalten: „. . . Grundstücksarten und nach der Dauer des für die Steuererhebung maßgebenden Zeitraum."

Der Antrag wird angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen, dem Gesetze einen neuen § 58 zuzufügen:

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Zündholzwarensteuergesetz vom 15. Juli 1909 außer Kraft.

Abg. **Brey** (Soz., mit ostentativer Unruhe vom schwarzblauen Block empfangen): Der Steuerfreiheit der Landesfürsten haben Sie gestern zwei Stunden gewidmet, dem Versuch, das Elend der Zündholzarbeiter zu mildern, suchen Sie sich zu entziehen (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei der zweiten Lesung sprach mein Parteifreund Göhre von der Not und dem Elend, die bei den Zündholzarbeitern eingekehrt sind. Da erschollen rechts und aus der Mitte Rufe des Widerspruchs. Inzwischen haben aber die Fabrikanten selbst auf ihrer Generalversammlung den traurigen Zustand der Industrie geschildert. Wenn ein Steuergesetz solche Not verursacht, ist es die Pflicht der gesetzgebenden Faktoren, so schleunig als möglich eine Aenderung herbeizuführen. Unser Antrag zeigt den Weg dazu. Die Selbsthilfe der Fabrikanten hat vertagt, ebenso die zum Schutz der Industrie in das Gesetz aufgenommenen Bestimmungen — den Schutz der Arbeiter hat das Gesetz überhaupt außer acht gelassen. (Wie gewöhnlich! bei den Sozialdemokraten.) Eine Statistik über 34 Betriebe, der Hälfte aller Betriebe mit der Mehrzahl der Arbeiter ergab, daß schon im letzten Quartal 1909 22 Betriebe die Fabrikation einschränkten und die Arbeiter mit Aussetzen „beglückten", die Arbeiter erlitten eine Einbuße von 174 Arbeitsstunden und 805 Arbeiter wurden überhaupt entlassen. Im Jahr 1910 stieg die Zahl der Betriebe, welche die Arbeitszeit einschränkten um weitere 3, und weitere 978 Arbeiter wurden entlassen, im ganzen wurden also 1783 Arbeiter arbeitslos

als Opfer der Zündwarensteuer,

eine ganz ungeheure Zahl im Vergleich zur Zahl der Beschäftigten. Sie müssen es uns als Verdienst anrechnen, wenn wir im Interesse der in Not und Elend gestoßenen Arbeiter und im Interesse der Industrie die fürchterlichen Folgen dieser Steuer zu beseitigen versuchen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch in diesem Jahre waren wieder mehrere große Fabriken gezwungen, den Betrieb einzustellen. Ich frage, was will der schwarzblaue Block und was will die Regierung tun?

zur Unterstützung der Opfer ihrer Finanzreform.

Sie sprachen von einer Besteuerung auch der Ersatzmittel der Zündwaren. Dadurch würde das Uebel nicht beseitigt, sondern vermehrt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Durch die Besteuerung von Feuer und Licht ist Deutschland in den Ruf gekommen, die Finsternis und die dunklen Mächte zu schützen und zu hegen. Die Annahme unseres Antrages liegt also im Interesse des Reiches, im Interesse der Industrie und im Interesse der Arbeiter. (Bravo! b. d. Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird das ganze Gesetz mit **199** gegen **93** Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen der Polen angenommen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, forsch. Volkspartei und Arendt.

Es folgt die Fortsetzung der vorgestern abgebrochenen Beratung über die Petitionen, betr. Abänderung des Impfgesetzes und

Aufhebung des Impfzwanges.

Abg. **Sachse** (Soz.): Wenn die Verteidiger des Impfzwanges sich ihrer Sache so sicher wären, wenn wirklich die Wissenschaft ihr letztes Wort in dieser Sache gesprochen hätte, so brauchten die Herren von der Regierung und der Kollege Dr. Arning nicht den herausfordernden, beleidigenden, ja beschimpfenden Ton gegen die Impfgegner anzuschlagen, wie sie ihn neulich angeschlagen haben. Mit Recht protestieren die Impfgegner dagegen, daß man fortwährend ihre Bestrebungen verdächtigt.

Herr Kollege Arning tat sich sehr viel zugute auf seine Eigenschaft als Sachverständiger und war mit Zahlen außerordentlich freigiebig. Aber er weiß doch, daß man aus Zahlen alles mögliche herauslesen kann. (Zustimmung.) So muß er den anderen Leuten schon erlauben, andere Resultate aus seinen Zahlen herauszulesen.

Die impfgegnerische Bewegung würde nicht diesen Umfang angenommen haben, wenn nicht erweislich zahlreiche Fälle schwerer Schädigung durch die Impfung sich ergeben hätten. (Sehr richtig! bei den Impfgegnern.) Männer der Wissenschaft, anerkannte medizinische Autoritäten, Stabsärzte, Professoren, Aerzte stehen an der Spitze der impfgegnerischen Bewegung. Und da wagt man es, diese Bewegung als eine verbrecherische hinzustellen! In die Verurteilung dieser Art der Impfweise können doch auch Anhänger des Impfzwanges einstimmen, wenn der Fanatismus sie nicht völlig verblendet. (Lebhafte Zustimmung auf versch. Seiten.) Ein volles Fiasko hat die Impfung zum Beispiel in Japan erzielt. Das gilt den Aerzten recht, die darauf hinweisen, daß die Besserung der Wohnungsverhältnisse, die Verbreitung besserer hygienischer Grundsätze, die wir in erster Linie den Naturheilvereinen verdanken, jedenfalls mehr zur Verhütung der Pocken beigetragen haben, als die Impfung. Wohl verstanden, es sind selbst Impfanhänger, die unter dem erdrückenden Gewicht des vorliegenden Materials zu dieser Folgerung gelangt sind. (Hört, hört!)

Die Naturheilvereine

will ich bei dieser Gelegenheit zu erwähnen nicht vergessen; diese haben sich ganz besondere Verdienste um die Vermehrung der Bäder erworben. Sie sind es vielfach gewesen, die es erreicht haben, daß auch in sehr kleinen Gemeinden öffentliche Bäder errichtet wurden. Schon dies große Verdienst sollte sie vor Verdächtigungen und Verleumdungen bewahren. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Die Abnahme der Pocken ist wie die Abnahme der Pest im wesentlichen auf die Fortschritte zurückzuführen, die die Reinlichkeit gemacht hat. Daß Europa so lange von der Pest verschont geblieben ist, ist jedenfalls hierauf zurückzuführen. Es wird jetzt im Hinblick auf das Auftreten der Pest in Ostasien auch die Schutzimpfung gegen die Pest gefordert. Hoffentlich verfällt man nicht wieder in den Fehler, einen neuen Impfzwang einzuführen. — Aus allen diesen Gründen bitten wir um Annahme unseres Antrages, daß wenigstens die Teile der einschlägigen Petitionen, die um Aufhebung des Impfzwanges bitten, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen werden. Wir wollen selbstredend kein Verbot der Impfung, wir wollen nur die Beseitigung des Gewissenszwanges. (Sehr richtig! bei den Impfgegnern.) Wir akzeptieren aber auch den Zusatzantrag der Herren v. Damm und Genossen, wonach auch die Petitionen zur Berücksichtigung überwiesen werden sollen, welche eine staatliche Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten verlangen. Der Kollege Pfeiffer hat hier von einem Beamten des Polizei-Präsidiums gesprochen, der geäußert habe, die Eltern müßten in Ketten gelegt werden, die ihre Kinder der Impfung entziehen. (Lebh. Hört, hört!) Ich kenne den Herrn nicht, der so gesprochen haben soll. Das aber muß ich sagen; wenn sich wirklich Polizisten finden sollten, die Leute aus diesem Grunde in Ketten legen, so stehen diese Polizisten beinahe auf gleicher Stufe mit dem Gendarm Münter, der, wie sich jetzt unzweifelhaft herausstellt, unschuldige Leute ins Zuchthaus gebracht hat, (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) und den man deshalb ohne Uebertreibung einen der größten Lumpen nennen darf, die je existiert haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Ich bitte nochmals, unserem Antrage stattzugeben, der einem unerträglichen Gewissensdruck beseitigen will. (Lebhafter Beifall bei den Impfgegnern.)

Ein **Regierungskommissar** erklärt, daß nach wiederholten Gerichtsentscheidungen unstreitig der Polizei das Recht zustehe, event. physischen Zwang anzuwenden. — Es sei aber durchaus nicht glaubhaft, daß ein Beamter des Polizeipräsidiums gedroht habe, Ketten anzulegen. (Abg. **Pfeiffer** (Ztr.) ruft erregt: Und das Wort ist doch gefallen! Beifall. Es Hört, hört!)

Abg. **von Damm** (Wirtschaftl. Vgg.) tritt für den Antrag Sachse-Severing (Ueberweisung zur Berücksichtigung) und den von ihm gestellten Zusatzantrag (Entschädigung der durch Impfung Geschädigten) ein. Der Reichstag habe seinerzeit kein Zwangsgesetz schaffen wollen. Das Oberverwaltungsgericht aber hat auch für die Zulässigkeit des Zwanges entschieden. Dadurch seien unerträgliche Gewissenskonflikte heraufbeschworen worden. (Lebh. Zust. b. d. Impfgegnern.)

Abg. **Hormann** (Vpt): Die hart umstrittene Frage der Impfung bedarf auf jeden Fall einer gründlichen objektiven Nachprüfung. Persönlich bin ich für Aufrechterhaltung des Impfzwanges, aber ich mißbillige durchaus die argen polizeilichen Uebergriffe. Vielleicht kann das Impfgesetz so gemildert werden, daß eine Gewissensklausel eingefügt wird, wonach die Kinder der Personen, die die Impfung nicht vor ihrem Gewissen verantworten können, vom Impfzwang befreit werden.

Abg. Dr. **Faßbender** (Zentr.) begründet einen Antrag, der hauptsächlich die Einfügung der Gewissensklausel ins Impfgesetz, eventl. die Einsetzung einer aus Impffreunden und Impfgegnern zu gleichen Teilen bestehenden Kommission zur Prüfung des Impfzwanges fordert.

Abg. Dr. **Hahn** (kons.): Wir stimmen dem Teile des Antrages Faßbender zu, der die Einsetzung einer paritätischen Kommission fordert. Es ist nicht zu bestreiten, daß durch die Impfung und bei der Impfung schon Krankheiten übertragen worden sind. Da kann man sich nicht wundern, daß die Eltern ihre Kinder zum Impfen nicht hergeben wollen. In Preußen können nach den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes die Kinder auch zwangsweise dem Impfarzt zugeführt werden. Soll ein solcher Zwang aufrechterhalten bleiben, so müssen wir sicher sein, daß die Impfung das einzige und sichere Mittel gegen die Pockenkrankheit ist. Nun gibt es aber ganz hervorragende medizinische Autoritäten, die das fast vollständige Erlöschen der Pocken in Deutschland nicht auf die Zwangsimpfung, sondern auf die verbesserte allgemeine Prophylaxe (Vorbeugungs- und Verhütungsmaßregeln) zurückführen.

Geh. Obermedizinalrat Dr. **Kirchner** warnt vor einer Unterschätzung der Pockengefahr. Die Pocken sind derartig in Vergessenheit geraten, daß das Publikum und vielfach sogar Aerzte, sie garnicht mehr kennen und daher beim Beginn auch nicht erkennen. Durch die besten hygienischen Einrichtungen allein können die Pocken nicht überwunden werden, denn es ist nicht richtig, daß die Pocken eine Schmutzkrankheit sind und daß reinliche Menschen von ihnen nicht befallen werden. Das einzige erfolgreiche Mittel, um sie zu verhüten, ist die Impfung. Wir wären glücklich, wenn wir sie auch bei der Cholera, der Pest und anderen Krankheiten anwenden könnten; leider schützt bei keiner dieser Krankheiten die Impfung solange, als bei den Pocken. Es gibt nach einem Worte Robert Kochs Krankheiten, bei denen die Verhütung wichtiger ist als die Behandlung, und hierzu gehören die Pocken. Die Erfolge der Impfung sind glänzend trotz aller Behauptungen der Impfgegner. (Beifall b. d. Impffreunden). Wie die Impfgegner stets gekämpft haben und immer noch kämpfen, dafür nur ein Beispiel: In diesem Buche (Redner weist es vor), ist der Erfinder der Impfung, Dr. Jenner, mit den Leuten dargestellt, die er geimpft hat: da sehen Sie einen Jungen, dem auf dem Arme eine Kuh wächst und eine Frau, der aus dem Munde ein Kalb herausspringt. (Große Heiterkeit.) Redner verweist auf das Beispiel der deutschen Armee, die 1870 im Gegensatz zur französischen fast pockenfrei geblieben ist. In der Schweiz, Belgien, Frankreich und Rußland kommen fortgesetzt Pockenfälle vor, da können wir auf die Impfung nicht verzichten. Ganz unerfüllbar ist die Forderung der Entschädigung für sogenannte Impfschäden. Da würden bald alle Eltern, die selbst die Schäden verschuldet haben, mit Ersatzansprüchen kommen. Von einem Zusammenwirken der Impffreunde und Impfgegner in einer Kommission versprechen wir uns garnichts, da der hetzerische Ton der Impfgegner ein Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich macht. Gehen Sie über die Petitionen zur Tagesordnung über. (Lebhafter Beifall bei den Impffreunden, Oho! Rufe bei den Impfgegnern.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen, nachdem Vizepräsident Schultz unter großer Heiterkeit mitgeteilt hat, daß noch sieben Redner gemeldet sind.

Eingelaufen ist eine konservative Interpellation betreffend die Ueberschwemmung des Geldmarktes mit fremden Papieren.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (2. Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes.)

Schluß 6 1/9 Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung. Mittwoch, den 1. Februar, Mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Beseler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster.

Minister des Innern **v. Dallwitz** betont, daß es sich darum handle, in den betreffenden Regierungsbezirken die örtliche Polizei-Verwaltung hinsichtlich der Sicherheitspolizei besonderen staatlichen Behörden oder Beamten zu übertragen.

Abg. **Schulze** (kons.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Gemeindekommission. Im allgemeinen seien seine Freunde mit der Vorlage einverstanden.

Abg. **Schmedding** (Zentr.) schlägt die Ueberweisung an die um sieben Mitglieder verstärkte Gemeindekommission vor.

Abg. **Röchling** (natl.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. **Liebknecht** (Soz.):

Die hier geplante Polizeieingemeindung steht im krassen Widerspruch zu der Abneigung gegen die kommenden Eingemeindungen, die sonst bei der Regierung zutage tritt. Warum schafft man nicht entsprechend der industriellen Entwickelung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Sinne der Selbstverwaltung einen engeren Zusammenschluß der Gemeinden zur Erfüllung ihrer gemeinsamen kulturellen Aufgaben. Auf diese Weise könnte man auch den Uebergriffen der großen Truste besser gegenübertreten. Das ganze Gesetz hat offenbar nur den Zweck, gegenüber der wachsenden Macht der Arbeiterorganisationen im Ruhrrevier die Macht der Staatsgewalt zu stärken, das heißt die Macht der Grubenbarone, die Macht der Unternehmer der schweren Industrie. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Präs. **v. Kröcher**: Ich rufe Sie zur Sache.

Abg. **Liebknecht** (fortf.): Zum ersten Male werde der Wunsch nach Einbringung eines solchen Gesetzes geäußert von dem Abg. Schmedding. Das Zentrum hat sich nicht gescheut, den Arbeitern des Ruhrreviers dies Mißtrauensvotum auszustellen, das in einer solchen Organisation der Polizeigewalt liegt, es hat gegen die Arbeiter, zum Teil aber gegen seine eigenen Anhänger die Staatsgewalt in ihrer brutalsten Form, der Polizei, angerufen. Der Obersharfmacher Herr Schmieding von den Nationalliberalen schloß sich damals natürlich Herrn Schmedding an. Wir betrachten dies Gesetz als eine Spezialumsturzvorlage für das Kohlenrevier, als Ergänzung zu dem bekannten Bissing'schen Korpsbefehl. (Rufe rechts: Zur Sache!) Dieser Bissing'sche Korpsbefehl enthält bekanntlich eine Aufforderung zur Ungesetzlichkeit, nämlich zur Festnahme der durch die Immunität geschützten Abgeordneten. Wir haben aber nicht davon gehört, daß der Staatsanwalt sich dieser Sache angenommen hat.

Präsident **von Kröcher**: Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Sache und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Dr. **Liebknecht** (fortfahrend): Wenn wir in Rußland lebten, würden wir sagen können, daß dieser Gesetzentwurf die Einrichtung eines verstärkten Schutzes, einer Art Kriegszustandes bedeutet. Und das geschieht sobald nach dem Jubiläum der Städteordnung. Man räumt hier mit der Selbstverwaltung in einer Weise auf, gegen die wir auf das schärfste protestieren müssen. Wir wünschen im Gegenteil, daß die Polizei aus einer staatlichen wieder eine kommunale wird, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß die königliche Polizei durchaus nicht im Interesse der Bürgerschaft verwaltet wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben wir einen solchen Antrag gestellt. In den Motiven ist davon die Rede, die königliche Polizei habe sich glänzend bewährt. Davon haben wir bei den Moabiter Krawallen nichts gemerkt (Sehr richtig! bei den Soz. Zuruf rechts: Zur Sache!) Diese ganze Vorlage bedeutet nichts, als eine Provokation der Arbeiter des Ruhrreviers, mindestens eine Drohung, ein unberechtigtes Mißtrauensvotum gegenüber der Arbeiterschaft. Sie beweist, daß man im Kohlenrevier mit Blut und Eisen regieren, sich auf eine friedliche Verständigung mit den Arbeitern nicht einlassen will! Bereits früher ist wiederholt im Ruhrrevier Militär requiriert worden. Denken Sie, was es heißt, in aufgeregten Zeiten eine Menge von Hunderttausenden zusammenzuhalten. Das ist der Sozialdemokratie gelungen

Präsident **v. Kröcher** ruft den Redner zum dritten Mal zur Sache und richtet die Frage an das Haus, ob es den Redner weiter hören wolle.

Gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten beschließt das Haus, dem Redner das Wort zu entziehen. (Zuruf b. d. Soz.: Unerhört!)

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Angenagelt sind Sie doch!

Die Vorlage wird hierauf an die verstärkte Gemeindekommission verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des

Justizetats.

Bei den „Einnahmen" erörtert

Abg. **Bell** (Zentr.) die Frage der Konkurrenz, die dem Handwerk durch die Beschäftigung Gefangener erwächst.

Ein **Regierungskommissar** betont, daß um diesen Klagen nach Möglichkeit zu begegnen, die Löhne für Gefangenenarbeit in acht Jahren um etwa 25 Prozent gesteigert worden seien.

Abg. **Boisly** (natl.): Eine gut geleitete Arbeit der Gefangenen ist das beste Erziehungsmittel für sie zu einem ordentlichen Leben. (Sehr richtig!) Die Konkurrenz für das Handwerk würde am besten beseitigt, wenn man statt langer Strafen lieber kurze, schwere Strafen verhängen würde.

Abg. **Rosenow** (Vpt.) erkennt an, daß auf diesem Gebiete eine gewisse Besserung zu verzeichnen sei. Die eingetretene Lohnerhöhung ist angesichts der auch sonst gestiegenen Löhne keine sehr erhebliche.

Abg. **Mertin** (kons.): Wir legen Wert darauf, daß angesichts der Lage des Handwerks der Gesichtspunkt der Rücksichtnahme auf dieses in den Vordergrund treten muß gegenüber dem andern, daß eine Beschäftigung der Gefangenen notwendig ist. Auf jeden Fall sollte man sich in den Gefängnissen auf Handarbeit beschränken und Maschinen ausschließen.

Abg. **Liebknecht** (Soz.):

Wir stellen in den Vordergrund die Notwendigkeit der Erziehung der Gefangenen zur Kräftigung für den späteren Kampf ums Dasein. Diese Notwendigkeit wird auch von den offiziellen Autoritäten auf diesem Gebiete anerkannt. Eine Schmutzkonkurrenz für das Handwerk durch die Gefängnisarbeit wünschen natürlich auch wir nicht. Das Mittel der Lohnerhöhung ist gewiß sehr verständlich, ich habe im vorigen Jahre selbst darauf hingewiesen. Die bisher erfolgte Lohnerhöhung ist freilich keine ausreichende. Die Außenarbeit von Gefangenen bringt für diese unter Umständen schwere gesundheitliche Schädigungen mit sich. Vor allem muß die Gefangenenarbeit eine produktive sein, eine sinnlose Arbeit hat keine erzieherische Wirkung. Der Erziehungszweck der Arbeit wird übrigens nur erreicht, wenn man die Arbeiter im Gefängnis auch an solche maschinelle Arbeit gewöhnt, wie sie draußen von ihnen verlangt wird. Der Grund dafür, daß die Löhne der Gefängnisarbeit nicht die Höhe der Löhne der freien Arbeiter erreichen, liegt eben darin, daß man im Gefängnis meist nur die rückständige Handarbeit betreibt. Man sollte vielmehr dazu übergehen, große maschi-

solche Betriebe für die Gefangenen zu organisieren. Bei der Kommission, die zur Beratung dieser Frage eingesetzt ist, sollten auch Vertreter der Arbeiter hinzugezogen werden, denn es handelt sich auch um eine Schmutzkonkurrenz für die Arbeiter. (Sehr richtig!) Die Interessen der Arbeiter freilich sind ja für die Regierung Hekuba. Sie ist erfahrungsgemäß die geschworene Feindin der Arbeiter. Ich ersuche die Regierung, endlich diesen arbeiterfeindlichen, arbeiterbeleidigenden Standpunkt der vollkommenen Nichtachtung der Arbeiter aufzugeben. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Hammer** (kons.): Wie Herr Liebknecht als Arbeitervertreter zu einem solchen Vorschlag kommen kann, daß große maschinelle Betriebe von den Gefängnissen eingerichtet werden sollen, verstehe ich nicht. Dadurch würden sowohl Unternehmer wie Arbeiter ruiniert werden. (Sehr richtig! rechts; Widerspruch bei den Soz.) Herr Liebknecht ist hier als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten. (Lachen bei den Soz.) Redner bringt weiter Fälle von Schädigung einzelner Zweige des Handwerks durch die Konkurrenz der Gefangenenarbeit zur Sprache.

Ein **Regierungskommissar** sagt Prüfung der Beschwerden zu.

Abg. **Schröder-Kassel** (kons.): Die Steigerung der Löhne für Gefangenenarbeit um 25 Prozent beweist wenig angesichts der Steigerung der Löhne im freien Wettbewerb um 50 Prozent und mehr. Es kommt auch in Betracht, daß die Löhne für Gefangenenarbeit früher ganz besonders niedrig waren. Die Beschäftigung der Gefangenen in der Landwirtschaft ist durchaus gesund. (Sehr richtig! rechts.) Schon mit Rücksicht auf die Arbeiternot auf dem Lande sollte sie möglichst in umfangreichem Maße erfolgen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Der Schleier der Begeisterung der Herren für die Außenarbeit der Gefangenen ist ja durch den Herrn Vorredner unvorsichtigerweise gelüftet worden. Das ist für uns eine wertvolle Feststellung. Interessant war mir auch, daß der Herr Regierungskommissar kein Wort der Erklärung dafür gefunden hat, daß Arbeitervertreter zu der Kommission nicht hinzugezogen worden sind.

Damit schließt die Debatte, die Einnahmen werden bewilligt.

Es folgt die allgemeine Debatte bei den Ausgaben Titel „Minister".

Abgeordneter **Boehmer** (kons.) regt eine Verstaatlichung der Notare an. Die neue Strafprozeßordnung wird, fürchten wir, keine Beschleunigung des Verfahrens bringen. Wir hoffen, daß die Regierung auf ihrem durch den Herrn Justizminister neulich betonten Standpunkt verharren wird, daß dem Gericht die Möglichkeit gegeben werden muß, die Beweiserhebung in den ihm geeignet erscheinenden Grenzen zu halten. Allein auf diese Weise würde den Praktiken einer

gewissen Sorte von Verteidigern

begegnet werden können, die das Recht nicht mit finden, sondern es verschleiern und verdunkeln wollen. (Bravo! rechts.) Im Moabiter Prozeß hätte die Staatsanwaltschaft auf die langatmigen juristischen Ausführungen der Verteidiger bei den Anträgen auf Ablehnung des Gerichts nicht eingehen sollen. Der Gerichtssaal ist kein Diskutierklub. Die Prozeßführung und -Leitung sollte zur altpreußischen Einfachheit zurückkehren. Große Beunruhigung hat die Aeußerung des Vorsitzenden im Moabiter Schwurgerichtsprozeß hervorgerufen bezüglich des Gebrauchs der Schußwaffe gegen Polizeibeamte, die sich nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befinden. Die Hetzartikel der sozialdemokratischen Presse beweisen, wie unvorsichtig und für das betreffende Milieu unpassend diese Aeußerung gewesen ist. — Aus den Zeitungsberichten über die Sensationsprozesse kommt das Publikum zu falschen, ungerechten Urteilen. Mir hat einer der ersten Verteidiger gesagt, daß er immer entsetzt ist, wenn er in den Preßberichten liest, was er gesagt haben soll. (Heiterkeit.) Die Berichterstattung des „Vorwärts" über den Moabiter Prozeß war skandalös. Nur die Zeugen wurden ausführlich wiedergegeben, die Ungünstiges für die Polizei aussagten. (Widerspruch bei den Soz.) Grobe Unwahrheiten in solchen Berichten, die nur bestimmt sind, den Instinkten der Masse zu schmeicheln und die Staatsautorität zu untergraben, sollten unter Strafe gestellt werden. Die Zivilrichter müssen vor allem Fühlung mit der Praxis des Lebens haben. Der Richterstand darf sich nicht als Kaste abschließen. In diesem Sinne muß auch die Ausbildung der jungen Juristen erfolgen. (Bravo! rechts.)

Minister **Beseler** das Aufsehen, das die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden im

Moabiter Schwurgerichtsprozeß

erregt hat, hat diesen ja selbst veranlaßt, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit einer mißverständlichen Auffassung seiner Darlegungen entgegenzutreten. Da offizielle Aufzeichnungen über solche Aussprüche des Vorsitzenden nicht stattfinden, kann ich eine authentische Darlegung des Vorgangs natürlich nicht geben. Auch muß ich selbst mit meinem Urteil zurückhalten, da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Mir hat der Vorsitzende mitgeteilt, daß er es für nötig gehalten habe, den Begriff der rechtmäßigen Amtsausübung durch Anführung eines von ihm theoretisch in Anlehnung an einen in der Verhandlung hervorgetretenen Fall recht kraß konstruierten Beispiels nicht rechtmäßiger Amtsausübung den Geschworenen klar zu machen. In der Presse ist dann mißverständlich aus seinen Worten gefolgert worden, daß jedermann, der sich in berechtigter Notwehr befindet, alsbald zu den schärfsten Mitteln des Widerstandes greifen müßte. Das ist falsch. Ebenso falsch ist nach konstanter Rechtsprechung des Reichsgerichts der Ansicht, daß die irrtümliche Meinung, man befinde sich in Notwehr gegenüber unrechtmäßiger Amtsausübung, den Gebrauch von Gewalt gegenüber einem Vollstreckungsbeamten entschuldige. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Zimmer** (Ztr.): Wir müssen anerkennen, daß das Gericht im großen Moabiter Kranawitzprozeß die größte Objektivität bewiesen hat. Deshalb hätten bei einer Friedrede unseres Daimes einige Worte wohl etwas vorsichtiger gewählt werden können. (Sehr richtig! links.) Gegenüber einem früheren Angriff des Abgeordneten Strößel auf meinen Parteifreund Graf Preichma betone ich, daß wir eine Berührung der Rechte des Angeklagten bei der Beweisaufnahme durchaus nicht wünschen, aber wir halten es für angebracht, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie man gegenüber völlig unnützen Anträgen der Verteidigung die Machtbefugnisse des Gerichts steigern kann. (Abgeordneter Hoffmann (Soz.): Unbequeme Anträge!) Ob im Moabiter Prozeß diese Regung zur Geltung gekommen ist, lasse ich dahingestellt. Was uns vor allem not tut, ist eine schnelle Justiz. Die vorzeitige Aufbesserung der Kanzleigehilfen begrüßen wir. (Bravo! im Zentrum.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Öffentlicher Meineidsprozeß.

Essen, 1. Februar 1911.

Einen sensationellen Verlauf nimmt der Meineidsprozeß in Essen. Es wurde durch die verschiedenen Zeugen festgestellt, daß der frühere Gendarm Münter, auf dessen Aussagen hin hauptsächlich Schröder und die übrigen Mitangeklagten wegen angeblichen Meineids zu Zuchthaus verurteilt wurden, ein moralisch höchst unredlicher, lügenhafter Mensch war, gegen den jetzt selber ein Verfahren wegen Meineides und wegen Verleitung zum Meineide anhängig war, während dessen er allerdings starb. Das Gutachten des Gerichtsarzts für Münter muß einer besonders vernichtenden Charakterisierung Veranlassung geben. Auf Fragen des Verteidigers Dr. Niemeyer zu der Verteidigung an den Vorsitzenden: „Ich glaube nicht, daß Sie Münter auch in diesem Falle retten wollen."

Junge Vergnügt Bredenbrecker ist am 1. März 1906 mit seinem Schwager wegen eines Streits Streitsache in Streit geraten. Münter sei dazugekommen, habe ohne ein Wort zu sagen blank gezogen und sei auf den Schwager losgegangen. Staatsanwalt: Waren Sie bei der Szene angetrunken? Zeuge: Nein. Vorsitzender: Im Protokoll der Schwurgerichtsverhandlung steht, daß Sie damals zugegeben haben, angetrunken gewesen zu sein. Zeuge: Nein, ich war nicht angetrunken. Vorsitzender: Woher wissen Sie das so genau? Zeuge: Weil ich zwei Tage später zum Militär eingezogen wurde. Vorsitzender: Wenn Sie deshalb nicht getrunken haben, weil sie zwei Tage später zum Militär mußten, dann sind Sie wohl ein Ausnahmemensch. (Heiterkeit.)

Zeuge Regierungssekretär Petri (Posen)

war früher zehn Monate lang mit Münter zusammen in Münster Gendarm. Sie waren nicht im Außendienst tätig sondern als Bureauschreiber. Münter hatte unter anderem die Funktion, das Heiratsgut der Gendarmen anzulegen. Vorsitzender: Münter soll nun dabei nicht immer korrekt vorgegangen sein und manchmal Geld für sich verwandt haben? Zeuge: Das ist richtig, ich trat daher auch vor den Oberst hin und erstattete Anzeige. Ich habe dem Oberst Mitteilung gemacht, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien und daß Münter Geld hinter sich gebracht habe. Eine Revision hat dann meine Angaben bestätigt. Auch in seinem dienstlichen Verhalten war Münter nicht einwandsfrei. Er verkehrte mit Kellnerinnen und gebrauchte einmal einer solchen gegenüber eine unzüchtige Redensart. Oefter kam er nach durchzechter Nacht noch angetrunken zum Dienst, sein ganzes Verhalten war nicht so, wie es sich für einen Gendarmen in Uniform ziemt. Außerdem war er sehr heftig, leicht aufgeregt und aufbrausend. Vorsitzender: Hat sich Münter wegen der Anzeige dann feindlich gegen Sie gezeigt? Zeuge: Nein, das nicht. Staatsanwalt: Wieviel Gelder hatte er unterschlagen? Zeuge: Es sind jetzt 17 Jahre her, sodaß ich mich nicht mehr so genau erinnere, es mögen 600 bis 900 Mark gewesen sein. Staatsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß Münter das Geld sofort wieder zurückerstattete? Zeuge: Nein, ich hörte, daß er sich das Geld später von einem Bekannten besorgt hat. Zeuge Obertelegraphenassistent Nußbaum war ebenfalls mit Münter zusammen in Münster Gendarm, er kann sich aber auf einzelne Vorfälle nicht mehr erinnern. Zeuge Landessekretariatsassistent Wolff, ebenfalls ein ehemaliger Kollege von Münter, hat sich von diesem zurückgezogen, nachdem verschiedene unangenehme Dinge passiert waren. Unter anderem hat der Zeuge gehört, daß Münter sich mit Frauenzimmern herumtreibe. Der Zeuge hat der Revision der Kasse beigewohnt. Der Oberst ließ,

um sein Ansehen zu retten,

Münter Zeit, die fehlenden Gelder zu besorgen.

Zeuge Gendarmerie-Wachtmeister Szerzak bekundet: Als ich noch in Rheine stationiert war, kam eines Tages Münter zu mir und bat mich, ihm schnell 600 Mark zu leihen, er brauche das Geld dringend. Ich habe zuerst abgelehnt, Münter bat aber so dringend, daß ich ihm sofort 450 Mark gab und ihm den Rest per Postanweisung nachsandte. Vorsitzender: Wußten Sie nicht, daß das Geld dazu bestimmt sei, Unterschlagungen zu verdecken? Zeuge: Nein, davon habe ich erst später gehört, aber nichts Bestimmtes. Zeuge Gastwirt Gahlmann (Bochum) war bis 1896 Oberwachtmeister und der Vorgesetzte Münters. Münter benahm sich im Dienst, als wenn ein Löwe unter eine Schafherde gerade sei. Er kam sich so erhaben vor, weil er früher Brigadeschreiber gewesen war. Vorsitzender: Er war also großschnäuzig? Zeuge: Ja. Vorsitzender: Wie war er in seiner Dienstführung? Zeuge: Er verstand es, alles zu seinen Gunsten darzustellen, auch die Berichte. Vorsitzender: Um was für Berichte handelte es sich da? Zeuge: Es kamen Anzeigen von Ausschreitungen, die er begangen haben sollte. Vorsitzender: Kamen die öfter vor? Zeuge: Ja, gerade weil sie öfter vorkamen, wurde ich skeptisch, die Sache kam mir bedenklich vor. Ich meinte, es müsse etwas daran sein. Vorsitzender: Münter soll einmal, wie der Zeuge Bredenbrecker bekundet hat, ohne Ursache mit dem Säbel losgegangen sein? Zeuge: Ja, das kann sein, das kam tagtäglich bei ihm vor. Vorsitzender: Hat er auch öfter Leute auf Revolver untersucht, wie ebenfalls hier behauptet worden ist? Zeuge: Ja, das war sozusagen seine Spezialität. Vorsitzender: Können Sie uns einige Fälle angeben? Zeuge: Nein, das kam viel zu oft vor. Staatsanwalt: Sind auch noch gegen andere Gendarmen Anzeigen eingelaufen? Zeuge: Gegen die Gendarmen Müller und Hamann. Die bildeten mit Münter ein Komplott und waren immer zusammen. Staatsanwalt: Waren die Anzeigen begründet? Zeuge: In vielen Fällen ja. Münter hat einmal auf einem Feldwege einen Mann angehalten und ihn nach seinen Papieren gefragt. Als der Mann nicht willig war, schimpfte er ihn Vagabund und nahm ihn drei Stunden fest. Der Mann beschwerte sich, worauf ihn Münter wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt anzeigte. Die Anzeige wurde aber unterdrückt. Es tritt dann die Mittagspause ein.

Magistratsassessor Wolf aus Schöneberg bei Berlin sagt aus: In seinen Händen lag die Disziplinaruntersuchung gegen Münter. Der Zeuge gibt an, daß Münter ein Gallensteinleiden hatte und deshalb häufig dem Dienst fernblieb. Er sei schließlich auch an dem Gallensteinleiden gestorben. Münter war ein überaus aufgeregter Mann. Die Mutter von ihm soll in einer Irrenanstalt gestorben sein. Als sich später die Disziplinaruntersuchung zu Ungunsten des Münter entwickelte und Münter Vorhaltungen gemacht wurden, bekam er manchmal so plötzlich aufbrausende Wutanfälle, daß der Zeuge die feste Ueberzeugung gewann, er wäre nicht normal. Der Zeuge schildert dann den Gang der Disziplinaruntersuchung. Es kamen mehrere Denunziationen, Münter besorge Rechtsgeschäfte wie ein Winkeladvokat. Es ergab sich auch, daß er Urlaub nahm und tatsächlich solche Geschäfte betrieb, trotzdem es den Magistratsbeamten verboten war, Nebengeschäfte zu betreiben, höchstens nur mit Erlaubnis des Magistrats. Münter hat unter anderem vor dem Bezirksausschuß in Potsdam Leute in Terminen vertreten, und zwar an Tagen, an denen er wegen angeblicher Erkrankung dem Dienst fernblieb. Es stellte sich dann weiter heraus, daß Münter versucht hatte, zwei Leute zu falschen eidlichen Aussagen zu veranlassen. Infolgedessen wurde die Disziplinaruntersuchung auf Verleitung zum Meineide ausgedehnt. Ein Mann namens Lindner teilte dem Zeugen mit, Münter habe ihm geschrieben, es sei ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, er möge günstig für ihn aussagen. Ferner hat Münter den Lindner aufgefordert, er möge zu einem gewissen Termin gehen, einem Schulfreund Münters, für den dieser ebenfalls einen Prozeß geführt hatte, und diesen bitten, nichts gegen ihn, Münter, auszusagen. Der eine Fall wurde als Verleitung zum Meineide, der andere als indirekte Verleitung zum Meineide aufgefaßt. Der Zeuge konnte das Disziplinarverfahren nicht zu Ende führen, da ihm die Akten wegen der fortwährenden Beschwerden Münters beim Oberpräsidium und beim Minister aus der Hand genommen wurden. — Nebenkläger Niemeyer: Haben Sie nicht die zuständigen Amtsvorsteher als Leumundszeugen für Lindner und Frommert vernommen? — Zeuge: Ja, die Amtsvorsteher sprachen sich günstig für die beiden aus.

Der folgende Zeuge, Magistratsbeamter Haß, hat mit Münter zusammen

bei dem Garde du Corps-Regiment

gedient und traf später mit ihm zusammen, wo er Schreibfuhrer im Bereich ehemaliger Garde du Corps war. Später wurde er aus dem Dienste herausgeschafft, und seit der Zeit hat Münter Rachegefühle gegen ihn gehabt, ihn anzuschwärzen. Gegen diesen Beschluß erhob Münter Klage und erreichte die allgemeine Prüfung, da die Entscheidung formell nicht richtig erlassen war. Münter hat ein großes Gesuch, um außerordentlicher Ueberprüfung und ganz unglaublicher (Bewegung.) Selbst wenn es [illegible] ich ihm kein Wort. (Erneute Bewegung.) Er hat einmal einen Brief an Justizrat Sello wegen Ehrenrat eingereicht, [illegible] — Vorsitzender: Was war das für ein Brief? — Zeuge: Er betraf den Bandenprozeß, was darin stand, weiß ich aber nicht. — Vorsitzender: Hat Münter in dem Prozeß eine Rolle gespielt? — Zeuge: Nein, aber er wollte sie wohl gern spielen.

Vor Eintritt in die Verhandlung teilt der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Niemeyer am Mittwoch mit, er habe eine Reihe Zuschriften bekommen, unter anderen auch von einem Tapezierer und Dekorateur aus Charlottenburg namens Krause. Dieser schreibt, Münter habe einst ihm gegenüber geäußert, er hätte dem Schröder eins tüchtig ins Genick gegeben. — Das Gericht beschließt, diesen Zeugen telegraphisch zu laden.

Zeuge Bureauvorsteher Köster, auch einer der früheren Kollegen Münters, äußert sich im Sinne der früher gemachten Aussagen über die von Münter unterschlagenen Heiratsgüter der Gendarmen.

Unter allgemeiner Spannung wird sodann der

Landtagsabgeordnete Brust

vernommen. Er gibt an, daß er damals an einem Tage drei Versammlungen anberaumt habe. In den Bekanntmachungen, die er veröffentlichte, habe von freier Diskussion nichts gestanden. Er wollte dadurch erreichen, daß sozialdemokratische Störenfriede fernblieben. Er ließ sich auch das Hausrecht übertragen, um Störenfriede eventuell hinauszuwerfen. Ferner bat er die Polizei, ein größeres Aufgebot von Beamten in die Versammlungen zu entsenden. Er habe in der ersten Versammlung in Oberhausen Schröder zu Wort kommen lassen, ihm dann aber erklärt, daß auf diese Weise für keinen der beiden Teile etwas herauskomme. Er habe deshalb erklärt, daß er keine freie Diskussion mehr zulassen würde. In der zweiten Versammlung in Herne verlangte Schröder wiederum das Wort. Der Zeuge erwiderte ihm, daß er freie Diskussion nicht zulasse und verwies dann die Sozialdemokraten, da sie lärmten, aus dem Saale, wobei er erklärt habe, daß sie an der Kasse das Eintrittsgeld von 10 Pfg. zurückerhalten würden. Gleichzeitig habe er hinzugefügt, daß wenn sie nochmals in eine Versammlung kämen, das Eintrittsgeld nicht zurückerhalten würden. Abends bei der dritten Versammlung in Baukau verlangte Schröder wiederum das Wort und freie Diskussion. Als ich bei meiner Gegenerklärung durch Zurufe Schröders unterbrochen wurde, wies ich ihn aus dem Saale und wendete mich gleichzeitig an den in meiner Nähe sitzenden Gendarm Münter mit der Bitte, er möchte mir nötigenfalls beistehen. Dann ging ich zu Schröder hin und sagte zu ihm: Na, Ludwig, jetzt wird es Zeit zu gehen. Schröder erwiderte darauf: ich werde doch wohl erst mein Bier austrinken dürfen. Darauf sagte ich: natürlich, das kannst du. Schröder trank dann auch sein Bier und ging darauf dem Ausgange des Saales zu, Münter hinterher. Damit war ich befriedigt. Ich sah mich dann nach kurzer Zeit nochmals um, habe aber garnichts über die Vorgänge am Ausgange bemerkt. Ueber das, was sich dort abgespielt haben soll oder abgespielt haben kann, vermag ich nichts zu sagen. — Verteidiger: Sie haben garnichts gesehen, also auch nicht ob Schröder gefallen ist? — Zeuge: Nein, ich habe davon nichts gesehen. — Verteidiger: In der damaligen Schwurgerichts-Verhandlung hat der Verteidiger Dr. Bell Sie gefragt, ob Schröder betrunken war. Wissen Sie noch, was Sie damals geantwortet haben? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. Es ist aber möglich, daß ich gesagt habe, daß er mir angetrunken vorgekommen sei, denn Schröder war sonst sehr ruhig, aber in der letzten Versammlung ziemlich aufgeregt. — Verteidiger: Damals sollen Sie nach einem mir vorliegenden stenographischen Bericht mit einem „Nein" geantwortet haben. — Zeuge: Das ist möglich, ich weiß es aber heut nicht mehr.

Der Angeklagte Schröder erklärt hierzu, er gebe zu, daß ihm Brust in Oberhausen nach der Versammlung gesagt habe, es komme durch die Diskussion bei den Versammlungen doch nichts heraus. Er wäre auch in die folgenden Versammlungen nicht gegangen, wenn ihm nicht von anderer Seite erklärt worden wäre, daß freie Diskussion wieder zugelassen werden sollte. Das habe sich nachher als eine Lüge herausgestellt. Brust und er hätten sich persönlich nie feindlich gegenübergestanden; sie hätten sich sogar, wie man ja soeben gehört habe, „Du" genannt.

In der fortgesetzten Beweisaufnahme bekunden einige Zeugen, daß sie deutlich zwei Stöße des Münter beobachtet hätten; einige andere Zeugen haben die Stöße selbst nicht bemerkt, wohl aber, daß Schröder zur Erde fiel. Eine hinreichende Aufklärung des Falles vermögen sie nicht zu geben.

Die weitere Verhandlung wird auf Freitag vertagt.

Briefkasten

W. K. Z. Die Strafe, die Ihrer Frau auferlegt wurde, brauchen Sie nach dem Gesetz nicht zu zahlen.

W. K. Z. Nach dem Gesetz sind Sie nicht verpflichtet, die Strafe Ihrer Frau zu bezahlen; aber wenn sie nicht noch mehr geschädigt werden soll, werden Sie schon zahlen müssen.

R., Merkirch. Sie müssen die zu viel erhaltene Unterstützung zurückzahlen.

Waldenburg. Anfragen ohne genaue Unterschrift und Wohnungsangabe beantworten wir nicht.

W. S., Neudorf. 1. Uns ist ein solcher Professor nicht bekannt. Fragen Sie einmal beim Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin, Engelufer 15, an. 2. Nein, der Vormund muß die Briefe in der Vormundschaftssache mit den nötigen Freimarken versehen; aus Gemeindemitteln kann er dafür nichts verlangen. Hat das Mündel Vermögen, so kann der Vormund fordern, daß ihm seine Auslagen ersetzt werden.

100, Reguitz. Der Reichstagsabgeordnete für Waldenburg ist unser Parteigenosse Hermann Sachse.

P. S. 69. 1. Die bayerische Kranken-Versicherungskasse können wir Ihnen nicht empfehlen. 2. Die Forderung verjährt Ende 1911.

R. S. 40. Die erste Ziehung muß mit bezahlt werden.

G. T. 100. Für welche Monate Ihnen die Steuern erlassen werden, bestimmt der Gemeindevorstand, an den Sie sofort ein Gesuch richten müssen.

P., Georgenstraße. Hat die Mutter die Wohnung nicht mit gemietet, so braucht sie auch keine Miete zahlen.

H. U. W. 13. Wenn Ihnen die Wirtin absichtlich verschwiegen hat, daß im Hause ein solches Geschäft bereits betrieben wird, könnten Sie den Vertrag vorzeitig auflösen. Es käme aber dann zu einem Prozeß, der deshalb unsicher ist, weil ein Verschulden der Wirtin schwer nachzuweisen sein wird. Wir empfehlen Ihnen deshalb, sich in Güte zu einigen.

P., Berlinerstraße. Im Gesetz wird darüber nichts bestimmt. Für Kost und Wohnung könnten Sie täglich etwa 1 Mark berechnen.

Greifswald. 1. Nein. 2. Der größte Teil des Lohnes hätte Ihnen gepfändet werden können. Die Lohnpfändung kann regelmäßig fortgesetzt werden, bis alles bezahlt ist. 3. Ja. 4. An das Landgericht. 5. Beschweren Sie sich über den unhöflichen Amtsvorsteher beim Landrat.

F. P. 100, Liegnitz. Die Dampfer an der Königsbrücke fahren nach Oswitz, Schwedenschanze und Masselwitz, in der Ferienzeit auch nach Sandberg und Dyhernfurt.

Zufuhrungen der städtischen Markt-Kommissionen.
Breslau, den 1. Februar. Preis 100 Kilogramm

	gute Sorte höchst.	gute Sorte niedr.	mittlere höchst.	mittlere niedr.	geringe Sorte höchst.	geringe Sorte niedr.
Weizen, weißer	18 50	18 40	18 00	17 40	17 30	16 80
Weizen, gelber	18 30	18 20	18 00	17 80	17 30	16 20
Roggen	14 40	13 90	13 30	13 20	12 30	11 60
Sommergerste	17 80	16 —	15 50	15 —	— —	— —
Hafer	14 —	13 80	13 30	13 10	13 40	13 —
Kocherbsen	15 —	14 50	14 00	13 50	13 20	13 —
Futterbsen	22 50	21 50	21 00	20 50	19 50	18 50
Heu	19 50	19 —	17 00	16 00	15 —	15 50
Stroh	24 50	— —	21 00	— —	19 00	— —

Kartoffeln per Zentner 2.20—2.40 Mk.
Rindfleisch per Pfund 90—95 Pf.
[illegible]

Breslauer Stadtmarkt. Mittl. Preise, per 100 Kgr. bzw. Stück kostete Weizenmehl 00 [illegible] 27.00—28.50 Mk., Roggenmehl 00 [illegible] 22.00—25 [illegible] Futtermehl [illegible] 16.00—16.50 Mk., Weizenkleie [illegible] 8.00—10.00 Mk.